

Sonderthema:
25 Jahre Mauerfall
 9. November 1989

ZEITZEUGEN
 (Ex-)Abgeordnete über die
 Friedliche Revolution **SEITE 3-13**

ZEITENWENDE
 70.000 Demonstranten brechen die
 SED-Herrschaft **SEITE 7**

Das Parlament

Berlin, Montag 28. Juli 2014 www.das-parlament.de 64. Jahrgang | Nr. 31/32 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Der einsichtige SED-Mann

Günter Schabowski „Wir haben fast alles falsch gemacht“, gestand das ehemalige Mitglied des SED-Politbüros im Rückblick auf die DDR. Doch zumindest einmal hat Schabowski etwas richtig gemacht – wenn auch unbeabsichtigt. Als er am 9. November 1989 die Presse nach der Sitzung des Zentralkomitees der SED über die neue Reiselinie informierte, löste er damit einen Massenansturm auf die Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin aus. Schabowski gehört zu den wenigen SED-Größen, die sich zu ihrer moralischen Verantwortung für die an der Mauer erschossenen DDR-Flüchtlinge bekannten. Die heutige Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) warf ihm 2001 vor, vom 150-prozentigen Kommunisten zum 150-prozentigen Antikommunisten mutiert zu sein. *av | l*

ZAHL DER WOCHE

138

Menschen – mindestens – sind von 1961 bis 1989 an der Mauer getötet worden oder „in unmittelbarem Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime“ ums Leben gekommen. Laut aktuellem Forschungsstand der Gedenkstätte Berliner Mauer und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam starben ferner mindestens 251 vor, bei oder nach Kontrollen an Berliner Grenzübergängen.

ZITAT DER WOCHE

»Die Tore in der Mauer stehen weit offen!«

Hanns Joachim Friedrichs am 9. 11. 1989 in den ARD-„Tagesthemen“, „Seine – verfrüht – Ansage war Mitauslöser des Ansturms auf die Grenzübergänge nach West-Berlin.“

IN DIESER WOCHE

MENSCHEN & MEINUNGEN

Roland Jahn Der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen über Verantwortung **Seite 2**

THEMA

Symbol der Teilung Mehr als 28 Jahre regelte die Mauer Ost-Berlin ab **Seite 3**

Vorbild Osteuropa Ein Riss geht durch die Bruderländer **Seite 5**

Wende in der Volkskammer Hans Modrow wird neuer Regierungschef **Seite 10**

Einmischung Nach dem Mauerfall geht Helmut Kohl in die Offensive **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 60268 Frankfurt am Main



Typisch deutsch

9. NOVEMBER Der »antimperialistische Schutzwall« fiel just an einem Zentraldatum unserer Geschichte

Am 9. November 1989, als die Tagesschau mit der Meldung „DDR öffnet die Grenze“ überraschte, saß in Pankow auch Hermann Simon, Direktor der Stiftung Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum, vor dem Fernsehgerät. Als die Menschen in Richtung Mauer drängten, fuhr es ihm durch den Kopf: „Mist! Hätte das nicht am 10. November passieren können!“ In der Jüdischen Gemeinde dachten viele so. Einige sahen im Mauerfall ausgerechnet an dem Tag, an dem des Pogroms von 1938 gedacht wird, gar eine Verschwörung, um die Erinnerung an den Holocaust zum Verschwinden zu bringen. Die Integrität unserer Geschichtserinnerung gebietet es, dass dieses deutsche Symboldatum seine Zwiesichtigkeit bewahrt: als Tag der Schande und als Tag der Freude, in dem sich die Dramatik einer Nation auf dem Weg zur Aussöhnung mit ihren Nachbarn und sich selbst verdichtet.

Scheinsieg 1918 Mit dem Fall der Berliner Mauer öffnete sich das Tor zur endgültigen Beantwortung der klassischen deutschen Frage: Wie können nationale Einheit und politische Freiheit zugleich verwirklicht werden? Dieses Spannungsverhältnis löste sich nach vergeblichen Anläufen, bösen Verirrungen und monströsen Verbrechen erst 1990 in einem kaum glaublichen innen- und außenpolitischen Konsens.

In den Revolutionen von 1848/49, für die Einheit und Freiheit zwei Seiten derselben Medaille waren, gelang die Beantwortung der deutschen Frage bekanntlich nicht. Manche laden deshalb die Symbolik des 9. November mit dem Hinweis auf die Erschießung des Republikaners Robert Blum am nämlichen Tag 1848 auf. 70 Jahre später, am 9. November 1918, proklamierte Philipp Scheidemann die deutsche Republik. Die weithin als Demokratiefrage verstandene deutsche Frage schien gelöst. Das Kaiserreich war in der militärische Niederlage zerbrochen und von den Arbeiter- und Soldatenräten hinweggefegt worden – eine sozialdemokratisch geprägte Massenbewegung zur Kriegsbeendigung übrigs und keine Erhebung für ein Sowjetdeutschland, wie die DDR-Historie weismachte. Doch dieser 9. November 1918 war nur ein Scheinsieg. Die alten Eliten, die maßgeblich dazu beigetragen hatten, dass sich der liberale Nationalgedanke zu einem nach innen wie außen unduldsamen Nationalismus gewandelt hatte, und die sich immer gegen den Demokratisierungsdruck einer moderner werdenden Gesellschaft gestemmt hatten, waren nur kurz von der historischen Bühne gedrängt. Die einstigen Stützen des Obrigkeitsstaates akzeptierten das Prinzip vollkommener Selbstregierung nicht nur nicht, sie tischten auch sogleich ihre Lesart für das jähre Ende von Preußen-Deutschlands Gloria auf: Demokraten, Sozialisten, Juden und andere „vaterlandslose Gesellen“ an der Heimatfront hätten dem Heer den Dolch in den Rücken gestossen – Demokratie als Ursache und Bastard der Kriegsniederlage. Dabei wusste die hohe Generalität, die einen zum Greifen nahen Sieg vorgegaukelt hatte, dass sie mit ihrem Feldherren-Latein am Ende gewesen war.

Vergiftende Lüge Die erste deutsche Demokratie begann also mit vergiftenden politischen Lügen. Obendrein verfiel sie dem Friedensdiktat der Siegermächte. Erstaunlicherweise ging die Weimarer Republik nicht sogleich wieder im Bürgerkrieg unter. Der 9. November 1923 war nur ein Symptom ihrer inneren Zerrissenheit. In München scheiterte Adolf Hitler bei dem Versuch, aus dem als Tag der Schande empfundenen Datum ein Fanal nationalistischer Wiedergeburt zu machen. In Mitteldeutschland verachteten Kommunisten vergeblich die Macht an sich zu reißen. Die Republik ist damals nicht zwischen „rechts und links zerrieben“, sondern von Reichspräsident Hindenburg und den konservativen Kräften hinter ihm dem Führer einer NSDAP ausgeliefert worden, die in der



Das DDR-Fernsehen informierte am Tag des Mauerfalls über die neuen Reiseregulungen (rechts). Die folgenden Tage strömten hunderttausende DDR-Bürger in den Westen (links).



Weltwirtschaftskrise zur stärksten Partei aufgestiegen war. Leichtfertig über die Vernichtungsmoralität der Nationalsozialisten hinwegschauend, glaubten die alten Eliten, sich Hitler für ihr beharrlich verfolgtes Ziel „engagiert“ zu haben: die Zerstörung der Republik mit ihren verhassten demokratischen Verfahren und sozialen Reformen. 1933 wurde der 9. November zum Gedenktag für die „Blutzeugen“ des ersten Anlaufs, das „System der November-Verbrecher“ zu beseitigen. In dieser Feierstimmung erfolgte 1938 das Signal für das reichsweite Pogrom gegen die Juden. Mit dem „Dritten Reich“ war die deutsche Frage zum Weltproblem Nummer Eins geworden, denn den Nationalsozialisten ging es um nichts weniger als um nationale Einheit in politischer Freiheit, sondern um die Durchsetzung eines totalitären Rassekollektivismus und die Verwandlung Europas in ein Großgermanisches Imperium.

Die Kraftentfaltung und der Vernichtungsfuror Deutschlands in dem von ihm entfesselten Zweiten Weltkrieg mit mehr als 60 Millionen Toten speisten sich stark aus dem Trauma der Niederlage im Ersten Weltkrieg, das nie verarbeitet, sondern in lügenhafter Verhetzung eingekapselt worden war. Bis zum Ende war es Hitlers Dogma, „niemals“ einen zweiten 9. November 1918 zuzulassen. Entsprechend das Ergebnis: sieben Millionen tote „Volksgenossen“, 14 Millionen Vertriebene, ein zerstörtes Land und der Verlust von einem Drittel des Reichsgebietes.

Mit der bedingungslosen Kapitulation 1945 war die Ideologie des Herrenmenschen-tums erledigt und der Vulkan nationalistischer Leidenschaften ausgeglüht, auch wenn dieses Leichengift noch zwei, drei Jahrzehnte nachwirkte. Erst 1985 konnte Richard von Weizsäcker zu sagen wagen, diese Niederlage sei auch eine Befreiung und Ausgangspunkt für die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik gewesen. Anders als 1918 habe man die Kraft, der Wahrheit „ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit“ ins Auge zu sehen. Mit Gründung zweier deutscher Staaten 1949 schien eine Lösung der deutschen Frage endgültig unmöglich geworden zu sein. Die mit Hoffnungen auf ein besseres Deutschland ins Leben getretene DDR war und blieb das Produkt einer Diktaturdurchsetzung durch deutsche und sowjetische Kommunisten. Die Anerkennung der Bevölkerung blieb aus, auch und erst recht nach dem Bau der Berliner Mauer. Am 9. November 1989, als der ostdeutsche Volksprotest sie von innen her umstürzte, war das Schicksal der SED-Herrschaft besiegelt. Die Friedliche Revolution setzte die deutsche Frage nach gleichzeitiger Verwirklichung von Einheit und Freiheit neu auf die Tagesordnung. Dank einer günstigen internationalen Konstellation und des politischen Geschicks der damaligen Bundesregierung glückte ihre definitive Beantwortung mit der Wiedervereinigung 1990 tatsächlich.

Wir sind Einigkeit und Recht und Freiheit – dem Traum des Vormärz – näher denn je.

Die just an einem 9. November überwundene Berliner Mauer sollte den diktatorischen Sozialismus auf Dauer sichern. Die Erinnerung an die Mauer sichert nun, dass er dauerhaft im Gedächtnis der Welt bleibt. Wie die geschleifte Bastille hat die Mauer eine dunkle und eine helle Seite: Ausgeburt der Blockkonfrontation und Teilung Deutschlands, ist sie heute die symbolische Verdichtung von staatlicher Willkür einerseits und politischer Selbstbefreiung andererseits. Der 9. November ist ein Zentraldatum des 20. Jahrhunderts und ein deutscher Schicksalstag zugleich. Er ist ein Tag geschichtsbewusster Demut, an dem wir mit Trauer und Scham, 25 Jahre nach dem Mauerfall aber auch mit Freude und Dankbarkeit dafür zurückblicken können, dass wir Einigkeit und Recht und Freiheit – dem Traum des Vormärz – näher sind denn je. Mit der Beantwortung der klassischen deutschen Frage hat die Freiheitsfrage indes nichts von ihrer Dringlichkeit verloren. Die vom Grundgesetz für unantastbar erklärte Menschenwürde ist von der Aufzehrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Aufhebung der Privatheit durch geheime und kommerzielle „Dienstleister“ ebenso bedroht wie von einem Finanzkapitalismus, der Millionen ins Elend stürzen und den unabhängigen sozialen Ausgleich zu einer Aufgabe machen kann, die nicht einmal Sisyphos übernehmen würde. Es ist sehr die Frage, ob darauf global abgestimmte Antworten gegeben werden. Fraglos ist allerdings, dass die Bewahrung eines menschenwürdigen Lebens ohne den Primat des Politischen nicht möglich sein wird. Nur handlungsfähige internationale Institutionen und ein an den unveräußerlichen Rechten des Einzelnen ausgerichtetes stärker Staat können gemeinwohlorientiertes Verhalten durchsetzen. Nach Hannah Arendt befassen wir uns mit Geschichte, um urteilsfähig zu bleiben. Eines lehrt die deutsche Geschichte: Freiheit ist nichts Selbstverständliches und ohne Freiheit alles nichts. *Klaus-Dietmar Henke* ||



Die Mauer vor (links) und nach dem Fall: Symbol für Staatswillkür und Selbstbefreiung.

EDITORIAL Alle feiern zusammen

VON JÖRG BIALLAS

Vor dem Brandenburger Tor in Berlins Mitte, wo vor 14 Tagen Hunderttausende die Weltmeisterschaft der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gefeiert haben, lagen sich auch vor 25 Jahren die Menschen in den Armen. Trunken vor Glück, das Unfassbare allmählich begreifend und dennoch von der Realität geblendet, erleben sie Geschichte, wie sie greifbarer nicht sein kann: Die Mauer, jenes als unüberwindbare Hürde angelegte Bollwerk, das Ost und West Deutschlands, Europas, ja der ganzen Welt getrennt hatte, war an diesem 9. November 1989 gefallen. Davon hatten viele Deutsche über Jahrzehnte geträumt, manche immer daran gehalten, die meisten aber gewiss nicht damit gerechnet. Jetzt war die DDR-Diktatur absehbar zu Ende und der Weg zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten frei. Dieser Weg sollte nicht leicht zu bewältigen sein. Auf der Ostseite der geschleiften Mauer wick die Freude über die neue Freiheit schon bald den Sorgen des Alltags, allen voran die so unbarmherzig einziehende Arbeitslosigkeit. Ganze Regionen wurden nahezu flächendeckend davon heimgesucht. Auf einmal war die eigene Arbeitskraft, in der DDR aus ideologischen Gründen überhöht interpretiert, überflüssig. Nicht wenige zerbrachen an dieser ungewohnten Erfahrung. In der alten Bundesrepublik wuchs derweil die Erkenntnis, dass es eines enormen Kraftaktes bedarf, Wirtschaft und Infrastruktur der DDR westlichen Standards anzugleichen. Gefragt waren fachkundiges und noch mehr finanzielles Engagement. Davon gab es reichlich. Und doch ging es nicht immer rechtens zu. Vielerorts wurde getrickt, mitunter gar betrogen. Das oft spürbare Gefühl eines nicht nur effektiven, sondern auch bemerkenswert herzlichen Zusammenwirkens von Ost- und Westdeutschen auf Augenhöhe wurde dadurch belastet. Trotz alledem: Es ist geschafft! Deutschland lebt die Einheit. Die Grenze zwischen Ost und West ist inzwischen in den Köpfen gefallen. Menschen, vor allem auch die jungen, ziehen ebenso selbstverständlich von Dresden nach Darmstadt wie von Essen nach Erfurt. Landmannschaftliche Herkunft wird nicht mehr mit systemischer Prägung verwechselt; der Bayer ist Bayer und kein „Wessi“, der Mecklenburger ein Mecklenburger und kein „Ossi“. Und alle feiern zusammen vor dem Brandenburger Tor, auf den Trümmern der Berliner Mauer.

Der Autor ist Professor für Zeitgeschichte und Vorsitzender des Beirats der Stiftung Berliner Mauer.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR EIN EINHEITSDENKMAL?

Freiheitswerte feiern

PRO



Richard Herzinger
»Die Welt«
»Welt am Sonntag«

Der Jubel über den Gewinn der Fußball-WM ist abgeklungen, das nationale Wohlfühl aber hat Bestand. Deutschland scheint auf freundliche Weise mit sich selbst versöhnt. In der Welt erhält es dafür überwältigende Sympathiewerte. Die Entwicklung der deutschen Demokratie seit der Vereinigung 1990 ist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Doch so gerne sich die Deutschen im Zusammenhang mit dem Fußball-Event immer wieder selbst beschneigen, wie unverkrampft und fröhlich sie mit ihrem neu gewonnen Nationalgefühl umgehen – soll diesem im öffentlichen Raum in zeitgemäßer Symbolik Ausdruck gegeben werden, steigen zu viele von ihnen gleich wieder knietief in den Sauertopf der Bedenkenträgerei. Die Erfolge Jogi Löws und seiner Jungs vermag die deutsche Gesellschaft ausgelassen zu feiern, nicht aber ihr eigenes historisches Verdienst, die nationale Einheit in Freiheit, Frieden und Wohlstand vollendet zu haben. So quält sich der Weg zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals durch ein Debatten-Gestrüpp aus kaum noch überschaubaren geschichtspolitischen und ästhetischen Argumentationslinien. Nun droht der Fertigstellung des Berliner Denkmals auch noch aus bautechnischen Gründen eine Verzögerung auf unbestimmte Zeit, das Leipziger Parallelprojekt steht gar vor dem völligen Aus. Es deshalb womöglich aber lieber ganz lassen, wäre das Eingeständnis einer beängstigenden Verarmung. Sollten wir uns als nicht fähig erweisen, adäquat gestaltete Erinnerungsorte an das beste Ereignis der deutschen Geschichte zu schaffen, müssten wir uns von der Welt zu Recht fragen lassen, wie tief die Leidenschaft für Freiheitswerte in unserer politischen Kultur tatsächlich verankert ist.

Seht, was Ihr habt!

CONTRA



Daniel Goffart
»FOCUS«

An Denkmälern herrscht kein Mangel: Bismarck-Büsten in Bronze, Kaiser-Wilhelm-Heldenposen in Stein sowie Reiterstatuen diverser Fürsten und Feldherren. Ferner Soldatenfriedhöfe, Erinnerungsorte und Holocaust-Mahnmale – vom einfachen „Stolperstein“ bis zum Stelenfeld in Berlin. Seien wir ehrlich: Nicht jedes Denkmal ist gleich wichtig und ein Großteil der Denkmäler findet kaum noch Beachtung. Brauchen wir also vor diesem Hintergrund wirklich noch ein weiteres Denkmal – diesmal für die deutsche Einheit? Wer argumentiert, dass 25 Jahre nach dem Fall der Mauer die Erinnerung an dieses epochale Ereignis allmählich verblasst, läuft mit geschlossenen Augen umher. Es gibt bereits Dutzende Denkmäler, die an den Mauerfall und die Wiedervereinigung erinnern. So ist ein großer Teil der früheren innerdeutschen Grenzübergänge als Freilichtmuseum konzipiert. Wachtürme, Mauerreste oder Kontrollstellen wurden erhalten. An zahlreichen früheren Passierstellen entlang der DDR-Grenze weisen zudem Schilder oder Kreuze auf die Opfer von Mauer und Stacheldraht hin. Frühere Stasi-Gefängnisse wurden zu Denkmälern umgewidmet, zahlreiche Kirchen im Osten sind als Hort des frühen Bürgerprotestes gekennzeichnet. In Berlin wurde der vollständige Verlauf der Mauer als steinerne Narbe in den Straßenbelag eingefügt. Ferner gibt es diverse Mauermuseen, ein riesiges Glockenspiel und – das Brandenburger Tor als deutsches Symbol schlechthin. Was also soll da noch ein zentrales Einheits-Denkmal? Und wo soll es stehen? In Berlin oder Leipzig? Warum nicht Helmstedt? Mein Vorschlag zur Güte: Bestehen wir uns doch lieber auf die vielen bestehenden Einheits-Denkmäler und schenken ihnen künftig etwas mehr Beachtung!

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 13.
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahc), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhnsenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverkauf@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Herr Jahn, als
vor 25 Jahren die
Mauer fiel, lebten
Sie im Westteil Ber-
lins. Wie haben Sie
die Nacht vom 9. auf den 10. November
1989 erlebt?

Ich war im Sender Freies Berlin und habe dort eine Sondersendung mitgestaltet zur Öffnung der Mauer. Das war schon sehr be- wegend, die ersten Bilder von der Grenzöff- nung zu sehen und sie in der ARD zu kom- mentieren. Mir wurde mit den Bildern be- wusst, dass es die Menschen, die friedlichen Demonstranten auf den Straßen waren, die die Mauer geöffnet haben. Diese Bilder ha- ben mir deutlich gemacht, dass die Men- schen die Kraft haben, eine Gesellschaft zu verändern – bis hin zum Mauerfall.

In West-Berlin waren Sie, weil die DDR Sie als Dissident nicht nur ein-, sondern 1983 auch ausgesperrt hatte: ab- geschoben und ausgebürgert. Was bede- teten damals Mauer und Mauerfall für Sie persönlich?

Für mich löste sich eine Zwangssituation auf. Ich lebte zwar vor der Mauer und doch hinter ihr in West-Berlin, und die Trennung von meiner Familie und meiner Heimat in Jena hatte mich stets bewegt. Mit dem Mau- erfall konnte ich endlich wieder in meine Heimatstadt zu meinen Eltern, konnte end- lich wieder Freunde in der DDR besuchen.

Sie waren vorher schon einmal in die DDR zurückgekehrt, heimlich, trotz Zwangsausbürgerung. Wie hat man sich das denn vorzustellen?

Ich hatte immer nach einer Chance gesucht, zurückzukommen, versuchte etwa, mit Au- to oder Zug im Transit durch die DDR zu reisen, um dabei eine solche Möglichkeit zu finden. Aber ich durfte nur fliegen – und bin dann über Prag geflogen, in Berlin- Schönefeld gelandet und dort etwas locker kontrolliert worden; ich war da so durchge- rutscht. Der Grenzer hatte mir die Möglic- keit gegeben, mit der S-Bahn nach West-Ber- lin zu fahren vom Bahnhof Friedrichstraße aus, und um dort hinzukommen, konnte ich von Schönefeld aus die S-Bahn benut- zen. Das war natürlich für mich die Gele- genheit, Freunde in Ost-Berlin zu besuchen. Und für mich war klar, dass ich nach Hau- se muss. Ich bin dann in der Nacht im Trab- bi eines Freundes nach Jena gefahren.

Ohne Angst, erwischt zu werden?

In der Situation war einfach der Drang, nach Hause zu fahren, viel, viel größer als die Angst. Über die Folgen habe ich mir gar keine Gedanken gemacht. Erst einen Tag später habe ich dann mit Freunden in Ost-Berlin beratschlagt, was wir nun machen.

Sie hatten dabei mit dem Gedanken gespielt, in der DDR zu bleiben und un- terzutauchen. Wie realistisch war das?

Das war die Frage. Was wird sein, wenn ich jetzt hier bleibe? Wir haben lange überlegt, ob ich nach Vorbild der polnischen Opposi- tion in den Untergrund gehen soll. Rein- hard Schult etwa, der später am Runden Tisch als Vertreter des Neuen Forum be- kannt wurde, schmiedete schon konkrete Pläne, wo er mich wie verstecken kann. Aber mir war klar, dass ich ein Mann der Aktion war, der nicht im Untergrund Bücher schreibt, sondern mit seinem Handeln öf- fentlich wirken will. Auch wollten meine Freunde jemanden in West-Berlin haben, der ihr Anliegen in die West-Presse bringt, die es dann über Rundfunk und Fernsehen wieder in die DDR zurückstrahlt. Und die Unterstützung mit Büchern, Zeitschriften, später mit Videokameras und Druckma- schinen: Das war für die Freunde im Osten wichtig. Darum baten sie mich, wieder in den Westen zu fahren.

Und wie sind Sie dorthin zurück?

Lutz Rathenow und Ralf Hirsch hatten Kon- takte zur Ständigen Vertretung der Bundes- republik und auch zu West-Journalisten. Die informierten sie darüber, dass ich in der DDR bin, und haben dafür Sorge getragen, dass die Ständige Vertretung bei den DDR-Behörden deutlich macht, dass das ohne ei- nen Konflikt über die Bühne gehen soll...

Die DDR-Behörden wussten dann, dass Sie da sind?

Das kann ich nicht genau einschätzen, ich habe die Akten dazu noch nicht gelesen. Auf alle Fälle ging ich an die Grenze, und dort versuchte man mehrere Stunden, mich zu vernehmen. Nachdem das nicht ergiebig war, ließ man mich mit der S-Bahn Rich- tung Bahnhof Zoo nach West-Berlin fahren.

Den Staat ablehnen, aber so sehr an der Heimat hängen, dass man eine solche Reise riskiert – war das auch Ihr Antrieb, gegen die SED-Herrschaft zu opponieren?

Ich bin ja nicht als Staatsfeind geboren wor- den, sondern regelrecht dazu erzogen wor- den. Es gab immer Umstände, die ich als ungerecht empfunden und gegen die ich mich zur Wehr gesetzt habe. Das fing an mit langen Haaren in der Schule, die wir nicht tragen durften, ging über meinen Raus- schmiss von der Universität, weil ich meine Meinung zur Ausbürgerung des Liedema- chers Wolf Biermann gesagt hatte, bis hin zu meiner Verhaftung und Ausbürgerung. Wer erlebte, wie etwa Meinungsfreiheit einge- schränkt wurde, entwickelte eine grundsätz- liche Ablehnung des Systems in der DDR – ich jedenfalls und andere auch.

»Bekennen kann befreien«

ROLAND JAHN Der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen über seine heimliche DDR-Reise und über Verantwortung in der SED-Diktatur



Bei Ihrer Abschiebung wurden Sie un- ter einem Vorwand auf ein Amt gelockt und von dort gewaltsam in einen Zug Richtung Westen verfrachtet...

Ich wurde an den Grenzbahnhof Probstzela gebracht, wo der Interzonenzug nach München hielt, und von einem Polizisten in Knebelketten auf den Bahnsteig geführt. Ich fragte ihn, ob ihm klar ist, dass er mich wegbringt aus meiner Heimat, wo meine El- tern und Freunde sind, und was er sagen würde, wenn das mit seinem Sohn gemacht würde. In dem Moment spürte ich nur, wie die Knebelketten enger zugezogen wurden, und konnte nur noch schreien vor Schmerz.

Ähnliches sagten Sie auch während Ihr- erer Haftzeit 1982/83 zu den Stasi-Leuten. „Irgendwann komme ich hier raus und dann werde ich euren Kindern erzählen, was ihr hier getrieben habt“. So haben Sie das später wiedergegeben.

Ja: Ein Versuch, ihnen ins Gewissen zu re- den. Die waren ja keine Roboter, sondern Menschen, die Familie hatten, die meine Nachbarn hätten sein können. Deswegen war mir wichtig, sie herauszufordern und zu sagen: Denkt doch mal, was eure Kinder da- zu sagen würden, was ihr hier macht. Ich wollte, dass sie über ihre individuelle Ver- antwortung für ihr Tun nachdenken.

Denken sie denn jetzt darüber nach?

Es gibt viele Beispiele, bei denen Menschen

sich zu ihrer Verantwortung bekannt und dadurch von einer Last befreit haben und damit auch ihren Weg in die heutige Gesell- schaft ebneten. Aber mir ist das noch viel zu wenig. Gerade bei hauptamtlichen Stasi- Mitarbeitern, gerade auch bei den Funktio- nären der SED, gibt es immer noch viel zu viel Rechtfertigung. Umso wichtiger ist ein Klima, in dem ein Bekenntnis zur Biografie Anerkennung und Respekt bekommt. Wir hatten letzens eine Veranstaltung zur Häf- tlingsarbeit in Gefängnissen, bei der sich ein ehemaliger Gefängniswärter offen zu seiner Verantwortung bekannt hat und ehemalige Häftlinge im Publikum Beifall klatschten. Da wurde deutlich, dass eine Ausein- dersetzung mit Verantwortung möglich ist, die gleichzeitig dazu beiträgt, dass die Wunden der Opfer geheilt werden. Solche Erlebnisse machen mich doch auch optimistisch.

Was braucht es für ein solches Klima?

Mir ist wichtig, dass offen über die eigene Rolle in dieser Diktatur gesprochen werden kann, ohne dass gleich verurteilt wird, ohne dass gleich Leute in eine Ecke gestellt werden. Da ist immer am besten, bei sich selbst anzufangen, sich zu fragen, wo hat man mitgemacht, wo hat man sich unterge- ordnet, wie ist es dazu gekommen? Dann haben wir wirklich eine Chance zu begrei- fen, wie Diktatur funktioniert, unter wel- chen Zwängen wir funktioniert haben, und auch eine Chance zu sagen: Was haben wir

daraus gelernt, was sollten wir heute in un- serer Gesellschaft besonders beachten?

Versöhnt das mit der Vergangenheit?

Versöhnung ist ein großes Wort, aber es kann dazu führen, dass man sagt: Es gab Si- tuationen, in denen ich auch anders hätte handeln können. Es kann aber auch sein, dass man erkennt: Ich hatte gar keinen an- deren Ausweg, als mich so und so zu verhal- ten – weil ich Rücksicht zu nehmen hatte auf andere, auf meine Familie, meine Kin- der. Was ist klug? Mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen oder vielleicht einen Weg zu gehen, der sich langfristig als der besse- re erweist? Gerade dann, wenn man Verant- wortung für andere hat. Geht eine junge Frau zur Demonstration, obwohl sie zwei Kinder zu betreuen hat als Alleinstehende? Es gibt keine Pflicht zum Widerstand, auch nicht in der Diktatur. Für mich gibt es durchaus ein Recht auf Anpassung. Aber man sollte sich im Nachhinein klar werden, wie man Teil des Systems war.

War dieser Satz, alles später den Kin- dern zu erzählen, auch eine Art Selbstver- pflichtung für Sie, über die Diktatur in der DDR aufzuklären?

Mir ist schon sehr wichtig, den nächsten Ge- nerationen die Chance zu geben, sich zu in- formieren. Ich will die Kinder nicht dazu ver- pflichten, aber ich will ihnen die Mög- lichkeit geben, sich mit dem Land auseinan- dersetzen, in dem ihre Eltern gelebt ha- ben, und sie befähigen, ihren Eltern Fragen zu stellen. Aber das muss sehr sensibel ge- schehen, denn wenn wir ein Geschichtsbild vorgeben, werden wir der Sache nicht ge- recht. Wichtig ist, dass wir Informationen an die Hand geben, mit denen sie sich dann frei auseinandersetzen können. Es gibt die Freiheit der Wissenschaft, es gibt die Frei- heit der Meinung, und Geschichtsbilder dürfen nicht verordnet werden.

Schließt das die Freiheit ein, die Ver- gangenheit hinter sich zu lassen, einen Schlussstrich zu ziehen?

Individuell sollte jeder diese Freiheit haben. Wir sind aber eine Gesellschaft von Men- schen, die einander begegnen. Deswegen ist es wichtig, die Konflikte der Vergangenheit aufzulösen. Die Täter sollen sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen können. Sie können auch von einer Last befreit wer- den, wenn sie sich zu ihrer Biografie bekem- nen. Auch alle anderen, die das System in- direkt durch Anpassung gestützt haben, oder die dem System ausgesetzt waren und teilweise bis heute darunter leiden, sollen durch die Beschäftigung mit Informationen aus dieser Zeit aufarbeiten können, um in dieser Gesellschaft ein freies Leben zu füh- ren – und um den nächsten Generationen unsere Erfahrungen zu übermitteln.

Interessieren die sich denn dafür?

Erst mal interessiert sich die nächste Ge- neration für sich selbst, und die jungen Men- schen fragen dann schon, was das mit ihnen zu tun hat. Über den Bezug zu sich selbst, über die Frage, wie schütze ich mich vor Un- gerechtigkeit im Hier und Heute, haben wir eine Chance, ihnen etwas mitzugeben. Ge- rade in der Beschäftigung mit der Vergan- genheit, mit der DDR-Geschichte, können sie ihre Sinne dafür schärfen, wie Demokra- tie und Freiheit geschützt werden können.

Und machen sie das auch?

Es gibt welche, die wollen gar nichts davon hören, aber auch ganz viele, die genau wis- sen wollen, wie die Diktatur funktioniert hat, wie die Menschen miteinander umge- gangen sind. Wie ist es möglich, dass je- mand seinen Schulfreund an die Stasi ver- raten hat? Wie ist es möglich, dass Men- schen andere eingesperrt haben, nur weil die ihre Meinung gesagt haben? Wo ist Frei- heit in Gefahr? Diese Fragen stellen die Ju- gendlichen und setzen das durchaus auch in Bezug zu ihrer eigenen Umwelt.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel sind sie im Anblick der Un- mengen von Daten, die die Stasi gesammelt hat, sofort in den aktuellen Diskussionen über Datenmissbrauch im Internet. Da wird schon die Frage gestellt, wo hier und heute Freiheit in Gefahr ist und wie man sie schüt- zen kann. Wobei – das ist mir wichtig – die Jugendlichen nicht das, was sie über die Diktatur erfahren, mit dem gleichsetzen, was sie an Unrecht hier erfahren. Die wis- sen dann schon um den Unterschied zwi- schen Diktatur und Demokratie.

Sie meinen den Unterschied zwischen der Stasi und der amerikanischen NSA?

Zum Beispiel. Die Jugendlichen sehen die Unterschiede, wenn sie aufgeklärt werden, wie Diktatur funktioniert hat. Die Stasi war eine Geheimpolizei, deren Auftrag es war, die Macht einer Partei zu stützen. Der Auf- trag von Geheimdiensten der Demokratie ist es, Freiheit zu schützen. Wird dort über die Stränge geschlagen, muss die Demokra- tie Instrumente einsetzen, um das in Ord- nung zu bringen. Da gibt es viel tun, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

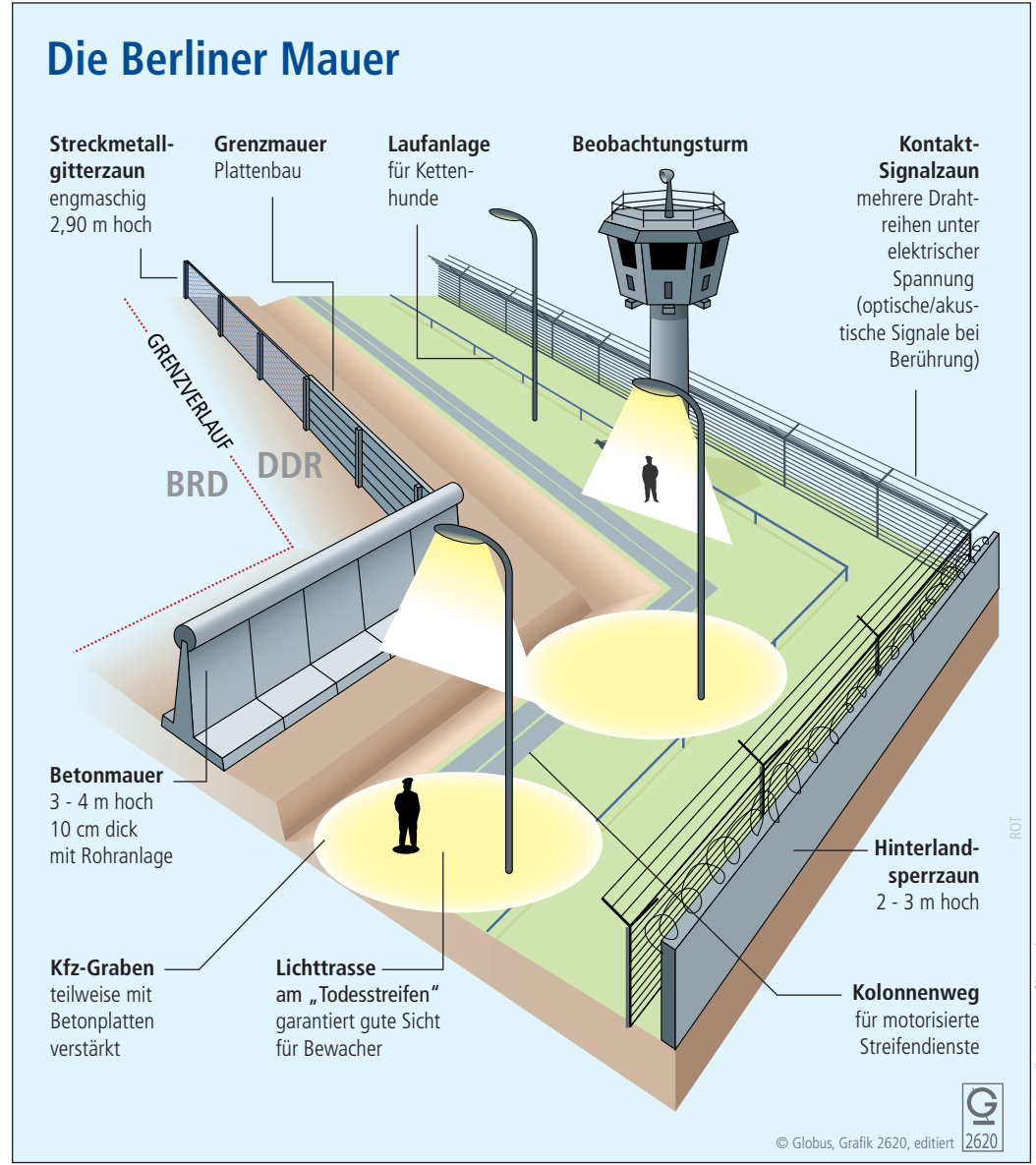
Das Interview führte Helmut Stoltenberg. ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Mindestens 138 Menschen starben an der Berliner Mauer. Hunderte weitere an der innerdeutschen Grenze, in der Ostsee und an den Grenzen der Ostblockstaaten.



Symbol der Teilung und des Todes

DIE MAUER Mehr als 28 Jahre riegelte der Grenzstreifen Ost-Berlin ab. Widerstände gegen das Bauwerk gab es von Anfang an

Mindestens 138 Menschen verloren an der Berliner Mauer ihr Leben. Ida Siekmann (58) stirbt am 22. August 1961 beim Sprung aus dem dritten Stock in den Westen. Zwei Tage später trifft eine Kugel Günter Litfin (37), als er einen Sprechkanal durchquert. Der Tod Peter Fechtens (21) 1962 wird zum Symbol der Unmenschlichkeit der DDR. Von Grenzposten angeschossen fleht er hinter der Mauer um Hilfe. Erst nach 50 Minuten bergen sie den tödlich Verletzten. Der letzte an der Mauer erschossene Flüchtling ist der 19-jährige Chris Gueffroy; er stirbt am 5. Februar 1989 kurz vor Mitternacht nach 22 Schüssen auf ihn und seinen Freund Christian Gaudian. Beide sind unbewaffnet. Gueffroy ist ins Herz getroffen. Gaudian überlebt schwerverletzt. Die Mutter erfährt zwei Tage später Teile der Wahrheit: „Ihr Sohn hat einen Anschlag auf eine militärische Einrichtung verübt; er ist dabei gestorben.“ Sie will nicht, dass er wie viele Mauertote heimlich verscharrt wird. Über Freunde informiert sie die „Berliner Abendschau“ im Westen, die Ort und Zeit der Beisetzung meldet. 120 Menschen kommen zum Friedhof, vier westliche Journalisten berichten.

Keine Zukunft Elektronikingenieur Winfried Freudenberg (32) stirbt am 8. März 1989. Er will mit Frau Sabine im Ballon fliehen. Dafür ist Gas nötig, also geht er zu Ost-Berlins Gasversorgung, erhält Zutritt zu einem Gasregler.

Das Paar klebt Plastikfolien zusammen. Die Brise am 7. März müsste sie in den Westen treiben. Am Gasregler fangen sie zu füllen an. Auf dem Heimweg sieht ein Arbeiter den Ballon, ruft die Polizei, die um 2.10 Uhr da ist. Freudenberg klappt das Seil, steigt allein auf. Gut fünf Stunden später stürzt er aus 50 Metern über Zehlendorf ab. Die Flucht motive sind für die meisten gleich. Sie sehen keine Zukunft in einem Land, das seine Bürger einsperrt. Gueffroy und Gaudian durften nicht werden, was sie wollten. Die Freudenbergs ärgert, dass die DDR Westreisen und Westkontakte unterbindet.

Teilung Die Mauer war eine Spätfolge des Zweiten Weltkrieges. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mit ihren Verbrechen und ihrem Krieg kostete 55 Millionen Menschen das Leben. Die großen Drei der Anti-Hitler-Koalition (USA, Sowjetunion, Großbritannien) vereinbarten Monate vor Kriegsende die Abtretung weite Teile des Deutschen Reiches im Osten an Polen und die Sowjetunion, die Aufteilung in Besatzungszonen und die Aufteilung Berlins in Sektoren. Die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 bestätigte die Aufteilung, wollte aber wirtschaftliche Einheit bewahren, politische Einheit sollte folgen. 1948 zerbricht die Koalition. Zwei deutsche Staaten entstehen. Zwischen einem Westeuropa auf demokrati-

schem Weg und einem Mitteleuropa mit Diktaturen beginnt der „Kalte Krieg“. Der Eisernen Vorhang läuft mitten durch Deutschland und Berlin.

Aus der Sowjetzone fliehen viele: weil sie mit Verwandten zusammenleben wollen, weil sie die tägliche Versorgung bedrückt, weil Christen im atheistischen Staat und Sozialdemokraten als Gegner der Zwangsvereinigung mit der SED als Andersdenkende verfolgt werden, weil Bauern kollektive Landwirtschaft ablehnen. Menschen aller Gesellschaftsschichten suchen politische Freiheit. Drei Monate nach Stalins Tod entlässt sich am 17. Juni 1953 die Spannung: Hunderttausende demonstrieren für Freiheit, Demokratie und Einheit. Sowjetpanzer schlagen den Volksaufstand nieder. Viele fliehen durch das Schlupfloch Berlin. Dort garantiert der alliierte Status jedem das Passieren. Seit 1957 ist das Verlassen der DDR Straftatbestand: „Republikflucht“. Die Polizei kontrolliert in Zügen, S- und U-Bahnen, Autos. Bei einer Million Grenzpassagen täglich sind „Republikflüchtige“ kaum zu finden. Bis 1961 gehen dreieinhalb Millionen Menschen.

SED-Chef Walter Ulbricht dringt seit 1952 auf einen „Riegel“ in Berlin. Kremleff Nikita Chruschtschow will ganz Berlin unter seinen Einfluss bringen: Die „Abstimmung mit den Füßen“ macht auch ihm Sorgen. Er will eine „Freie Stadt West-Berlin“. Der West-

len lehnt ab. Das wäre eine vogelfreie Stadt, die DDR könnte auch Zugänge in der Luft kontrollieren. Im Frühjahr 1961 meldet Ulbricht, nur ein Stopp der Fluchtwellen könne die DDR sichern. Chruschtschow will US-Präsident John F. Kennedy seine Lösung abringen. Doch im Juni bei einem Treffen in Wien muss er erkennen: Kennedy bleibt hart. Verliere die USA ihre Rechte in Berlin, sei das „ein kriegerischer Akt“. Am 15. Juni fragt Annamaria Dohert, Berliner Korrespondentin der „Frankfurter Rundschau“ Ulbricht, ob „Freie Stadt“ heiße, eine Grenze am Brandenburger Tor „mit allen Konsequenzen“. Da benutzt Ulbricht das M-Wort: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Belege für solch eine Planung gibt es nicht. Der Historiker Hans-Hermann Hertle meint, Doherts Frage habe Ulbricht an seine letzte Konsequenz erinnert. Der Soziologe Manfred Wilke glaubt, Ulbricht habe den Flüchtlingsstrom anheizen wollen, damit Moskau handelt. Beides ist möglich.

250.000 politische Verfahren hat die DDR geführt, die meisten wegen Republikflucht.

Aktion Rose Ende Juli garantiert Kennedy den freien Zugang nach West-Berlin. Da gibt Ulbricht nach. Er hofft vergeblich, die verzweifelten Menschen der eingemauerten Stadt werden an die Tür der DDR klopfen. Am 13. August beginnt die „Aktion Rose“ mit Stacheldraht und Barrikaden auf 160 Ki-

lometern. Mit Betonelementen und Hohlblocksteinen, gekrönt von Stacheldraht, wird die Stadt geteilt. In ihr leben zu diesem Zeitpunkt rund 3,3 Millionen Menschen: 2,2 Millionen im Westteil und 1,07 Millionen in Ost-Berlin.

Das Bauwerk wird im Laufe der Zeit immer mehr aufgerüstet, es hat zwei Mauern, eine „freundwärts“, eine „feindwärts“ (zum Westen). Dazwischen liegt der „Todesstreifen“, bis zu 150 Meter breit. Drähte alarmieren bei Berührung Wachposten. Es folgen Höcker, Wachtürme, Lichtmasten, ein mit Betonplatten verstärkter Graben, der Autos aufhalten soll, ein Hundelaufgraben, ein Kolonnenweg mit Wachtürmen und ein geharkter Streifen für Fußspuren. Die Mauer „feindwärts“ ist 3,60 Meter hoch, oben verhindert ein Rohr festen Halt. Die Grenze durch Deutschland von Lübeck bis Hof ist 1.400 Kilometer lang und besteht meist aus Stacheldraht, an einigen Stellen auch als Mauer.

Die Staatssicherheit bemerkt „größeren Unmut, vor allem bei Jugendlichen“ über den „antifaschistischen Schutzwall“. Parolen sagen: „Wer Mauern baut, der hat es nötig.“ In drei Wochen werden mehr als 6.000 Menschen festgenommen. In 28 Mauerjahren gibt es 35.000 Gewaltakte an Mauer und Stacheldraht. 250.000 politische Verfahren hat die DDR geführt, zum größten Teil wegen

„Republikflucht“. Die Mauer zeigte stets das hässliche Bild der DDR; sie war Symbol der Teilung und des Todes.

Auch an der innerdeutschen Grenze, in der Ostsee und an Grenzen der Ostblockstaaten sterben Hunderte, womöglich sogar bis zu Tausend Menschen, weil sie die DDR verlassen wollten. Sie werden erschossen, von Splittermitteln getötet oder ertrinken. Für Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker soll Anfang 1989 die Mauer noch hundert Jahre stehen. DDR-Außenminister Oskar Fischer nennt sie die „tragende Wand“ des vom KPdSU-Chef Michail Gorbatschow angestrebten Europäischen Hauses. Nach 28 Jahren spricht SED-Politiker Günter Schabowski am 9. November schließlich von „Privatreisen“, die „jeder“ beantragen könne und die großzügig genehmigt würden. Doch auf Genehmigungen wollen die Menschen jetzt nicht mehr warten (siehe Seite 9).

Urteile gegen Todesschützen Nach der Einheit kommen SED-Spitzen, Militärs und Mauerschützen vor Gericht. Das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bezeichnen das Töten an der Mauer als schwere Menschenrechtsverletzung. Der Mauerbau sollte die DDR stabilisieren – doch er war der Anfang vom Ende. Mit dem Mauerfall brach das gesamte kommunistische System Osteuropas zusammen.

Karl-Heinz-Baum

Der Autor war von 1977 bis 1990 DDR-Korrespondent bei der „Frankfurter Rundschau“.

»Wir wurden von Untertanen zu Leibeigenen«

RAINER EPELMANN Für den Berliner Theologen bedeutete der Mauerbau das Ende seiner beruflichen Ambitionen. Auch seinen Vater sah er erst Jahre später wieder

Der Bau der Mauer war für mich ein sehr einschneidendes Erlebnis. Bis zum 13. August 1961 war ich, gemeinsam mit meiner Schwester, Schüler eines West-Berliner Gymnasiums. Wir gehörten zu jenen, denen man in der DDR das Abitur verwehrte. Dabei hätten wir als Arbeiterkinder – unser Vater war Zimmermann – eigentlich in die richtige Kategorie der erwünschten Oberschüler gehört. Aber weil unser Vater in West-Berlin arbeitete und damit als „Grenzwinnler“ galt und wir weder Pioniere noch FDJler waren, überdies noch getauft und konfirmiert wurden, wurde uns die Aufnahme verwehrt. So wurde ich Schüler in einer so genannten Ostklasse, in denen junge Menschen wie ich unterrichtet wurden, die man in der DDR nicht zum Abitur zuließ. Und dann, nach dem Abschluss der elften Klasse, war die DDR-Führung wohl der Ansicht, ich hätte genug gelernt und kappte mir jede berufliche Perspektive.

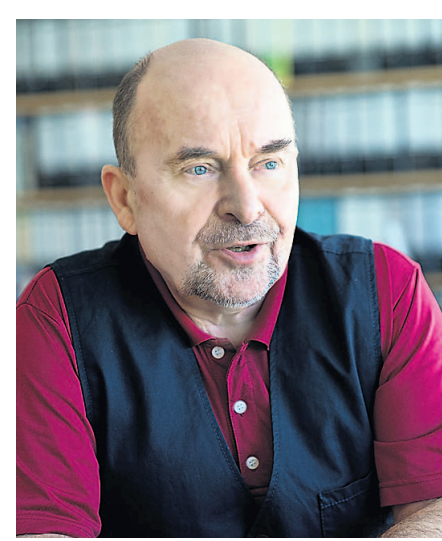
Unvorstellbare Situation Ich habe diesen Tag mitten in den Sommerferien bei einer Rüste, also einer kirchlichen Freizeit der evangelischen Kirche, auf Schloss Mansfeld im Südharz verbracht. Als ich morgens beim Zähneputzen im Waschraum aus dem Radio hörte, dass man eine Mauer gebaut hatte, dachte ich noch, die ganze Angele-

genheit werde sich in ein oder zwei Tagen erledigen. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass dieser Zustand lange andauern würde. Als zwei Wochen später der erste Mensch an der Mauer erschossen wurde, da wurde mir klar: Die meinen das ernst, das ist kein Spaß. Wir DDR-Bürger sind spätestens seit dem 17. Juni 1953 Untertanen gewesen. Als zehnjähriger Junge habe ich damals gesehen, wie sowjetische Panzer auf unbewaffnete Menschen zurollten, die nichts Verbotenes taten. Damals wurden wir zu Untertanen gemacht, mit dem Mauerbau dann zu Leibeigenen.

Meine Familie bekam das sehr deutlich zu spüren. Mein Vater konnte durch den Mauerbau ja nicht zurück in den Osten. Meine Mutter blieb mit vier Kindern zurück und musste sich als Schneiderin durchschlagen. Was ich mir anfangs nicht vorstellen konnte, passierte: Ich habe meinen Vater erst Jahre später wiedergesehen. Meine Mutter konnte Ende der 1960er-Jahre mit meinen kleinen Geschwistern ausreisen und zu ihm ziehen. Ich blieb in der DDR, der Liebe wegen: Ich hatte die Frau gefunden, mit der ich alt zu werden hoffte.

Der Mauerbau hat all meine beruflichen Ambitionen mit einem Schlag zerstört. Ich hatte geplant, nach dem Abitur Architektur

zu studieren. Aber nach dem 13. August war klar: Die Zeit der Schule war vorbei. Es war klar, dass man es in der DDR nicht belohnen würde, dass ich drei Jahre auf einem West-Berliner Gymnasium gelernt hatte. Den Schülern, denen es genauso wie mir ergangen war, vermittelte man in den folgenden Tagen und Wochen irgendeine Arbeit. So habe ich dann ein Jahr als Dachdecker-Hilfsarbeiter gearbeitet. Für einen 18-Jährigen, der bislang nur über den Büchern ge-



BIOGRAFIE

> DDR-Opposition Eppelmann, geboren 1943, war Pfarrer in Berlin. 1982 veröffentlichte er zusammen mit Robert Havemann den Appell „Frieden schaffen ohne Waffen“. Im Oktober 1989 war er Mitbegründer der DDR-Oppositionspartei „Demokratischer Aufbruch“.

> Nach der Wende 1990 trat Eppelmann in die CDU ein. Er wurde Volkskammer-Abgeordneter und Minister für Abrüstung und Verteidigung. Von 1990 bis 2005 saß er im Bundestag. Seit 1998 ist er Vorstandsvorsitzender der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dass ich nach dem Einzug zur Armee auch den Dienst an der Waffe und das Gelöbnis der Bausoldaten verweigerte, brachte mir eine Verurteilung zu acht Monaten Haft ein. Als einzige Möglichkeit, studieren zu können, sich dabei aber nicht verbiegen zu müssen, blieb schließlich ein Theologiestudium. Das konnte ich ohne Abitur an einer von zwei kirchlichen Fachschulen machen, die die DDR für Fälle wie mich eingerichtet hatte. 1970 konnte ich damit beginnen, ab 1975 habe ich dann als Pfarrer gearbeitet.

Ohne Gewalt So gravierend der Mauerbau sich auf meinen ganz persönlichen Lebensweg ausgewirkt hat, so befreiend habe ich den 9. November 1989 empfunden. Nach Günter Schabowskis Pressekonferenz bin ich zur Staatsgrenze der DDR gefahren, um mich vom Wahrheitsgehalt seiner Worte zu überzeugen. Als ich mit einigen Dutzend Ost-Berlinern am Grenzübergang Bornholmer Straße angekommen bin, war die Grenze noch geschlossen, doch immer mehr Menschen kamen und wollten rüber. Der Kommandeur hatte die Waffen seiner Mannschaft glücklicherweise eingeschlossen, die Grenzer konnten nicht verhindern, dass wir den Schlagbaum schließlich öffneten. Es war die erste Öffnung in der Berliner

Mauer, und sie hatte sich ganz ohne Gewalt aufgetan. Dies war ein wichtiges Signal für alle anderen Grenzübergänge, die Sperren ebenfalls friedlich zu öffnen. Die Bedeutung des 9. November 1989 ist seither immer wieder treffend beschrieben worden. Es war der weithin sichtbare Anfang vom Ende der Diktatur in der DDR. Ich war froh und dankbar, dass ich nicht nur den Mauerbau am 13. August 1961 miterleben musste, sondern auch das Ende der Teilung unmittelbar miterleben konnte. Auch mein eigenes Leben änderte sich von diesem Tag an schlagartig: Als ehemaliger Militärdienstverweigerer und Akteur der Friedlichen Revolution wurde ich Minister im zweiten Kabinett von Hans Modrow, Abgeordneter der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR und schließlich Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett de Maizière. In diesem Amt habe ich den Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag unterzeichnet. Aufgezeichnet von Susanne Kailitz



CHRONIK DER WENDE

19.1.1989 SED-Generalsekretär Erich Honecker erklärt, die Mauer werde „in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind“.



6.2.1989 Der 20-jährige Chris Gueffroy wird bei einem Fluchtversuch von DDR-Grenzen erschossen. Es sind die letzten Todeschüsse an der Berliner Mauer. Die polnische Regierung und die Gewerkschaft „Solidarnosc“ nehmen ihre Gespräche am Runden Tisch auf.

13.3.1989 Nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche demonstrieren rund 300 ausreisewillige Menschen. Die Demonstration wird von Polizei und Stasi aufgelöst.

5.4.1989 In Polen unterschreiben Regierung und Opposition eine Übereinkunft über Reformen. Die „Solidarnosc“ wird wieder zugelassen.

2.5.1989 Ungarische Soldaten beginnen mit dem Abbau des Stacheldrahtzaunes an der Grenze zu Österreich.

7.5.1989 Bei den DDR-Kommunalwahlen überwachen Bürger die Stimmensammlung in den Wahllokalen und können Differenzen zwischen den von ihnen mitgezählten und den später bekannt gegebenen Ergebnissen belegen. In Ost-Berlin und anderen Städten wird fortan am 7. jeden Monats gegen die Wahlfälschung demonstriert.

15.5.1989 Ein Besuch des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow in Peking wird von Massenprotesten überlagert, bei denen mehr als eine Million Menschen Freiheit und Demokratie fordern. Tausende Studenten sind auf dem Platz des Himmlischen Friedens für diese Ziele in einen Hungerstreik getreten.



4.6.1989 In Peking schlägt die Armee die Demokratiebewegung nieder und richtet dabei ein Massaker an. Überwältigender Sieg der „Solidarnosc“ (Bild: Lech Walesa) bei den polnischen Parlamentswahlen: Bei der Wahl zum Sejm, für den eine Aufteilung von 65 zu 35 Prozent zugunsten der unter kommunistischer Führung regierenden Blockparteien vereinbart ist, gewinnt die Opposition von 161 möglichen Mandaten 160 und erringt zudem 92 der 100 Sitze im Senat.

13.6.1989 In Ungarn verhandeln Regierungspartei und Opposition über die Abhaltung freier Wahlen.

27.6.1989 Ungarns Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock durchschneiden symbolisch ein Stück des ungarischen Grenzzauns.

7.7.1989 Der Warschauer Pakt widerruft die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität der Mitgliedstaaten.

Um den 30.7.1989 In mehreren diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik im Ostblock, darunter in Budapest und Ost-Berlin, halten sich Ende Juli mehr als 150 ausreisewillige DDR-Bürger auf, die so ihre Ausreise in den Westen erzwingen wollen.



8.8.1989 Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin (Bild), die von rund 130 DDR-Bürgern besetzt ist, wird geschlossen. Bis zu 100 DDR-Bürgern gelingt täglich die Flucht von Ungarn nach Österreich.

14.8.1989 Die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest, in der sich mehr als 170 Fluchtwillige aufhalten, wird geschlossen. Honecker erklärt bei einer Betriebsbesichtigung: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

19.8.1989 Bei Sopron an der ungarisch-österreichischen Grenze nutzen 661 DDR-Bürger bei einem „paneuropäischen Picknick“ ein nur angelehntes Grenztor zur Massenflicht nach Österreich.



Industrieanlagen wie hier in einem Chemiewerk in Wolfen bei Bitterfeld waren oft völlig verrottet.

Dem Untergang nahe

ÖKONOMIE Kurz vor dem Mauerfall stand die DDR vor dem Ruin – und einem ökologischen Desaster

Die DDR war eine der zehn wirtschaftsstärksten Industrienationen der Welt. So sagten es ihre offiziellen Statistiken, und so glaubte man es weithin auch im Westen. Wesentlich näher kam der Wahrheit, was Günter Mittag, in der SED-Führung für Wirtschaft zuständig, 1991 in einem „Spiegel“-Interview sagte: „Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war.“ Dass die DDR der Bundesrepublik ökonomisch weit unterlegen war, war nicht zu übersehen. Als Grund wurde oft der Marshallplan der USA für die Westzonen einerseits, die Demontage von Industrie und Infrastruktur durch die Sowjets in der Ostzone andererseits genannt. Auf Dauer gab aber etwas anderes den Ausschlag: Die Soziale Marktwirtschaft auf der einen, die zentralistische Planwirtschaft auf der anderen Seite und damit die unterschiedlichen Möglichkeiten für die Menschen in Ost und West, ihre Fähigkeiten zu entfalten.

Besser qualifiziert Die Arbeitskräfte waren überall im Ostblock gut qualifiziert, besser als in manchen westeuropäischen Staaten. Und wo die Kräfte gebündelt wurden, waren auch Spitzenleistungen möglich, wie in der Raumfahrt und der Rüstung. Aber auch nur dort. Noch bevor der Volkswagen-Konzern den Golf auf den Markt brachte, hatten die

Ingenieure in Eisenach ein ähnliches Modell entwickelt, doch die zentrale Wirtschaftslenkung sah sich außer Stande, die Produktionskette auf all die neuen Komponenten umzustellen. Es fehlte an konkurrenzfähigen Exportgütern, gleichzeitig mussten Produkte und Rohstoffe, die es im östlichen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nicht gab, importiert werden. Beides zusammen führte überall im RGW zu chronischer Devisenknappheit. Zusätzlich hemmten die Kosten eines überdimensionierten Militär-, Sicherheits- und Staatsapparats die wirtschaftliche Entwicklung. Seit Mitte der 1970er Jahre versuchte Kreml-Chef Leonid Breschnew durch massive Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen, Westeuropa von den USA abzukoppeln, was erhebliche Mittel verschlang, aber durch die Nato-Nachrüstung vereitelt wurde. Gleichzeitig steigerte der US-Verbündete Saudi-Arabien seine Ölproduktion massiv und drückte so den Ölpreis, was die wichtigste Devisenquelle der Sowjetunion, den Öl- und Gasexport, hart traf. Als die klamme UdSSR 1983 ihre Erdöllieferungen an die DDR von ursprünglich zugesagten 19 auf 17,1 Millionen Tonnen pro Jahr senkte, war das für die DDR ein schwerer Schlag. Die SED-Führung hatte den ökonomischen Kollaps vor Augen. Doch der oberste „Devisenbeschaffer“ der DDR, Alexander Schalch-Golodkowski, handelte mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) einen Milliardenkredit aus – was in dessen Partei erheblichen Unmut verursachte.

Der Milliardenkredit brachte der DDR nur eine Atempause, das Geld für die dringend nötige Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur fehlte nach wie vor. Luft hätte nur eine Kürzung von Sozialleistungen und Subventionen, etwa für Lebensmittel, oder ein Abbau des Staats- und Funktionsapparats verschaffen können. Aber Ersteres schied aus (berechtigter) Angst vor Unruhen aus, Letzteres aus Prinzip. So verweigerte sich die SED-Führung jenen Reformen, in denen der neue sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow spätestens nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 die letzte Möglichkeit zum Machterhalt der KP sah. Im Mai 1989 erklärte Staatsplanungschef Gerhard Schürer einem Expertenkreis des SED-Politbüros, die Westverschuldung der DDR nehme gegenwärtig um mehr als 500 Millionen D-Mark im Monat zu. Setze sich diese Entwicklung fort, sei der Staat 1991 zahlungsunfähig. Schürer hatte schon Mitte der 1970er Jahre vor einer rasant steigenden Verschuldung bei westlichen Banken gewarnt. Nach dem Sturz Erich Honeckers beauftragte der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz eine Arbeitsgruppe unter Schürers Leitung um der schonungslos Analyse der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der DDR. In diesem am 30. Oktober 1989 vorgelegten „Schürer-Papier“ heißt es: „Allein ein Stop-

pen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Zu den Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche zählt das Papier unter anderem den katastrophalen Zustand der Produktionsanlagen, „woraus sich ein überhöhter und ökonomisch ineffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt“, sowie „das Missverhältnis zwischen produktiven Wirtschaft und im Überbau“. Ein vernichtendes Bild der Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft ergibt die Abschlussbilanz der 1990 von der Volkskammer eingesetzten Treuhandanstalt. Hatten ihre Chefs anfangs noch mit einem Industrievermögen der DDR von etwa 600 Milliarden D-Mark gerechnet, so stand am Ende 1994 ein Defizit von 204 Milliarden. Zwar hat diese Bilanz auch andere Ursachen als nur den Zustand der Produktionsstätten, beispielsweise das Wegbrechen von Absatzmärkten im Osten, doch Letzteres lag ja auch daran, dass es um den Rest des RGW-Raums nicht besser stand. Auch die Infrastruktur war zur Wendezeit in einem katastrophalen Zustand. Das Straßennetz und Schienennetz war im Wesentlichen auf dem Stand vor dem Zweiten Weltkrieg. In vierzig Jahren DDR wurden lediglich die Autobahn Berlin-Hamburg sowie ein Abstecher

von dort nach Rostock neu gebaut. Auf manchen Autobahnabschnitten war Höchsttempo 50 vorgeschrieben. Die Pflasterung innerorts stammte oft aus dem 19. Jahrhundert. Zugfahrten dauerten meist länger als zur Kaiserzeit. Telefonanschlüsse gab es zum Ende der DDR gerade mal zehn für 100 Einwohner, im Westen waren es fünf mal so viele.

»Wie Kanonenrohre« Schlimmer noch war der Zustand der Umwelt. Monika Maron beschrieb 1981 in ihrem Roman „Flugasche“ die Schornsteine des Braunkohlekraftwerks in Bitterfeld, „die wie Kanonenrohre in den Himmel zielen und ihre Dreckladung Tag für Tag und Nacht für Nacht auf die Stadt schießen, nicht mit Gedröhn, nein sachte wie Schnee, der langsam und sanft fällt, der die Regenrinnen verstopft, die Dächer bedeckt, in den der Wind kleine Wellen weht“. Bitterfeld galt als dreckigste Stadt Europas. Aber ähnliche Kanonenrohre bombardierten die Menschen vielerorts. Da überall das Geld fehlte, war für Umweltschutz, der keine Devisen einbrachte, erst recht nichts übrig. Nicht nur die Atemluft war verschmutzt, auch das Wasser. Viele Flüsse waren ökologisch tot. Für die erste gesamtdeutsche Gewässergütekarte musste für sie sogar eine zusätzliche Güteklasse „ökologisch zerstört“ eingeführt werden. Erich Honecker lieferte zu alledem am 14. August 1989 bei der Übergabe von Prototypen eines neuen Mikrochips den passenden Kommentar: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“ Peter Stützel

Da überall das Geld fehlte, war für Umweltschutz erst recht nichts übrig.

»Dieses Land war am Ende«

MATTHIAS PLATZECK Für Brandenburgs späteren Ministerpräsidenten waren Umweltzerstörungen ein Grund für den Protest gegen das System

Dieses Land war an seinem Ende, das konnte man spüren: Wenn man die Luft atmete, sich den Zustand der Flüsse oder die Beschaffenheit der Böden anschaute. Es gab in der DDR eine junge Generation, die in dem Glauben aufgewachsen war, dass auf Flüssen Schaumkronen obendrauf sein müssten. Dass es früher einmal möglich gewesen war, in Elbe und Oder zu baden, das war für sie unvorstellbar.

Protest Zwar stand in der DDR-Verfassung von 1968: „Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur.“ Trotzdem erzählte man sich im ganzen Land den Witz: „Alles ist grau in der DDR, nur die Flüsse sind bunt.“ Nicht zufällig war der Zustand der Umwelt eine der drei Säulen des Protests gegen das System, der schließlich in die friedliche Revolution von 1989 mündete. Um Bescheid zu wissen, wie es um unsere Umwelt stand, brauchte man übrigens keine besonderen Informationen. Das konnte jeder erfahren, der sich über Land bewegte. Wenn man sah, welche Kraterlandschaften der Braunkohletagebau in der Lausitz hinterließ, ohne dass es eine Aussicht auf Renaturierung gab, oder wenn man unterwegs war im mitteldeutschen Chemiedreieck, wo dauerhaft ein grauer Schleier über der Region hing,

In den 1970er Jahren begann man in Westdeutschland über das Waldsterben zu sprechen. In Ostdeutschland konnte man es sehen. Im oberen Erzgebirge mutete es stellenweise so an wie nach einem Krieg, dort gab es keinen gesunden Baum. Vor allem für Familien mit Kindern war das ein beunruhigendes Szenario, weil man sich natürlich fragte, unter welchen Bedingungen die Töchter und Söhne später leben sollten. Ich konnte das ja selbst ganz genau in der eigenen Familie beobachten: In Ilmenau, meinem Studienort, waren meine Kinder gesund, und in Karl-Marx-Stadt, meinem ersten Arbeitsort, hatten sie vom ersten Tag an Bronchitis oder ähnliche Krankheiten. Und der Arzt sagte: „Zieht weg, das ist das Einzige, was hilft.“



Flucht vor der Umweltzerstörung Karl-Marx-Stadt hatte vor dem zweiten Weltkrieg den Beinamen Ruß-Chemnitz und diesem Beinamen hat es auch zu DDR-Zeiten alle Ehre gemacht. Die DDR stand europaweit in Sachen Staub- und Schwefeldioxidemission an vorderer Stelle, hauptsächlich verursacht durch die Industrie. Offiziell durfte es das alles nicht geben. Aber es ließ nicht verstanden. Es war also nicht nur der Mangel an Waren, der die Leute zur Flucht in den Westen trieb. Bei vielen war es auch schlicht eine Flucht vor der Umweltzerstörung. Die Menschen, die wie ich in der Umweltbewegung aktiv waren, wussten, dass am ökologischen Umbau des Landes einfach kein Weg vorbeiführte. Woran es lag, dass es so weit gekommen war? Der DDR fehlten unter anderem durch Missmanagement einfach die ökonomi-

schon Ressourcen. Man hatte sich entschieden, zunächst die sozialen Fragen zu beantworten – also ging das Geld etwa in den staatlichen Wohnungsbau. Und um die anderen Felder zu beackern, war dann einfach keines mehr da. Beruflich war ich seit den 1980er Jahren mit Umweltfragen befasst. Durch die Beschäftigung mit der Literatur und den Austausch mit Kollegen konnte ich sehen, dass es anderswo Lösungen für unserer Probleme gab: etwa Reinigungstechnik für Kraftwerke, Katalysatoren für Autos oder ausgereifte Kläranlagen für unser Abwasser. Zum Ende der DDR hatte ja fast jede mittelgroße Stadt im Land eine eigene Mülldeponie, auf die alles geschmissen wurde, was so anfiel. Jeder wusste, dass das spätestens in zehn Jahren später dazu führen würde, dass die Böden endgültig ruiniert gewesen wären. Aber wir wussten eben auch, dass solche Probleme gelöst werden konnten.

Hoffnungen erfüllt Und deshalb war die Hoffnung nach 1989 auch so groß. Und so ist es dann auch passiert. Wir haben in Elbe und Oder eine Wasserqualität, die es erlaubt, in den Flüssen zu baden, die Fische sind zurückgekommen und aus dem ehemaligen Braunkohletagebauebiet in der Lausitz ma-

chen wir gerade Europas größte künstliche Seenlandschaft. Bei allen Problemen, die es in der Wendezeit gab und allen Fragen, die bis heute offen sind: In Sachen Umweltschutz haben sich die Hoffnungen, die wir in der DDR-Oppositionsbewegung hatten, erfüllt. Aufgezeichnet von Susanne Kailitz

BIOGRAFIE

- > **Umweltbewegung** geboren 1953 in Potsdam, engagierte sich Matthias Platzeck Ende der 1980er Jahre in einer Umwelt-Bürgerinitiative in seiner Heimatstadt.
- > **Volkskammer** Von Februar bis April 1990 war er für die Grüne Partei in der DDR Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Ministerpräsident Hans Modrow (SED). Im März 1990 wurde er Mitglied der frei gewählten Volkskammer.
- > **Brandenburg** Platzeck war seit 1990 zunächst für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied des Brandenburg Landtags. 1995 trat er in die SPD ein und war von 2002 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Brandenburg, von 2005 bis 2006 zusätzlich Bundesvorsitzender seiner Partei.

Als am 6. Februar 1989 im Säulensaal des Warschauer Palais Radziwiłł, dem damaligen Sitz des polnischen Ministerrates, knapp fünf Dutzend Personen an einem riesigen, aus Lindenholz gefertigten runden Tisch Platz nahmen, ahnte wohl keiner der Teilnehmer, dass dieser Tag in die Geschichtsbücher eingehen würde. Zum ersten Mal kamen in einem Land des Warschauer Paktes Vertreter der kommunistischen Staatsmacht und der gesellschaftlichen Opposition auf Augenhöhe zusammen, um zu beraten, wie Polen aus der seit Jahren dauernden wirtschaftlichen und politischen Krise herausgeführt werden könnte. Acht Jahre war es her, dass Partei- und Staatschef Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über das Land verhängt und die 1980 aus einer Streikbewegung entstandene Gewerkschaft Solidarnosc verboten hatte. Und nun ermöglichte ausgerechnet dieser General an der Spitze des Staates gegen Widerstände in den eigenen Reihen den Dialog mit den bisherigen Staatsfeinden. Welche Überwindung die regierenden Kommunisten der Arbeiterpartei dies gekostet haben mag, lässt sich an der personellen Zusammensetzung der Oppositionsrunde ablesen. Zu ihr gehörten nicht nur Lech Walesa, die Leitfigur der Gewerkschaft, und seine Berater Bronisław Geremek und Tadeusz Mazowiecki, sondern auch die Dissidenten Jacek Kuron und Adam Michnik, die das Regime zuvor als „Teufel in Menschengestalt“ verunglimpft und wiederholt eingesperrt hatte.

Halbfreie Wahl Die Gespräche, an denen auch Vertreter der staatsstreuen Einheitsgewerkschaft OPZZ, der Blockparteien und der Kirchen teilnahmen, verliefen zäh. Mal tagte man in großer Runde, mal in paritätisch besetzten Arbeitsgruppen. Einige Male drohten die Verhandlungen zu scheitern. Doch am Ende gelang es der Opposition, der KP-Führung substantielle politische Zugeständnisse abzurufen: Legalisierung von Solidarnosc, freier Zugang zu den Medien, schrittweise Überführung der Planökonomie in eine Marktwirtschaft. Kernstück der am 5. April verkündeten Ergebnisse war die Abhaltung von Wahlen, die zwar nicht ganz frei sein sollten, aber immerhin die Bereitschaft der Staatspartei signalisierten, ihr Machtmonopol aufzugeben und die Regierungsgewalt mit anderen zu teilen. Um im nationalen Parlament, dem Sejm, die Mehrheit zu behaupten, hatte sich die Staatspartei das Recht zusichern lassen, für sich und ihre Verbündeten 65 Prozent der Sitze einzunehmen. Die restlichen Abgeordneten sollten in freier Wahl bestimmt werden, ebenso die Mitglieder des Senats, der neu geschaffenen zweiten Kammer. Im Gegenzug wurde vereinbart, dass die Opposition das ebenfalls wieder eingeführte Präsidentenamt akzeptierte, für das Jaruzelski vorgesehen war. Die Rechnung der Machthaber ging jedoch nicht auf. Bei der Wahl am 4. Juni 1989 und der Stichwahl zwei Wochen später erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Alle nicht vorab garantierten Sitze wurden vom Bürgerkomitee Solidarnosc gewonnen. Auch die Senatsitze gingen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an die Opposition. Ein von der Arbeiterpartei geführtes Kabinett bekam im Parlament keine Mehrheit. Stattdessen gelang es der Solidarnosc, mit Hilfe zweier bisheriger Blockparteien am 13. September 1989 die erste nichtkommunistische Regierung unter dem katholischen Publizisten Mazowiecki zu bilden. Jaruzelski, bis zu seinem Tod Ende Mai 2014 eine im Volk umstrittene Figur, wurde mit nur einer Stimm Mehrheit zum Staatsoberhaupt gewählt.

„Fröhliche Baracke“ Polen war nicht das einzige Land im Ostblock, das sich auf den Reformweg begeben hatte. In Ungarn herrschte bereits seit den 1970er Jahren ein Klima der Veränderung. Die sozialistische Arbeiterpartei unter Janos Kadar gab sich als vergleichsweise milde Diktatur, gestattete

Der Riss durch die Bruderländer

OSTBLOCK Den Reformkurs von Polen und Ungarn sah die SED 1989 mit Verdruss



Glasnost und Perestroika gegen Reformstau: Michail Gorbatschow verteidigt seine Politik auf der Parteikonferenz der Kommunistischen Partei 1988 in Moskau.

als erste kommunistische Partei privates Wirtschaften, lockerte Handelsschranken, gestattete den Bürgern ins westliche Ausland zu reisen und ließ auch politisch Andersdenkende öffentlich zu Wort kommen. Bei Menschen in der DDR und in der Tschechoslowakei, wo die Herrschenden ihren Kurs starrer Dogmatik unbeirrt fortsetzten, galt Ungarn als „fröhlichste Baracke“ im sozialistischen Lager. Anders als in Polen, wo der Reformdruck aus der Opposition kam, gingen in Ungarn

die Impulse für Veränderungen von Mitgliedern der Staatspartei aus. Imre Pozsgay, Mitglied des Zentralkomitees und einer der führenden Reformkommunisten, hatte sich bereits 1988 öffentlich für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen. Am 11. Februar 1989 folgte das ZK dem Vorschlag und beschloss, das Machtmonopol der KP aufzugeben und andere Vereinigungen wie etwa die im selben Monat wieder gegründete Sozialdemokratische Partei zur Wahl zuzulassen. Pozsgay war es auch, der ein Tabu brach

und die 1956 von der Sowjetunion niedergeschlagene angebliche „Konterrevolution“ als das bezeichnete, was sie in Wahrheit war: ein Volksaufstand. Als am 15. März 1989, dem Staatsfeiertag zur Erinnerung an den Aufstand von 1848 gegen das österreichische Kaiserhaus, Zehntausende durch Budapest zogen, wurden sie nicht wie in den Jahren zuvor von der Polizei auseinander getrieben. Auch nicht, als sie den patriotischen Text der Nationalhymne anstimmten, der bis dahin nicht öffent-

lich gesungen werden durfte. Bei dieser Kundgebung verlangten Redner den Abzug der sowjetischen Truppen, den Austritt aus dem Warschauer Pakt, eine unabhängige Justiz und ein demokratisches Parlament. Am 13. Juni setzten sich Regierungspartei und Opposition zusammen, um über die Abhaltung freier Wahlen zu beraten. Anders als in Warschau wurde ein eckiger Tisch gewählt. Am 24. Juni bestimmte das ZK der Arbeiterpartei ein vierköpfiges Präsidium, in dem die Reformkommunisten die Füh-

rung übernahmen. Der Weg in die Demokratie und zur Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit war damit geebnet. Denn schon bald darauf, am 6. Juli 1989, wurden die hingerichteten Führer des Volksaufstandes vom Obersten Gericht als Landesverräter freigesprochen.

Bedrohung des Systems Dass Polen und Ungarn sich Schritt für Schritt in Richtung Unabhängigkeit und Demokratie bewegen konnten, lag nicht zuletzt an dem politischen Richtungswechsel in Moskau. Seit der sowjetische KP-Chef Michail Gorbatschow mit seiner Politik von Glasnost und Perestroika begonnen hatte, das erstarrte Gesellschaftssystem zu modernisieren, konnten sich Reformen in anderen Ostblockstaaten auf ihn berufen. Darüber hinaus kam ihnen zugute, dass Moskau seinen Verbündeten gestattete, selbst zu bestimmen, wie sie den Sozialismus gestalteten. Am 7. Juli bestätigte die Sowjetunion bei einem Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest offiziell das Recht eines jeden sozialistischen Staates, seinen eigenen Weg zu gehen.

Damit war das Lager der bisherigen Satellitenstaaten praktisch gespalten. Hier die Reformländer Polen und Ungarn, dort die weiterhin von orthodoxen Kommunisten regierten Länder, allen voran die Tschechoslowakei und die DDR. In einer Mischung aus Starsinn und totaler Selbstüberschätzung hatte die Ost-Berliner Führung um Erich Honecker Gorbatschows Politik eines Systemumbaus eine Absage erteilt und stattdessen einen „Sozialismus in den Farben der DDR“ zum verbindlichen Leitbild erklärt. Tatsächlich steckte der wirtschaftlich nahezu bankrotte SED-Staat in einer tiefen Krise. Seine Machthaber sahen in den Demokratie-Forderungen der immer selbstbewusster auftretenden Opposition in der DDR eine Bedrohung ihres Systems und versuchten sie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Als die chinesische Führung am 4. Juni auf dem Pekinger „Platz des himmlischen Friedens“ die dortige Demokratiebewegung blutig niederschlug, bekundete die Ost-Berliner Staatsmacht Verständnis für das brutale Vorgehen gegen den „konterrevolutionären Aufruhr“.

Wachsender Verdruss Was dagegen in Moskau, Warschau und Budapest passierte, beobachtete die SED-Führung mit wachsendem Verdruss. Der Kurs ihrer dortigen „Bruderparteien“ erschien Ost-Berliner Hardlinern als Verrat am Marxismus-Leninismus. Ungarns Parteiführung, sagte Honecker im April, habe offensichtlich nicht mehr den Willen, „die politische Macht zu verteidigen“. Als ungarische Grenzsoldaten am 2. Mai einen Stachelndrahtverhau an der österreichischen Grenze abbauten, war die SED-Spitze alarmiert. Das steigerte sich noch, als am 19. August bei einem Fest der „Panneuropa-Union“ bei Sopron etwa 660 DDR-Bürger in den Westen flüchteten, ohne dass ungarische Grenzposten sie daran hinderten. Und als am 11. September der Eisernen Vorhang endgültig fiel und Ungarn entgegen bestehender Verträge mit Ost-Berlin die Grenze nach Österreich für alle DDR-Bürger öffnete, war das Tischtuch zwischen beiden Regierungen vollends zerschnitten.

Die Massenflucht ihrer Bürger hätte die SED-Spitze eigentlich zum Umdenken veranlassen müssen. Aber Honecker dachte nicht daran, sondern erklärte, man weine den Flüchtlingen keine Träne nach. Blind für die Realität klammerte sich die Riege der alten Männer im Politbüro an die Macht. „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort“, hatte Gorbatschow die SED-Oberen beim Besuch zum 40. Jahrestag der DDR am 6./7. Oktober gewarnt. Sein Pressesprecher machte daraus den griffigen Ausspruch „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Peter Pragal

Der Autor war 1989 Osteuropa-Korrespondent des „Stern“ mit Sitz in Ost-Berlin.

»Wir Ost-68er brauchten einen langen Atem«



WERNER SCHULZ Der spätere Grünen-Politiker wollte seine Heimat trotz vieler Enttäuschungen nicht verlassen. 1990 wurde er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer

Die Entwicklung in den „sozialistischen Bruderstaaten“ haben wir immer aufmerksam verfolgt – wir lebten ja in der ständigen Hoffnung, dass es von dort Impulse für Reformen geben würde. Denn die DDR war eine Lüge mit drei Buchstaben und in Wirklichkeit ein demagogisches Regime. Restlos bewusst wurde mir das 1968. Ich hatte im Mai Abitur gemacht und war dann im Juli mit Freunden nach Prag gefahren, wo wir die Auswirkungen des Prager Frühlings spürten. Damals war ich voller Hoffnung: Ich dachte, die Veränderungen ließen sich nicht mehr aufhalten und der vielzitierten „Sozialismus mit menschlichem Anlitz“ würde auch zu uns überschwappen. Dass es nicht so kam, war eine tiefe Enttäuschung. Was blieb, war die bittere Erkenntnis, dass alle Versuche, das System zu überwinden oder umzukrempeln, brutal niedergeschlagen werden. Wir Ost-68er hatten keine Chance, den Marsch durch die Institutionen anzutreten, sondern mussten noch längeren Atem beweisen. Mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 in Helsinki keimte neue Hoffnung auf. Und führte zu

Bürgerinitiativen in Polen und der Charta 77 in Prag, einer Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei. All das waren Ermutigungen und Impulse für die Andersdenkenden in der DDR, die verstreut in



Wohnzimmern und Küchen saßen und darüber debattierten, wie es weitergehen könnte. Dass es einen Weg aus diesen Nischen hinaus in die Gesellschaft geben könnte, dieser Gedanke entwickelte sich mit dem Aufkommen der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc,

die aus einer Streikbewegung von Arbeitern hervorgegangen war und stark durch die katholische Kirche unterstützt wurde. Als wir das sahen, reifte auch in uns die Überlegung, es zu wagen, in den öffentlichen Raum vorzudringen. So fanden und nutzen wir den politischen Freiraum unter dem Dach der evangelischen Kirche. 1981 entstand der Pankower Friedenskreis – der bezeichnenderweise von der Staatssicherheit als „Operativer Vorgang Virus“ geführt wurde. Sie hatten Angst vor der Ausbreitung und haben mit allen Mitteln versucht, die Ansteckungsgefahr zu bannen. In ähnlicher Form entstanden Oppositionsgruppen in vielen Kirchen und Städten der DDR. So wurden im entscheidenden Moment aus Bürgerrechtsgruppen eine Bürgerbewegung und die protestantische Kirche zum Basislager der friedlichen Revolution. Von 68 bis 89 war eine bedrückende Zeit mit etlichen Rückschlägen. Vor allem wenn Freunde weggingen, weil sie keine Hoffnung mehr hatten, dass sich etwas ändern würde. Für mich war es ein Schlüssel-Erlebnis, als mich ein Vernehmer der Stasi enternv fragte, was ich eigentlich noch hier wolle. „Verlassen Sie das Land in den näch-

sten acht bis 14 Tagen, wir lassen Sie gehen.“ Und ich sagte: „Wie kommen Sie darauf? Das hier ist meine Heimat! Wenn Sie gehen, würden sich die Probleme lösen lassen.“

Abstimmung mit den Füßen Im Sommer und Herbst 1989 schauten wir dann gebannt auf Ungarn. Das Land war bekanntlich die lockerste Baracke im sozialistischen Lager. Als dort plötzlich der Eisernen Vorhang zerschnitten wurde, die hermetischen Abriegelung des Ostblocks vorbei war und die Ungarn und dann auch die Tschechen und Bulgaren keine Lust mehr hatten, die DDR-Bürger festzuhalten, war das eine Abstimmung mit den Füßen. Letztlich wurde die Verbindung von Oppositionsgruppen und Ausreisewilligen zum Mauersprengstoff. Der politische Vorlauf der Ost-68er war eine wesentliche Grundlage für die Herbstrevolution 89. Zwischen beiden Jahreszahlen gibt es einen politischen Zusammenhang. In Leipzig, Berlin und Prag wurde die 89 umgedreht und als Antwort für 68 hochgehalten. Unser Revolutionsmobiliar, den „Runden Tisch“, haben wir von unseren Nachbarn übernommen. Die Polen hatten ihn schon

im Februar 1989 mit Erfolg eingerichtet. Für uns war klar, dass wir an einem solchen Runden Tisch dafür sorgen würden, die SED-Diktatur durch freie Wahlen und die Einführung der von Anbeginn vorenthaltenen Bürgerrechte zu brechen. Wenn ich heute in den ehemaligen Ostblock schaue, dann empfinde ich neben Genugtuung auch Sorge. Enttäuscht bin ich, dass in Budapest, das wir immer für das Paris des Ostblocks hielten, heute eine äußerst zweifelhafte Politik betrieben wird. Ich habe den heutigen ungarischen Premier Viktor Orbán im September 1989 kennengelernt. Damals traf ich einen Bürgerrechtler, der für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintrat. Dass er von diesem Weg abgekommen ist und in Autokratien wie Wladimir Putin ein Vorbild sieht, betrübt mich sehr. Aufgezeichnet von Susanne Kailitz

BIOGRAFIE

- > **Geboren** wurde Werner Schulz 1950 in Zwickau. 1980 wurde der Lebensmittelchemiker kurz vor seiner Dissertation von der Humboldt-Universität Berlin wegen seines Protestes gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan fristlos entlassen.
- > **In den 1980er Jahren** engagierte sich Schulz im Pankower Friedenskreis. 1989 wurde er Mitglied des Neuen Forums, 1990 war er in der Volkskammer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne.
- > **Für Bündnis 90/Die Grünen** saß Schulz bis 2005 im Bundestag und zwischen 2009 und 2014 im Europäischen Parlament.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

CHRONIK DER WENDE



23.8.1989 Die bundesdeutsche Botschaft in Prag wird wegen Überfüllung geschlossen. Hunderte weiterer Flüchtlinge klettern über den Zaun in den Garten der Botschaft.

24.8.1989 Mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes werden mehr als 100 DDR-Bürger aus der Budapester Botschaft in die Bundesrepublik ausgeflogen. In Polen wird „Solidarnosc“-Mitbegründer Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten gewählt.

26.8.1989 Eine Initiativegruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ (SDP) präsentiert einen Aufruf zur Parteigründung.

4.9.1989 Nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche demonstrieren etwa 1.200 Menschen.

8.9.1989 Aufgrund von Zusicherungen von DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel verlassen alle DDR-Bürger die Ständige Vertretung in Ost-Berlin.



9./10.9.1989 30 Mitglieder der unabhängigen DDR-Friedensbewegung, darunter Bärbel Bohley (Bild), unterzeichnen den Gründungsauftrag des „Neuen Forum“.

10.9.1989 Ungarn öffnet in der Nacht zum 11.9. die Grenze zu Österreich für DDR-Bürger.

12.9.1989 Die Bewegung „Demokratie jetzt“ tritt mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ hervor.

14.9.1989 Die Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ tritt mit einem „Flugblatt für die Demokratie“ an die Öffentlichkeit.

18.9.1989 In Leipzig gehen Hunderte von Demonstranten nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche auf die Straße mit dem Ruf „Wir bleiben hier!“ und nicht mehr, wie zuvor: „Wir wollen raus!“ Viele Festnahmen.

24.9.1989 Die Bonner Botschaft in Prag wird Sammelpunkt für DDR-Flüchtlinge, weil die CSSR die Kontrollen an der Grenze zu Ungarn verschärft.

25.9.1989 Auf der Leipziger Montagsdemonstration fordern 5.000 bis 8.000 Menschen die Zulassung des Neuen Forums.

30.9.1989 Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) verkündet in Prag die Ausreisereiseerlaubnis für die Botschaftsbesetzer.

2.10.1989 Bis zu 20.000 Menschen nehmen an der Montagsdemonstration in Leipzig teil. Die Volkspolizei greift ein; es gibt Verletzte. Erstmals, so erinnerte sich später ein Teilnehmer, wurde dort „Wir sind das Volk“ gerufen.

3.10.1989 Die DDR-Regierung lässt die rund 11.000 Flüchtlinge, die sich seit dem 30.9. erneut in und um die Bonner Botschaft in Prag versammelt haben, in den Westen ausreisen. Zugleich schließt die DDR faktisch ihre Grenzen, indem sie den visafreien Reiseverkehr in die CSSR „aussetzt“.

4.10.1989 Bei der erneuten Massenausreise von Botschaftsbesetzern aus Prag in Sonderzügen über DDR-Gebiet kommt es in Dresden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, die auf die Züge aufspringen wollen.



6./7.10.1989 Staatsfeier zum 40. Jahrestag der DDR in Anwesenheit Michail Gorbatschows, der in einem spontanen Interview sagt: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Sein Pressesprecher Gerasimow macht daraus später: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

In Schwante gründen 43 Personen eine Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP).

9.10.1989 „Tag der Entscheidung“ in Leipzig, wo rund 70.000 Menschen für Reformen demonstrieren. Die befürchteten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften bleiben aus.



Nach der symbolischen Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze erreichen DDR-Flüchtlinge am 19. August 1989 Österreich.

Weg, nur weg!

AUSREISEWELLE Die ungarische Regierung riss das erste Loch in den Eisernen Vorhang – die Massenflucht aus der DDR begann

Mai 1989. „Hier ist auch Deutschland“, empört sich der Gastgeber, als dem Besuch aus dem Westen ein „morgen geht es schon wieder zurück nach Deutschland“ herausrutscht. Das gesamtdeutsche Empfinden, Meinungsfragen bestätigen das später, ist im Osten stärker ausgeprägt als im Westen. Für das SED-Regime ist das seit jeher ein erhebliches Problem. Denn sehr viel mehr DDR-Bürger als Bürger anderer Warschauer-Pakt-Staaten fliehen in den Westen oder versuchen es. Die Angst, die eigene Bevölkerung zu verlieren, ist vielleicht einer der Gründe, warum sich die Führung der DDR derart gegen die Reformpolitik des sowjetischen KP-Chefs Michail Gorbatschow sperrt. Auf jeden Fall ist diese Reformverweigerung aber ein

Grund für weiter zunehmende Unzufriedenheit im Volk – und den immer stärkeren Wunsch, das Land zu verlassen.

Rentner dürfen raus Seit dem Abschluss der innerdeutschen Verträge von 1972 sind DDR-Bürgern Westreisen aus bestimmten familiären Gründen theoretisch möglich. Tatsächlich werden die Bestimmungen aber extrem restriktiv gehandhabt. Faktisch bekommen fast nur Rentner eine Erlaubnis, da man sie als Kostgänger des Staates gerne los sein möchte. Einen Antrag auf „ständige Ausreise“ kann zwar jeder stellen, aber er muss dann mit erheblichen Schikanen, insbesondere am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, und einer hohen Wahrscheinlichkeit der Ablehnung rechnen. In der Endphase der DDR kommt es immer häufiger zu Protesten von Ausreisewilligen.

Seit Herbst 1987 nutzen Leipziger die Anwesenheit von West-Medien während der Messe, um für ihre Ausreise zu demonstrieren. So auch am 13. März 1989 während der Frühjahrmesse. Rund 300 DDR-Bürger gehen nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche auf die Straße und rufen in Sprechchören: „Wir wollen raus!“ Die Staatssicherheit versucht daraufhin, mit der Aktion „Auslese“ Druck aus dem Kessel zu nehmen. Bis zum Kirchentag im Juli 1989 soll 4.000 Antragsstellern aus Leipzig und Umgebung die Ausreise gestattet werden. Doch die erhoffte Wirkung bleibt aus. Stattdessen kommen immer mehr Menschen zu den Friedensgebeten. Eine Möglichkeit, dem Ausreisebegehren nachzuhelfen, ist die Flucht in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin oder eine westdeutsche Bot-

schaft in einem anderen Ostblockland. Wegen des öffentlichen Aufsehens solcher Fälle wurde „Botschaftsbesetzern“ in den zurückliegenden Jahren immer wieder Strafloßigkeit und baldige Ausreise zugebilligt. Im Lauf des Jahres 1989 nimmt die Zahl der Botschaftsflüchtlinge allerdings rasant zu. Als Anfang August 1989 bereits 131 DDR-Bürger in der Bonner Vertretung in Ost-Berlin ausharren, signalisiert die DDR-Führung, dass diese die letzten sein würden, die man auf diesem Weg ausreisen lässt. Am 8. August 1989 schließt die Ständige Vertretung angesichts der unhaltbaren Zustände ihre Tore für neue Flüchtlinge.

Botschaften dicht Am 14. August macht auch die ähnlich überfüllte Botschaft in Budapest dicht und am 22. August die Botschaft in Prag. Doch nun überklettern immer mehr Flüchtlinge den Zaun zum Botschaftsgelände. Die tschechoslowakische Polizei strengt sich nicht sonderlich an, sie daran zu hindern. Der Botschaftsgarten wird zum Zeltlager. In Budapest das Gleiche. Dort erlaubt die Regierung sogar die Errichtung von Zeltlagern außerhalb des Botschaftsgeländes, zunächst auf dem Grundstück einer Pfarrei, dann in einem Pionierlager und schließlich am Plattensee. Die Zahl der Flüchtlinge steigt rasant: Am 28. August sind es 1.400, am 2. September 3.500, am 4. September 4.700. Viele Ungarn helfen ehrenamtlich bei der Versorgung der Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt ist der Eisernen Vorhang in Ungarn längst löchrig geworden. Bereits Ende 1988 hat der neue, reformorientierte Ministerpräsident Miklós Németh die Wartungskosten für die elektronischen Grenzsperranlagen an der 350 Kilometer langen Grenze zu Österreich aus dem Staatshaushalt gestrichen. Da die Ungarn seit Anfang 1988 frei reisen dürfen, dienen sie ohnehin fast nur noch dazu, der DDR beim Einsperren ihrer Bürger zu helfen. Am 28. Februar 1989 dann hat die ungarische KP beschlossen, diese Systeme ganz abzubauen, und dafür die Zustimmung von Gorbatschow erhalten. Seit dem 2. Mai wird demontiert.

Am 27. Juni durchtrennen die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn und Alois Mock, symbolisch und unter den Augen zahlreicher Kameras den Grenzzaun in der Nähe von Sopron. Diese Bilder lösen eine neue Reisewelle von DDR-Bürgern nach Ungarn aus. Zwar wird die Grenze noch bewacht, aber die ungarischen Grenztruppen sind angewiesen, nur noch zur Selbstverteidigung zu schießen. Hunderten DDR-Bürgern gelingt die Flucht. Am 19. August findet eine noch spektakulärere Aktion statt. Die Paneuropa-Union (PEU), eine nach dem Ersten Weltkrieg gegründete gesamt europäische Einigungsbewegung, hat zusammen mit dem Ungarischen Demokratischen Forum zu einem „Paneuropäischen Picknick“ an der ungarisch-österreichischen Grenze geladen. Schirmherren sind der PEU-Präsident und CSU-Europa-Abgeordnete Otto von Habsburg sowie der ungarische Staatsminister Imre Poszgay. Während der Veranstaltung wird das Grenztor zwischen St. Margareten und Sopron für mehrere Stunden geöffnet. 661 DDR-Bürger, durch Flugblätter an ihren Ferienorten informiert, gelangen zu Fuß mit dem, was sie bei sich tragen, nach Österreich. Die fünf ungarischen Grenzer, die hier Dienst tun, um österreichischen Besuchern Tagesvisa auszustellen, lassen sie gewähren. Nur zwei Tage später erschießt ein junger ungarischer Grenzsoldat einen Architekten aus Weimar beim Fluchtversuch. Die ungarische Führung handelt nun schnell. Am 24. August dürfen 108 Botschaftsflüchtlinge nach Österreich ausfliegen, von dort geht es per Bus zum Notaufnahmeger Zirndorf bei

Nürnberg. Tags darauf sind Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn zu einem streng geheimen Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) auf Schloss Gymnich, dem Gästehaus der Bundesregierung. Dabei sagt Németh zu, dass Ungarn seine Grenze öffnen werde und bis Mitte September alle DDR-Bürger ausreisen könnten, sofern „uns keine militärische oder politische Kraft von außen zu einem anderen Verhalten zwingt“. Dass dies nicht der Fall sein wird, erfährt Kohl tags darauf mit einem Anruf bei Gorbatschow. Dieser kommentiert die beabsichtigte Grenzöffnung mit den Worten: „Die Ungarn sind gute Leute.“ In der Nacht zum 11. September ist es so weit. In den Folgetagen überqueren zehntausende Menschen aus der DDR die ungarische Grenze nach Österreich. Der Eisernen Vorhang hat nun ein Loch, das nicht wieder zugeht.

Wenige Wochen später geht ein Kreischen, lauter als beim Konzert eines Teenie-Idols, um die Welt. Es kommt aus fast 6.000 Kehlen im Garten der bundesdeutschen Botschaft in Prag. „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise“ – mehr ist nicht mehr zu verstehen von dem, was Außenminister Genscher am Abend des 30. September vom Balkon der Botschaft herab verkündet. Nicht nur den Menschen unten schießen Tränen in die Augen, auch Fernsehzuschauer weltweit, die diese Szene wieder und wieder zu sehen bekommen. In den Verhandlungen, die Genschers Auftritt vorausgingen, hat die DDR zur Gesichtswahrung darauf bestanden, dass die Ausreise über ihr Staatsgebiet erfolgt. Von nun an führen täglich mehrere Sonderzüge von Prag über DDR-Gebiet ins bayerische Hof. Weil sich zudem die Bonner Botschaft in Prag ständig wieder mit neuen Flüchtlingen füllt, macht die DDR-Führung am 3. Oktober 1989 die Grenze zur Tschechoslowakei dicht. Da seit längerem auch schon Reisen nach Polen kaum mehr möglich sind, sind die Menschen in der DDR nun fast völlig eingesperrt. Dies reizt die ohnehin brodelnde Stimmung weiter an. Mit dem Ruf „Wir wollen raus“ blockieren am 4. Oktober mehr als 5.000 Demonstranten den Dresdner Hauptbahnhof.

Freilassungen Es dauert nicht mehr lange, bis die Machtstrukturen in der DDR ins Wanken geraten. Erich Honecker darf noch, neben einem eisigen Michail Gorbatschow stehend, am 7. Oktober die Parade zum 40. Jahrestag der Republik abnehmen. Zehn Tage später stürzt ihn die Parteiführung und ersetzt ihn durch Egon Krenz. Dieser ordnet am 27. Oktober die Freilassung aller inhaftierten „Republikflüchtlinge“ an. Am 3. November bricht im Garten der bundesdeutschen Botschaft in Prag erneut Jubel aus. Zwar ist es diesmal nur der stellvertretende Botschafter, der auf dem Balkon steht, aber die Nachricht, die er den 5.000 Menschen unten verkündet, ist noch weitgehender. Ab sofort dürfen Flüchtlinge ohne Genehmigung der DDR direkt in die Bundesrepublik ausreisen. Da auch die DDR ihren Bürgern wieder Reisen in die CSSR erlaubt, wälzt sich von nun an eine Trabant- und Wartburg-Karawane aus der DDR über die Tschechoslowakei nach Bayern. Binnen zwei Tagen gelangen allein auf diesem Weg mehr als 23.000 Menschen in den Westen. Ab dem 9. November ist auch dieser Umweg nicht mehr nötig. „Wenn ich Rentner bin, komme ich zum Gegenbesuch“, hatte der nicht mal vierzigjährige Gastgeber dem abreisenden Westbesuch versprochen, damals im Mai 1989. Im November stand sein Trabi in Bonn vor der Tür. *Per Stützel*

»Plötzlich waren viele, die ich kannte, nicht mehr da«

KARAMBA DIABY Erst vier Jahre in der DDR, muss der junge Student aus dem Senegal feststellen, dass viele Bürger das Land verlassen wollen

Im Oktober 1985 bin ich in die DDR gekommen. Erst zum Sprachkurs nach Leipzig und dann im Sommer 1986 zum Chemiestudium nach Halle. In den ersten Jahren konnte ich die Entwicklungen in der DDR noch nicht so richtig einordnen. Ich selbst verspürte eine große Zufriedenheit und Dankbarkeit für die Chance, die ich erhalten hatte, in mir. Als Waisenkind habe ich mir zuvor mit meinem Bruder dessen Stipendium in Dakar geteilt. Da blieb nicht viel übrig. Zwei Jahre habe ich in dieser Situation versucht, in Dakar zu studieren.

Es ergab sich das ein oder andere Mal, dass ich mit meinen Mitsudenten an den Wochenenden zu deren Eltern gefahren bin. Dort war man immer sehr freundlich zu mir. Aber dennoch stockten die Gespräche, wenn ich als „Fremder“ den Raum betrat.

Merkwürdige Verabschiedung Ich persönlich hatte auch Kontakt zu Studierenden, die gegenüber dem DDR-Staat kritisch eingestellt waren. Ein sehr guter Freund von mir war in der Umweltbewegung aktiv. Umweltverschmutzung war gerade in Halle ein Riesenthema in Studentenkreisen. Mit diesem Freund und seiner Freundin habe ich ein paar Mal Urlaub gemacht und auch einige Radtouren unternommen. Im August 1989 – die beiden hatten inzwischen einen Sohn – erzählten sie mir, sie würden in den Urlaub fahren. Die Verabschiedung war ein bisschen merkwürdig. Aber ich habe mir damals nicht viel dabei gedacht. Tage später kam die Nachricht, dass die Grenze in Ungarn nach Österreich aufgemacht wurde. Da wurde mir einiges klar. Und in der Tat: Sie sind abgehauen, wie man damals sagte. Lange habe ich nichts von ihnen gehört. Erst als sie sich dann meldeten, habe ich gehört, das Ganze zu reflektieren. Ich hatte Verständnis für sie. Sie waren sehr kritisch, wellfopen und an vielen Sachen interessiert und fühlten sich in der DDR eingeklemmt.

Neid auf Devisen Dann habe ich selbst ein Stipendium bekommen – nicht vom senegalesischen Staat, sondern von der DDR, was eben zu dieser Dankbarkeit führte. Dennoch habe ich durch Gespräche mitbekommen, dass die Menschen in der DDR mit der Situation unzufrieden waren. Ausländische Studierende, insbesondere jene, die über Devisen verfügten, haben auch mitbekommen, dass es viel Neid gab. Nach dem Motto: Die haben Devisen und dürfen in den Westen reisen. Wir sind hier geboren und aufgewachsen und dürfen das nicht. Den Neid auf Devisen habe ich persönlich nicht erfahren. Als senegalesisches Waisenkind hatte ich niemanden, der mir hätte etwas schicken können.

viele, die ich kannte, nicht mehr da. Da habe ich mir natürlich Gedanken gemacht: Wenn so viele verschwinden, könnte das auf kurze Sicht das Ende der DDR sein, dachte ich. Das sorgte bei mir selbstverständlich für eine gewisse Verunsicherung. Es war ja schließlich der Staat DDR, der mich zum Studieren eingeladen hatte. Keiner wusste zu dem Zeitpunkt, in welche Richtung es gehen sollte. Die ausländischen Studierenden waren total verunsichert. Das verstärkte sich noch, als das SED-Politbüro-Mitglied Schabowski im Fernsehen erklärte, die Mauer sei offen. Da herrschte ja große

Begeisterung im Land. Umso erstaunter war ich, dass eine sehr gute Freundin von mir diese Begeisterung nicht teilte und sogar regelrecht enttäuscht war. Da hat es bei mir Klick gemacht und ich habe gemerkt: Es gibt also doch DDR-Bürger, die das gar nicht wollen.

SED-Nachfolgepartei In der Wendezeit habe ich mich schon sehr für die Aktivitäten der Runden Tische interessiert. Bei Demonstrationen war ich nicht, weil ich nicht wusste, was das für Folgen für mich haben kann. Hätte ich das Studium abbrechen müssen, hätte ich überhaupt nichts in der Hand gehabt. Die Gefahr, das Studium abbrechen zu müssen, führte auch bei vielen anderen ausländischen Studierenden zu Existenzängsten. Wer von seinem sozialistischen oder kommunistischen Herkunftsstaat geschickt wurde, für den war die Lage geklärt. Deren Stipendium wurde dann von der SED-Nachfolgepartei übernommen. Das galt aber nicht für mich. Ich hatte damals immerhin das Glück, Sprecher der internationalen Studierenden gewesen zu sein. Gut Deutsch konnte ich auch, so dass sich mir die Zusammenhänge besser erschlossen haben. Aber dennoch: Als Studierende wussten wir nicht, wen wir fragen sollten, wie es für uns weitergeht. In den Verhandlungen der Unis hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst keine Ahnung, was mit ihnen passiert. Die Unsicherheit war groß: Keiner wusste, was für eine Art von Staat kommen wird. Auch eine



> BIOGRAFIE

> **Senegal** Karamba Diaby wurde 1961 in Marsassoum im Senegal geboren.

> **Deutschland** 1985 kam er zum Studium in die DDR. In Halle engagierte er sich nach der Wende im Ausländerbeirat. Mitglied der SPD wurde Diaby 2008 aus Begeisterung für Willy Brandt.

> **Bundestag** Seit Oktober 2013 ist Diaby Abgeordneter des Bundestages und Mitglied im Innen- und Menschenrechtsausschuss sowie im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.



Die Massen gehen auf die Straße

DEMONSTRATIONEN Die DDR-Bürger lassen sich 1989 nicht mehr ruhigstellen. Die Fälschung der Kommunalwahl und die Ausreisewelle heizen die Proteste an. Am 9. Oktober kommt es in Leipzig zum »Tag der Entscheidung« – das SED-Regime verliert

Am 31. August 1989 ist Manfred Hummitzsch, Chef der Leipziger Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), noch zuversichtlich. Der Generalleutnant nimmt mit Kollegen aus anderen DDR-Bezirken an einer Dienstberatung in der Ost-Berliner Stasi-Zentrale teil. Nachdem es während der Urlaubzeit zumindest in der DDR recht ruhig zugegangen war, drohen nun erneut „öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Handlungen“. Nach jüngster Zählung der Sicherheitsorgane sind republikweit bereits 160 „feindliche oppositionelle Zusammenschlüsse“ aktiv, denen mehr als 2.500 Personen angehören. In dieser Situation lässt sich Minister Erich Mielke von seinen MfS-Bezirkschefs die Lage vor Ort schildern. Hummitzsch sagt, in Leipzig stehe die Herbstmesse bevor, da werde es wohl als Zwischenfall kommen. „Die Lage ist so, Genosse Minister, nachdem jetzt acht Wochen Pause war, [...] findet jetzt zur Messe am 4. September, 17.00 Uhr das erste Mal wieder dieses operative relevante „Friedensgebet“ statt.“ Vor den Sommerferien war es regelmäßig im Anschluss an die montägliche Veranstaltung in der Nikolaikirche, die Friedensbewegung, Umweltschützer, Regimekritiker, Ausreisewillige und Neugierige in immer größerer Zahl angezogen hatte, zu Tumulten gekommen. Obwohl Hummitzsch ahnt, dass die Proteste nicht aufhören, ist er überzeugt: „Die Lage wird komplizierter sein, aber ich denke, wir beherrschen sie.“ Kurz vor seinem Vortrag hat Mielke im großen Konferenzsaal des Ministeriums noch für Unruhe gesorgt. Er provoziert die versammelten Offiziere mit einer kurzen Frage: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Ein sol-

ches Szenario, die Wiederholung des Volksaufstandes von 1953, übersteigt allerdings die Vorstellungskraft der Anwesenden. „Der [17. Juni, der Verf.] ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da“, entgegnet ein Offizier dem Minister. Seine Kollegen pflichten ihm bei, die charakteristischen sicherheitspolitische Lage durchweg als „stabil“ oder „sehr stabil“.

Der Ernstfall Tatsächlich sollte es nur 40 Tage nach der Beratung zum Ernstfall kommen. Am 9. Oktober gehen in Leipzig rund 70.000 Menschen auf die Straße, angetrieben von der Wut auf die verkörrerte SED-Clique. „Wir sind das Volk!“, rufen die Demonstranten, die an diesem Montag fürchten mussten, dass die Machthaber auch vor dem Schusswaffengebrauch nicht zurückschrecken. Schon im Vorfeld war die Bevölkerung eingeschüchtert worden. Das SED-Bezirksorgan „Leipziger Volkszeitung“ hatte den Leserbrief „Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden“ gedruckt, in dem der Verfasser, ein Kommandeur der paramilitärischen Kampfgruppen der Arbeiterklasse, ankündigte: „Wir sind bereit und Willens, dass von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen. [...] Wenn es ein muss, mit der Waffe in der Hand!“ Doch die 8.000 bewaffneten Polizisten, Kampfgruppenangehörigen und Soldaten, die der Staat aufgeboden hat, kommen nicht zum Einsatz. Sie kapitulieren vor der Menschenmenge. Diese Machtprobe markierte den Anfang vom Ende der kommunistischen



„Wir wollen keine Gewalt! Wir wollen Veränderungen!“ steht auf einem Transparent bei der Leipziger Montagsdemonstration von 70.000 Menschen am 9. Oktober 1989.

Diktatur. Nach dem „Tag der Entscheidung“ wird in der DDR nichts so bleiben, wie es zuvor war. Damit steht auch fest: Erneut hat die Stasi kläglich versagt. So wie schon 1953 erkennt die Geheimpolizei auch 1989 nicht, dass der SED die Macht zu entgleiten droht. Dabei hatte sich die Entwicklung, die in die Friedliche Revolution münden sollte, über Monate hinweg abgezeichnet. In der gesamten DDR – und erst recht in Leipzig.

In der Messestadt fand die Ouvertüre zum 9. Oktober schon zu Beginn des Jahres statt. Nach versammelten sich nicht solche Menschenmassen wie im Herbst, aber am 15. Januar gelang es 450 bis 500 Menschen, mitten im Stadtzentrum zu demonstrieren. Ihr Aufzug war ein unerhörter Vorgang im SED-Staat, auch wenn er nach nur 400 Metern gewaltsam aufgelöst wurde. Die Aktion war lange vorbereitet worden. Ein Bündnis Leipziger Basisgruppen hatte 10.000 Flugblätter mit einem Aufruf in Briefkästen geworfen und anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit gefordert. Die Initiatoren luden „alle Bürger der Stadt“ dazu ein, auf den Marktplatz zu kommen. Nach einer kurzen Kundgebung formierte sich dort der Demonstrationzug.

Schon im Januar 1989 demonstrieren in Leipzig 500 Menschen für demokratische Rechte.

»Negative Kräfte« Mielke war wenig amüsiert. Tags darauf unterrichtete er unter anderem Staats- und Parteichef Erich Honecker über die „Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte“ und teilte mit, dass Ermittlungsverfahren

gegen elf inhaftierte Drahtzieher eingeleitet worden seien. Das harte Vorgehen gegen friedliche Demonstranten sorgte im Westen für Empörung. US-Außenminister George Shultz rügte in Wien auf einem KSZE-Treffen die Menschenrechtssituation in der DDR. Dort wiederum fanden landesweite Fürbitteandachten und Informationsveranstaltungen statt. Die Unterdrückung des Protests gearb nur neuen Protest.

Am 13. März, während der Frühjahrsmesse, kam es für das Regime zur nächsten Blamage. Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche kamen auf dem Vorplatz gut 3.000 Menschen zusammen. Die meisten von ihnen wollten in die Bundesrepublik übersiedeln, was auf illegalem Weg kaum möglich war. Die Bilder, die das Westfernsehen vor Ort machte, elektrisierten auch in DDR-Wohnzimmern: 300 Menschen, die von der Kirche zum Marktplatz zogen, riefen „Stasi weg!“. Nun behauptete Mielke, es sei „durch den konzentrierten Einsatz von 850 Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie gesellschaftlicher Kräfte“ gelungen, die „provokatorische Aktion“ zu unterbinden.

Das nächste herausragende Ereignis im Protestkalender war nicht auf Leipzig beschränkt. Am Abend des 7. Mai, dem Tag der Kommunalwahl in der DDR, sprach SED-Politbüromitglied Egon Krenz in der Spätausgabe der DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ von „einem eindrucksvollen Votum“: 98,85 Prozent der Wähler hätten für die von der SED dominierte Einheitsliste gestimmt. Dieses Mal hatten jedoch mehrere Tausend

Bürger die Auszählung der Stimmzettel überwacht. Ihr Ergebnis: Die verkündeten Zahlen waren gefälscht. Dem Wahlbetrug folgten Unruhen. In Ost-Berlin und selbstverständlich in Leipzig, wo von nun an die Polizei an jedem Montag auf dem Nikolaikirchhof eingreifen musste – bis zur Sommerpause.

Auch Ausreisewillige aktiv Kurz zuvor, am 13. Juni 1989, erhielten wichtige MfS-Offiziere vertrauliche Post: eine Verschlussache von Mielke. Er ermahnte seine Untergebenen zu höchster Wachsamkeit, um am 17. Juni mögliche Kundgebungen anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes zu unterbinden. Mielke erinnerte an die „erhebliche Zunahme“ von Demonstrationen, für die er mehrere Beispiele anführte: aus Ost-Berlin und Leipzig.

Am 17. Juni sollte es aber ruhig bleiben, so wie während der Ferienzeit, die mit der Beratung im Stasi-Hauptquartier endet. Hummitzsch prognostiziert dort Zwischenfälle am 4. September.

Genauso kommt es. Nun demonstrieren etwa 1.000 Bürger. In ihren Augen ist das Regime, das stur an alten Parolen festhält, obwohl die Mauer in Ungarn ein Loch bekommen hat und der DDR die Menschen in Scharen davonlaufen, endgültig diskreditiert. Das macht sie mutig. Und noch etwas ist neu: In Leipzig treten erstmals Ausreisewillige und Regimekritiker gemeinsam auf. Die im Westen ausgestrahlten und im Osten aufmerksam verfolgten Fernsehberichte wirken mobilisierend. In Leipzig kehrt fortan keine Ruhe mehr ein.

Der Funke springt auf andere Städte über. Am 4. Oktober 1989 erreichen vier Sonderzüge mit Prager Botschaftsflüchtlingen, die nach dem Willen des SED-Regimes über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik ausreisen müssen, den Dresdner Hauptbahnhof. 5.000 Menschen versuchen die „Freiheitszüge“ zu stürmen. Tumultartige Szenen spielen sich ab, erstmals fliegen Steine. Am 7. Oktober wollen die Politbürokraten dann würdig ihren 40. „Republik-Geburtstag“ begehen, doch Demonstrationen in Ost-Berlin, Chemnitz, Halle, Dresden oder Potsdam trüben ihre Feierlaune. In Plauen, einer Stadt mit knapp 80.000 Einwohnern, protestieren sogar bis zu 20.000 Menschen.

Das Finale findet am 9. Oktober in Leipzig statt. Dieser Tag ist deshalb ein besonderes Datum, weil es für eine der wenigen gelungenen Freiheitsrevolutionen in der deutschen Geschichte steht. Ein Polit-Offizier agitiert noch Stunden vor der Demonstration SED-Mitglieder mit den Worten: „Genossen, ab heute ist Klassenkampf. Die Situation entspricht dem 17. Juni 1953. Heute entscheidet es sich – entweder die oder wir. [...] Wenn die Knüppel nicht ausreichen, wird die Waffe eingesetzt.“ Dazu wird der Leipziger Gewandhauskapellmeister Kurt Masur später einmal sagen, die Leipziger seien „in Todesangst“ auf die Straßen gegangen. Das Regime habe gehofft, es könne die Menschen mit Drohungen wieder zur Raison zu bringen: „Und allein das ist ein Verbrechen.“

Uwe Müller

Der Autor ist Reporter der „Welt“-Gruppe, für die er 1990 bis 2002 Korrespondent in Leipzig war. Er hat zuletzt das Buch „Vorwärts und Vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur“ (Rowohlt) veröffentlicht.



»Es war überwältigend zu sehen, wie viele Leute gekommen waren«

THOMAS FEIST Der Leipziger war von Anfang an bei den Montagsdemonstrationen dabei. Und dennoch überrascht, als 70.000 DDR-Bürger auf die Straße gingen

Die Proteste in Leipzig haben im Grunde schon im Mai 1989 begonnen, als gegen Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen demonstriert wurde. In der Nikolaikirche wurden damals die Fotos und Namen derjenigen ausgestellt, die inhaftiert worden waren. Das nächste Ereignis war das Leipziger Straßenmusikfestival am 10. Juni 1989, ein unabhängiges organisiertes Musikfestival, das vom Staat als Provokation empfunden wurde und relativ rabiat aufgelöst wurde. Zur ersten „Montagsdemonstration“ kam es dann am 4. September, im Anschluss an das traditionelle Montagsgebet in der Nikolaikirche. Die staatlichen Stellen hatten ziemlich schnell gemerkt, was sich da zusammenbraute, und reagierten dementsprechend. So füllte sich die Nikolaikirche in der Folgezeit montags immer ziemlich schnell mit sehr „unauffälligen“ Herren der Staatssicherheit.

»Es war klar, dass hier etwas losgetreten wurde, das sich nicht mehr aufhalten ließ.«

Thomas Feist

In diesem Zeitraum wurde der Protest auch zum ersten Mal aus dem Kircheninneren in den Kirchhof und damit in den öffentlichen Raum getragen. Unter den Demonstranten waren viele Ausreisearbeitgeber, die dachten, dass man jetzt ein bisschen was riskieren könne. Umso schneller wäre man dann raus aus dem Land. Ich selbst habe mich den Protesten angeschlossen, weil ich Mitglied in zwei kirchlichen Gruppen und zudem Wehrdienstverweigerer war und mir daher der Weg zu Abitur und Studium verbaut wurde.

In den darauffolgenden Wochen stießen auch immer mehr Menschen aus dem Umland zu den Leipziger Demonstranten. Der Staat reagierte darauf, indem montags ab 17 Uhr die Geschäfte geschlossen wurden. Nach dem Motto: Hier gibt's nichts zu kaufen – wer dennoch nach Leipzig kommt, ist ein potenzieller Demonstrant und Staatsfeind.

Wir wussten, dass es Zeitfenster für Aktionen gab, die wir nutzen konnten. Etwa zur Zeit des Leipziger Stadtfestes oder der Herbstmesse, bei der öffentliche Polizeieinsätze gegen Demonstranten ein negatives Bild von der DDR gezeichnet hätten. Dieses Gefühl der Sicherheit wurde dadurch verstärkt, dass die westlichen Medien aus den gegebenen Anlässen sehr präsent waren und über die international besuchten Veranstaltungen in Leipzig berichteten.

Wir waren aber dennoch erstaunt, dass die Zahl der Demonstranten immer größer wurde, auch wenn wir noch weit von den 70.000 des 9. Oktober 1989 entfernt waren. Die Proteste profitierten davon, dass immer mehr Leute kamen. Auch um einfach nur zuzuschauen, als eine gewisse kritische Masse überschritten war. Dabei war die Rückbindung, dass das Ganze von einem Friedensgebet ausging, immer wichtig. Man sang zuvor in der Kirche und sprach sich Mut zu.

Die Situation am 9. Oktober war dann schon speziell. Durch Hörsensagen erfuhren wir, dass die Leipziger Krankenhäuser verstärkt Blutkonserven geordert hatten und



die Bereitschaftspolizei in Alarmbereitschaft versetzt worden war. Für die meisten Demonstranten spielte das jedoch keine Rolle. Wir überlegten: Selbst wenn jetzt an die jungen Wehrpflichtigen der Bereitschaftspolizei Munition ausgegeben würde, könnte sich doch der Staat gar nicht auf sie verlassen. Ich kannte selber einige, die dort

ihren Wehrdienst ableisteten. Die würden doch nicht auf die eigenen Leute schießen. Das würden die nicht machen.

Kein Stolz Es war überwältigend zu sehen, wie viele Leute gekommen waren. Stolz waren wir aber nicht. Es war eher so, dass die ganze Sache eine Dynamik entwickelt hatte, die uns entglitten war. Wenn man eine unüberschaubare Menschenmenge vor sich hat und die meisten Teilnehmer nicht kennt, kann man die Reaktionen nicht mehr einschätzen. Dass sich so viele Menschen beteiligten, kam für uns total überraschend. Die Teilnehmer hatten ganz unterschiedliche Ziele. Einige wollten nur raus aus dem Land, andere die DDR verändern. Das zeigte sich auch auf den ganz unterschiedlichen Transparenten. Geeint waren alle im Feindbild der Stasi und der Partei. Wo genau das Ganze hingehen sollte, wusste keiner. Auch nicht am 9. Oktober. Es war aber klar, dass hier etwas losgetreten wurde, das sich nicht mehr aufhalten ließ. Bei der ersten Montagsdemonstration am 4. September hätte ich diese Prognose noch nicht gewagt. Aufgezeichnet von Götz Hausding

BIOGRAFIE

> Verweigerer 1964 in Leipzig geboren, wurde Thomas Feist als kirchlich engagierter Wehrdienstverweigerer in der DDR der Zugang zum Abitur verweigert. So lernte er Heizungsinstallateur.

> Musikwissenschaftler Von 1995 bis 2000 studierte er Musikwissenschaften, nachdem er wegen nachweisbarer politischer Verfolgung in der DDR auch ohne Abitur zur Universität zugelassen wurde, und promovierte 2005.

> Bundestag 2009 zog Feist als CDU-Direktkandidat in seinem Wahlkreis Leipzig in den Bundestag ein.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



CHRONIK DER WENDE

16.10.1989 Erneute Großdemonstration in Leipzig mit diesmal mehr als 100.000 Menschen. Erstmals wird im DDR-Fernsehen über die Massenproteste berichtet.



17./18.10.1989 Der Machtkampf im SED-Politbüro endet mit Honeckers Sturz. Egon Krenz, neuer SED-Generalsekretär, kündigt ein neues Reisegesetz an.

26.10.1989 Die Stasi zählt allein an diesem Tag 160.000 Demonstranten in mehreren Bezirken.

27.10.1989 Der DDR-Staatsrat verkündet eine Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten.

1.11.1989 Nach Wiederzulassung des visa-freien Reiseverkehrs in die CSSR strömen erneut DDR-Bürger in die Bonner Botschaft in Prag, um ihre Ausreise zu erwirken. Krenz erklärt nach einem Gespräch mit Gorbatschow, Wiedervereinigung und Mauerabrisse seien „nicht auf der Tagesordnung“.



4.11.1989 Auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz demonstrieren fast eine Million Menschen für demokratische Reformen und freie Wahlen. Es ist die bis dahin größte Kundgebung in der DDR.

6.11.1989 Der vom DDR-Ministerrat veröffentlichte Entwurf eines neuen Reisegesetzes, der Willkür bei Genehmigungen von Auslandsreisen nicht ausschließt, löst in der Bevölkerung Proteste aus.

8.11.1989 Das Politbüro tritt geschlossen zurück; dem neuen Politbüro gehört auch Hans Modrow an, den die SED als Ministerpräsidenten vorschlägt. Das Neue Forum wird als Vereinigung zugelassen.

9.11.1989 In Berlin fällt die Mauer:

09.00 Uhr Offiziere des DDR-Innenministeriums und der Staatssicherheit erarbeiten gemäß einem Politbüro-Auftrag eine neue Ausreiseregelung.

16.00 Uhr Krenz verliert im SED-Zentralkomitee den Reiseregulierungs-Entwurf, der ihm als Beschlussvorlage des Ministerrates einschließlich Pressemitteilung vorliegt.

17.30 Uhr Krenz gibt beide Papier an ZK-Sprecher Günter Schabowski.



18.00 Uhr Beginn der Pressekonferenz, auf der Schabowski (Bild) kurz vor 19.00 Uhr die neue Reiseregulierung bekannt gibt. „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (...) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt“. Auf die Frage, ab wann die Regelung in Kraft tritt, antwortet Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort. Unverzüglich.“

19.05 Uhr Eilmeldung der Nachrichtenagentur AP: „DDR öffnet Grenze“.

20.15 Uhr 80 Ost-Berliner haben sich laut Volkspolizei an den Grenzübergängen Bornholmer Straße, Invalidenstraße und Heinrich-Heine-Straße eingefunden; um 21.30 Uhr sind es an der Bornholmer Straße zwischen 500 und 1.000 Menschen. Kohl erfährt nach einem Staatsbankett in Warschau von den Ereignissen.

22.00 Uhr Stasi-Chef Erich Mielke informiert Krenz über die Lage an der Grenze. Krenz lässt „den Dingen freien Lauf“, ohne einen ausdrücklichen Befehl zu erteilen.

22.42 Uhr In den ARD-„Tagesthemen“ sagt Moderator Hanns Joachim Friedrichs: „Dieser 9. November ist ein historischer Tag: Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jeden geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“ Nach der Sendung setzt ein Massenansturm auf die Übergänge ein.

23.30 Uhr In der Bornholmer Straße beschließt Oberstleutnant Harald Jäger angesichts des Andrangs, den Übergang zu öffnen. Tausende Menschen werden auf der West-Berliner Seite begeistert begrüßt. Bis Mitternacht wird die Öffnung aller Berliner Übergänge erzwungen, teilweise von West-Berlinern. Zwischen 1 Uhr und 2 Uhr überwinden tausende West- und Ost-Berliner die Mauer am Brandenburger Tor.



Während das Volk unzufrieden ist und Reformen will, feiert die Staatsführung noch im Oktober 1989 mit viel Prunk den 40. Gründungstag der DDR. Mit dabei: Der sowjetische Reformator Gorbatschow (erste Reihe Mitte).

Das Ende der Ära Honecker

MACHTKAMPF Demonstranten erzwingen im Herbst 1989 den Rückzug der SED-Regierungselite

Wut, Verzweiflung, Frust und Angst: Erich Honecker kann an diesem Montag die Emotionen der Menschen nicht nur sehen, er kann sie auch hören. Auf Monitoren beobachtet er am 16. Oktober 1989 vom Lagezentrum des DDR-Innenministeriums in Berlin aus, wie etwa 120.000 Demonstranten durch Leipzig ziehen. Sie fordern freie Wahlen, Reise- und Pressefreiheit. Ein System aus Mikrofonen, Kabeln und Lautsprechern überträgt die Rufe von Leipzig nach Berlin: „Keine Gewalt!“, „Wir sind das Volk!“

Es ist ein erschütterndes Bild, das sich Honecker bietet. Sein Lebenswerk zerfällt. Soll er die Demonstrationen niederschlagen lassen? Am 17. Juni 1953 hatte das SED-Regime Proteste mit sowjetischer Hilfe niedergewalzt. Die Chinesen hatten erst im Juni 1989 einen Volksaufstand blutig beendet. Honecker schaut, hört, überlegt. Wahrscheinlich weiß der 77-Jährige, dass am Ausgang der Proteste auch seine Zukunft hängt.

Hardliner Seit 18 Jahren ist er die zentrale politische Figur in der DDR. 1971 hatte er Walter Ulbricht gestürzt und sich als dessen Nachfolger zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED ausrufen lassen. Nun muss Honecker erkennen, wie sehr er sich vom Volk entfernt hat. Oder die Menschen sich von ihm. Schon wenige Tage zuvor war ihm Ablehnung entgegen geschlagen: Bei den Feiern zum 40. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Ok-

tober waren Mitglieder der Jugendorganisation FDJ an ihm und dem KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow vorbeimarschiert und hatten vor allem den sowjetischen Reformator bejubelt, nicht ihn, den rückwärtsgewandten Hardliner.

Machtkampf Gemeinsam mit Honecker sind das Politbüromitglied Egon Krenz und der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit, Erich Mielke, ins Lagezentrum gekommen. Und während Honecker die Bilder der Demonstranten sieht, die Sprechchöre hört, wissen die beiden anderen Männer längst, dass dies wohl der letzte gemeinsame Besuch an diesem Ort ist. Schon seit Tagen tobt im Politbüro des Zentralkomitees der SED ein Machtkampf, der sich an der Frage entzündet hat, wie man mit den Demonstranten umgehen soll. Nun wollen Krenz und Mielke Honecker am nächsten Tag bei einer Sitzung des Politbüros absetzen. Nachdem die Lage in Leipzig nicht eskaliert ist, weil die Demonstranten friedlich geblieben sind und die SED-Führung keine Gewalt anordnet, verlässt Honecker das Innenministerium. Krenz trifft letzte Vorbereitungen für das Ende einer Ära.

In kurzer Zeit hatte Honecker nach dem politischen Ende Ulbrichts seine Macht gefestigt. Noch 1971 wurde er Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. 1976, als sein SED-Amt von „Erster Sekretär“ in „Generalsekretär“ umbenannt wurde, stieg er zudem zum Vorsitzenden des DDR-Staatsrats auf. Der Bergarbeitersohn aus dem saarländischen Neunkirchen ver-

einte seit damals die wichtigsten Partei- und Staatsämter im sozialistischen Teil Deutschlands auf sich. Wie kein zweiter prägte er auf diese Weise das Leben im Inneren des Landes und auch die Außendarstellung der kommunistisch regierten DDR in den 1970er und 1980er Jahren.



Für Honecker (rechts) läuft die Zeit ab.

Die Sitzung des Politbüros am Morgen des 17. Oktober 1989 verläuft zunächst nach dem üblichen Schema. Der SED-Funktionär Gerhard Schürer fertigt während des Treffens Notizen, die als verlässliche Quelle dafür gelten, was hinter den verschlossenen Türen passiert: Nachdem Honecker in ge-

schaftsmäßig-routiniertem Tonfall fragt, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gebe, meldet sich der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, und beantragt, als ersten Tagesordnungspunkt die Absetzung Honeckers und die Übergabe der Macht an Krenz zu behandeln. Honecker erstarrt, fängt sich aber wieder. Als gehe es um die Beratung eines Wohnungsbauprogramms, eröffnet er sodann die Aussprache zu seinem Sturz. Stoph soll bei dieser Debatte gesagt haben: „Erich, es geht nicht mehr. Du musst gehen.“

Abberufung Niemand stellt sich in den nächsten Minuten hinter Honecker. Nur er selbst ergreift für sich Partei und attackiert seine Genossen mit Worten der Verbitte- rung. Er habe nie erwartet, dass sich so enge Wegbegleiter wie Mielke oder der ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen, Günter Mittag, von ihm abwenden würden. „Ich sage das nicht als geschlagener Mann, sondern als Genosse, der bei bester Gesundheit ist.“ Honecker leidet da schon an jenem Krebs, an dem er fünf Jahre später sterben wird. Dann stimmt er seiner eigenen Abberufung zu.

Der Potsdamer Historiker Martin Sabrow nannte Honecker einen zwar in der öffentlichen Repräsentation blassen, aber unheimlich mächtigen Mann. Seine Legitimation als politischer Führer speiste sich immer auch aus seinem Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Während der NS-Diktatur war er 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von dieser Macht ist ihm nun aber nichts mehr geblieben. Einen Tag

später, am 18. Oktober 1989, bittet Honecker in einer eilig einberufenen Sitzung des ZK selbst um seine Entlassung. Kurz vor der Zusammenkunft der ZK-Funktionäre hat er seinen persönlichen Sekretär Frank-Joachim Herrmann über diesen erzwungenen Schritt informiert. Seit 1968 schon arbeitet Herrmann für Honecker. Bei der letzten Begegnung mit seinem Chef sei dieser wortkarg, nüchtern und ruhig gewesen, erinnerte sich Herrmann später. „Das war bei ihm immer das Zeichen, dass ihn etwas sehr beschäftigt oder getroffen hatte.“ Das ZK stimmt der Abberufung Honeckers zu. Dann spenden ihm die SED-Kader Applaus. Honecker packt seine Sachen und geht. Herrmann sieht den Mann, für den er 21 Jahre gearbeitet hat, nie wieder.

Parallelen Honecker muss die Choreografie seines Abganges vertraut gewesen sein. So wie er gestürzt wurde, hatte er selbst den Sturz Ulbrichts inszeniert – mit einer wichtigen Ausnahme: Ulbricht war von seinen Genossen abgesetzt worden. Honecker hatten seine Parteifreunde zwar abberufen. Entmachtet hatten ihn aber die DDR-Bürger mit ihrem Protest. Honeckers Nachfolger Egon Krenz geht es bald ähnlich. Weiterhin ziehen die DDR-Bürger zu Zehntausenden durch die Straßen und fordern tiefgreifende Reformen. Am 7. November tritt Stoph mit seinen Ministern zurück, am 8. November tritt das Politbüro ab und am 9. November fällt in Berlin die Mauer.

Sebastian Haak

Der Autor ist freier Journalist in Erfurt. ||

»Ein Gefühl wie schweres Verliebtsein«

MARIANNE BIRTHLER Freche Sprüche und kühne Hoffnungen bei den Demonstranten in Ost-Berlin im Herbst 1989

Als sich die Menschen am 4. November 1989 in Berlin auf dem Alexanderplatz versammelten, stand ich mit meinem damaligen Partner Werner Fischer staunend da und betrachtete die Menschenmassen. Sie kamen von allen Seiten, zu Fuß, mit der S-Bahn, mit der U-Bahn. Viele von ihnen trugen Schilder und Transparente, mit Aufschriften wie „Dieser Demo bester Lohn Stasi in die Produktion“ oder „Wider den Schlaf der Vernunft“.

Bei der ersten offiziell genehmigten Demonstration in der DDR, die nicht von der SED-Führung, sondern von Berliner Theaterleuten ausging, versammelten sich Hunderttausende Menschen auf dem Alexanderplatz und in den umliegenden Straßen. Manche Schätzungen gehen von einer halben Million Menschen aus, was wohl eher als gefühlte Zahl gelten dürfte.

Mut und Witz Werner fragte, „Hättest du denen das zugetraut?“, und ich verneinte. Und schämte mich ein bisschen, weil ich bei den Menschen in der DDR nach den langen bleiernen Jahren so viel Mut und Witz nicht vermutet hätte. Eine ganz wunderbar einfache Feststellung, nämlich „Wir sind das Volk“, wurde zur Königin aller Lösungen. In den Wochen und Monaten zuvor schien es außer den kleinen Oppositi-

onengruppen und denen, die sich zu Fürbitteandachten in Kirchen trafen, nicht viele Menschen zu geben, die den Mut und die Energie gehabt hätten, sich zu engagieren. Entsprechend groß war meine Überraschung, dass dann so viele auf die Straße gingen.

An diesem 4. November gab es große Demonstrationen nicht nur in Berlin. In mehr als 50 größeren und kleineren Städten hat-

ten an diesem Tage Menschen demonstriert, auch die Montagsdemonstrationen in Dresden und Leipzig erreichten in dieser Zeit Rekordwerte.

Woher dieser unerwartete Mut kam? Das wissen wir nicht so genau. Eine revolutionäre Situation entsteht ja – so befand jedenfalls Lenin – immer dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Aber in den zurücklie-

genden Jahrzehnten waren im Ostblock immer wieder sowjetische Panzer gerollt, wenn sich Menschen gegen die Machthaber erhoben hatten – diese Erfahrung saß tief. Der desolatte Zustand der DDR-Wirtschaft und die politische Krise der SED-Führung waren immer spürbarer geworden. Eine wichtige Rolle spielten auch ermutigende Entwicklungen in anderen Ostblockstaaten. Und wir spürten immer stärker unsere eigene Kraft, zum Beispiel, als es im Mai 1989 gelungen war nachzuweisen, was jeder wusste: dass die SED Wahlergebnisse fälschte.

Doch am 7., 8. und 9. Oktober hatten wir Angst, es könnte auch in der DDR eine „chinesische Lösung“ geben – das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ lag ja erst einige Monate zurück. Viele Menschen waren in diesen Tagen und Nächten verhaftet worden, und wir waren in Sorge und Angst. Viele derer, die aus der Haft kamen, standen unter Schock waren erschüttert über die Demütigungen und Misshandlungen.

Flagge zeigen Dann, am 9. Oktober, stellte sich große Erleichterung ein: In Leipzig wurde anderes als erwartet nicht auf Demonstranten geschossen, und auch in Berlin entspannte sich die Lage. Jeden Tag



BIOGRAFIE

> Opposition Geboren 1948 in Berlin, engagierte sich Birthler seit den 1980er Jahren in der DDR-Opposition. 1989 war sie Referentin im Stadtjugendpfarramt von Ost-Berlin.

> Abgeordnete 1990 war sie in der Volkskammer Sprecherin von Bündnis 90. Vom 3. Oktober bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember gehörte sie dem Bundestag an.

> Bundesbeauftragte 1990 wurde sie in den Brandenburger Landtag gewählt und war bis 1992 Ministerin für Bildung, Jugend und Sport. 2000 bis 2011 wirkte sie als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Überraschendes Ende ewiger Wahrheiten

9. NOVEMBER Am Morgen dieses Donnerstags des Jahres 1989 ahnt noch kein Mensch, dass sich die Tore in der Berliner Mauer noch vor Mitternacht öffnen werden

Dialog kurz vor Mitternacht, Donnerstag 9. November 1989, Berlin-Pankow, Schönhauser Allee. „Na, wo wollt ihr denn hin?“, fragt ein älterer Herr zwei Jugendliche, die ihn fast umrennen. „Zur Bornholmer Straße.“ – „Und was wollt ihr da?“ – „Mensch Opa, die Bretter sind weg! Die Bretter sind weg! Auf zum Kurfürstendamm. 28 Jahre habe ich darauf gewartet!“ – „Wie alt bist du?“ – „26“.

In dieser Nacht geht Berlin nicht schlafen. Es wird die Nacht der Nächte in Berlin, seit dem 13. August 1961 in einen West- und einen Ost-Teil gespalten, getrennt durch die Mauer. Nie hat man so viele fröhliche Menschen gesehen in der DDR. Dass die kommenden Tage die schönsten im Leben vieler Bürger werden, ahnt am Morgen kaum jemand. Zwar jagen sich Gerüchte, aber an den Fall der Mauer wagt kaum einer zu denken.

Die SED hat abgewirtschaftet. Den meist jungen Flüchtlingen in der Prager Botschaft, die mit dem Zug in die Bundesrepublik fahren, ruft die DDR-Führung am 30. September nach: „Man sollte ihnen keine Träne nachweinen.“ Doch ein Staat, der der Jugend die Tür weist, verliert selbst bei Anhängern und Mitläufern Ansehen; viele ihrer Kinder sind in Prag. Eine Woche später gibt KPDSU-Chef Michail Gorbatschow in Ost-Berlin zu Protokoll: „Wer zu spät kommt, den bestraf das Leben!“ Schlafmützen wollen die Menschen nicht sein. Gorbatschows Kurs von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) lässt ihn zum Hoffnungsträger werden. Die SED unter Erich Honecker aber fremdelt mit ihm. Polen und Ungarn hingegen sind längst auf dem Weg in die Unabhängigkeit. Ungarn reißt den Stacheldraht im Westen nieder, lässt Botschaftsflüchtlinge ausfliegen und Leute, die nicht in die DDR zurück wollen, dürfen in den deutschen Westen fahren. Polen hat mit Tadeusz Mazowiecki den ersten nichtkommunistischen Regierungschef (siehe Seite 5). Noch am 9. Oktober will Honecker die Massenproteste in Leipzig gewaltsam niederschlagen. Doch die große Zahl Demonstranten lässt ihn zögern. Die Demonstranten auf dem Ring in Leipzig rufen: „Wir sind das Volk!“ Am 17. Oktober stürzt Honecker, auch wegen des „Tränen“-Satzes. Nachfolger Egon Krenz will verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, doch das gelingt nicht. Die Menschen sehen sich im „Vogelkäfig“; ein SED-Spitzenmann sagt Österreichs Botschafter: „Der Kerker muss weg!“ Am 4. November demonstrieren in Berlin Menschenmassen (Schätzungen liegen zwischen 500.000 und einer Million) für eine andere Republik. Sie fordern freie Wahlen und nicht Wahlen wie im März bei der Kommunalwahl, als das Ergebnis schon feststand, bevor die Wähler an der Urne waren.

Schabowskis Pressekonferenz Vom 8. bis 10. November tagt das SED-Zentralkomitee, das höchste Gremium zwischen den alle fünf Jahre stattfindenden Parteitag. Auf einer Pressekonferenz am 9. November liest SED-Politiker Günter Schabowski eine „Übergangsregelung“ vor: „... haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“ Und: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Auf die Frage, wann das gelte, sagt er: „Unverzüglich. Sofort!“ Diese Sätze verändern die Welt: Vier Monate später gibt es freie Wahlen in der DDR. Nach elf Monaten ist Deutschland vereint. Auch die CSSR, Bulgarien und Rumänien schütteln die kommunistische Diktatur



In der Nacht vom 9. auf den 10. November passieren tausende DDR-Bürger den Grenzübergang an der Bornholmer Brücke in Berlin.

ab. Die Sowjetunion zerfällt in 14 selbstständige Staaten. Die Agenturen melden: „DDR öffnet Grenze.“ Natürlich rechnet die SED damit, alle werden brav die Genehmigung beantragen, zumal nur wenige einen Pass haben. Doch immer mehr Menschen gehen zur Grenze, um zu sehen, was geschieht. Für Historiker Hans-Hermann Hertle haben die Medien großen Anteil an der Entwicklung. Moderator Hanns Joachim Friedrichs sagt um 22.42 Uhr in den „Tagesthematiken“: „Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“ Auf zur Grenze, heißt für viele DDR-Bürger die Parole. Aber noch ist kein Übergang offen. Besonders stark ist der Andrang im Norden Berlins an der Bornholmer Straße. Gegen 22 Uhr rufen viele: „Wir wollen rüber!“ Die Idee, die größten Krakeeler zu greifen, ihren Ausweis ungültig zu stempeln und sie sozusagen auszuweisen, hilft kaum. Die Wartenden denken: Wer am meisten schreit, darf gen Westen. Gegen 23.15 Uhr befiehlt der diensthabende Leiter Harald Jäger ohne Rücksprache: „Macht den Schlagbaum auf!“ Der

Grenzübergang meldet: „Wir fluten jetzt.“ Nach 30 Minuten dürfen alle Grenzstellen aufmachen. Die Maueröffnung haben die Menschen in Ost-Berlin erzwungen. Die Wächter fürchten die feindselige Stimmung der Leute. Doch die umarmen sich, sind überglücklich, bedanken sich, Frauen geben Küsschen auf die Wangen, eine Braut in Weiß wirft Jäger ihren Brautstrauß zu. Die Menschen kommen wie sie gerade sind: Jacken, Hosen und Kleider über den Schlafanzug und los. „Wahnsinn!“ ist das Wort dieser Nacht. „Wahnsinn“ ist, wenn die Menschen den Schlagbaum ohne Kontrolle passieren, „Wahnsinn“ sind die ersten Schritte im Westen in ein unbekanntes Land, das nur die andere Hälfte der Stadt ist. Bald kommen die ersten zurück, zeigen ihre Trophäen, Zeitungen mit Schlagzeilen vom Mauerfall, „Wahnsinn!“

Gefechtsbereite NVA Am Brandenburger Tor ist die Mauer besonders dick. Die DDR glaubte, dort werde der Westen militärisch durchbrechen. Die Panzermauer eignet sich zum Klettern. Über 30 Stunden stehen Tausende Menschen aus Ost und West dort und zeigen der Welt, dass die Mauer keine Bedrohung mehr ist. Die Nationale Volksarmee (NVA) ist seit Freitagfrüh in Gefechtsbereitschaft. Verteidigungsminister Heinz Kessler fürchtet einen Sturm auf das Tor und fragt, ob nicht zwei Regimenter nach Berlin marschieren sollten, findet aber keine Unterstützung. Die Soldaten bleiben in den Kasernen. Die Gefechtsbereitschaft wird am nächsten Tag aufgehoben. Die Menschen auf der Mauer werden gewaltfrei abgedrängt. Soldaten nehmen ihren Platz ein.

„Wir Deutschen sind das glücklichste Volk der Welt“, ruft Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper am Freitag Abend während einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus. Kanzler Helmut Kohl, der seinen Besuch in Polen unterbrochen hat, appelliert an die DDR: „Verzichten Sie auf Ihr Machtmonopol.“ Und Ex-Kanzler Willy Brandt, 1961 Bürgermeister in Berlin, bringt

es in einem Interview auf den Punkt: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Massenandrang War der Mauerfall ein Versehen? Nein! Krenz und Schabowski luden schon am Tag nach Honeckers Abgang die Spitze der Evangelischen Kirche zum Gespräch. Dabei kündigen sie an, bis Jahresende dürfen alle gen Westen reisen. Kirchenmann Manfred Stolpe organisiert deshalb für den 29. Oktober ein Gespräch zwischen Schabowski und Momper. Ein Datum erfährt Momper nicht, trifft aber Vorkehrungen. Deshalb fahren, kaum ist die Grenze offen, alle paar Minuten Busse von den Übergängen zum Bahnhof Zoo. Momper hatte mit 500.000 Besuchern am Tag gerechnet. Am Samstag und Sonntag sind es jeweils mehr als eine Million. Der Westteil der Stadt platzt aus allen Nähten. Leute, die trotz Warnung mit dem Auto kommen, stehen die meiste Zeit im Stau. Es sollte anders ablaufen. Aber die DDR-Führung hat einmal mehr die Rechnung ohne die Menschen gemacht. Die DDR war ein Land „ewiger Wahrheiten“. Wie schnell sich „auf ewig“ angelegte Verhältnisse ändern, zeigt der 11. November. Richard von Weizsäcker, Präsident des westdeutschen Teilstaats, geht zum Potsdamer Platz, einst der Platz, auf dem das Herz der Metropole schlug. Seit dem Mauerbau verkam er zur Einöde. Am Morgen reißen DDR-Soldaten dort die Mauer auf, eröffnen einen neuen Übergang, einen von mehreren. Der Leiter der DDR-Grenztruppe nimmt Haltung an, salutiert, nennt Namen und Dienstgrad und sagt: „Herr Bundespräsident. Ich melde: Keine besonderen Vorkommnisse!“

Der Autor war von 1977 bis 1990 DDR-Korrespondent bei der „Frankfurter Rundschau“.



»Wie schön!«

VERA LENGSFELD Der Tag des Mauerfalls



Am Morgen des 9. November bin ich in die DDR zurückgekehrt. Im Januar 1988 war ich auf dem Weg zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Ost-Berlin verhaftet worden – wegen „versuchter Zusammenrottung“. Man verurteilte mich zu sechs Monaten Haft, die ich aber nicht absitzen musste, weil ich der Abschiebung ins westliche Ausland zugestimmt hatte. Ein Jahr sollte ich außerhalb der DDR verbringen, danach konnte ich zurückkommen.

Doch als ich morgens am Grenzübergang Friedrichstraße in Berlin stand, meinen DDR-Pass zückte und sagte „Ich möchte hier rein“, da sorgte das für massive Verwirrung. Der junge Soldat, der mir gegenüberstand, war total konsterniert. Er starrte auf meinen Pass, dann auf seinen Computer, telefonierte, dann kam ein Vorgesetzter, schließlich ein zweiter. Hinter mir stauten sich die Rentner, die es eigentlich gewohnt waren, ohne Probleme über die Grenze zu kommen. Als sie anfangen zu murren, drehte ich mich um und sagte: „Meine Papiere sind in Ordnung, trotzdem wollen die mich nicht reinlassen.“ Und irgendwie rief ein ganzer Rentner-Chor, man solle mich doch endlich durchlassen. Irgendwann wurden die Polizisten nervös, man knallte mir meinen Pass hin und einer sagte hektisch: „Gehen Sie, gehen Sie!“

Auf der anderen Seite der eisernen Tür bekam ich erst einmal eine Panikattacke. Das sah aus wie DDR, das roch wie DDR. Und ich konnte nur denken: „Jetzt bist du hier freiwillig wieder zurückgegangen. Die lassen dich doch nie wieder raus.“ Doch ich hatte ein Anliegen, das wichtiger war als alles andere: Ich wollte meinen Sohn und seine Mitschüler der Carl-von-Ossietsky-Schule in Pankow rehabilitieren. Sie waren etwa ein halbes Jahr nach meiner Abschiebung der Schule verwiesen worden, weil sie sich an einer Wandzeitung gegen Neonazis in der DDR und die Militarisierung ausgesprochen hatten. Nach der Ermütigung ihres Direktors übrigens, der angekündigt hatte, Glasnost und Perestroika auch an seiner Schule umsetzen zu wollen. Doch als Philipp und seine Freunde das ernst nahmen, wurden sie wegen „pazifistischer Plattformbildung“ relegiert. Als ich zurückkam, wollte ich im Volksbildungsministerium die Rehabilitation der Schüler erreichen.

Verwüstete Wohnung Aber zunächst verbrachte ich fast den ganzen Tag auf einem Präsidium der Volkspolizei am Alexanderplatz, um mein Wiederausreise-Visum zu bekommen – diese Sicherheit, ohne Probleme wieder aus der DDR herauszukommen, wollte ich mir schaffen. Als ich dann nach fast zwei Jahren zum ersten Mal wieder meine Wohnung betrat, fand ich meine Sachen komplett verwüstet vor. Die Zeit, in der ich auf dem Revier gewesen war, hatte man offenbar genutzt, um mir klarzumachen, wie unerwünscht ich in diesem Land war. Am Abend habe ich mich dann mit einer Freundin zum Essen getroffen, dabei schauten wir uns im Fernsehen die berühmte Pressekonferenz von Günter Schabowski an. Danach brachen wir auf zu Christa Wolf, meiner Nachbarin in Pankow. Wir wollten sie fragen, ob sie sich nicht vorstellen könne, als Präsidentin zu kandidieren – im Grunde ein völlig absurder Gedanke, der uns aber ernst war. Die Zeiten waren so. Sie ließ uns aber über ihren Mann ausrichten, dass sie sich das nach einem Herzanfall nicht zutrauen würde. Und dann kamen uns zwei Männer tanzend entgegen und riefen, die Grenze auf der Bornholmer Straße sei offen. Der Grenz-

übergang war 800 Meter von uns entfernt und wir liefen natürlich dorthin. Dort standen Grenzsoldaten, völlig verunsichert mit dem Rücken zur Wand und mit Blumen bedeckt. Sie steckten in den Knopflöchern der Uniformen, unter den Achselklappen und unter den Kordeln ihrer Käppis. Ich habe den ranghöchsten Offizier gefragt, wie er sich denn jetzt fühlen würde, habe aber keine Antwort bekommen.

Surreale Situation Als wir dann auf der anderen Seite, in West-Berlin, waren, standen wir an einer Bushaltestelle. Ein völlig verwirrter Busfahrer fragte uns, wo wir denn alle herkämen – und als wir es ihm erzählten, da sagte er, wir sollten einsteigen und machte mit uns eine spontane Sightseeing-Tour abseits seiner Route durch West-Berlin. Die ganze Situation war total surreal. Mein erster Gedanke war: „Jetzt hast du den ganzen Tag auf ein Ausreisevisum gewartet und nun brauchst du es gar nicht.“ Aber es war uns ja gar nicht klar, wie es nun weitergehen würde. Als ich nach dieser Nacht an der Heinrich-Heine-Straße wieder zurück in die DDR wollte, standen dort mit Maschinenpistolen bewaffnete Soldaten Spalier – und ich hab mich gefragt, ob sie die Grenze doch wieder schließen würden. Allerdings wurde uns schnell klar, dass das nicht passieren würde – als die Grenze nach 24 Stunden immer noch offen war, war ich davon überzeugt, dass sie es auch bleiben würde.

Heute fahre ich oft mit dem Fahrrad von Pankow zum Prenzlauer Berg. Und wenn ich dann den Mauerweg entlang radle, denke ich: „Wie schön!“ Die Freude über die Maueröffnung ist immer noch tief in mir drin. Aufgezeichnet von Susanne Kailitz

BIOGRAFIE

> **1952 in Sondershausen geboren**, studierte Vera Lengsfeld Philosophie und arbeitete an der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1981 erhielt sie Berufsverbot wegen Aktivitäten in Oppositionsgruppen.

> **Verhaftet und verurteilt** wurde sie 1988 zu sechs Monaten Haft wegen „versuchter Zusammenrottung“, die man ihr erließ, als sie zugestimmte, für zwei Jahre ins westliche Ausland zu gehen.

> **Politisch aktiv** war sie zunächst für die Grüne Partei in der Volkskammer 1990 und im Bundestag, dem sie bis 2005 angehörte. 1996 wechselte sie von Bündnis 90/Die Grünen aus Protest gegen eine Annäherung an die PDS zur CDU. Heute arbeitet sie als freie Publizistin in Berlin.

Anzeige

Europas letzte große Volksparteien

Christlich-Soziale Union und Südtiroler Volkspartei



Europas letzte große Volksparteien
Die Christlich-Soziale Union und die Südtiroler Volkspartei im Vergleich

Von Eveline Hermannseder
2014, 450 S., brosch., 82,- €
ISBN 978-3-8487-1001-0
(Parteien und Wahlen, Bd. 6)
www.nomos-shop.de/22078



Bayern und Südtirol, Laptop & Lederhosen-Partei sowie Smartphone & blauer Schurz-Partei, CSU und SVP – die Ähnlichkeiten, die beide Volksparteien sowohl in ihrer Entwicklung und ideologischen Nähe, als auch in ihrem politischen und kulturellen Kontext zeigen, machen einen politikwissenschaftlichen Vergleich längst überfällig, den dieses Werk nun liefert.



Willy Brandt (SPD), Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und Kanzler Helmut Kohl (CDU) am Abend des 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

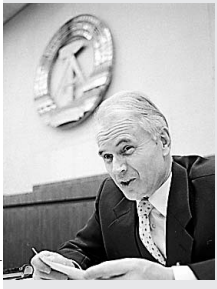


Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

CHRONIK DER WENDE

11./12.11.1989 Am ersten Wochenende nach der Grenzöffnung besuchen schätzungsweise zwei Millionen DDR-Bürger West-Berlin; eine weitere Million passiert die innerdeutsche Grenze.



13.11.1989 In der Volkskammer kündigen die Abgeordneten der Blockparteien der SED die Gefolgschaft auf. Die Volkskammer wählt Hans Modrow bei einer Gegenstimme zum Ministerratsvorsitzenden. Am 18. November wählen die Abgeordneten eine neue Regierung unter Modrow.

22.11.1989 Das SED-Politbüro erklärt sich bereit, an einem „Runden Tisch“ mit den Blockparteien, den neuen Parteien und Bürgerbewegungsgruppen über freie Wahlen und eine Verfassungsreform zu sprechen.

27.11.1989 Auf der Montagsdemonstration in Leipzig mit rund 200.000 Teilnehmern wird auch die Wiedervereinigung gefordert.



28.11.1989 Bundeskanzler Kohl (Bild) gibt im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm bekannt, das über einen Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren die stufenweise Entwicklung konföderativer Strukturen mit dem Ziel einer einheitlichen bundesstaatlichen Ordnung beinhaltet.

1.12.1989 Die Volkskammer streicht die führende Rolle der SED aus der Verfassung und bedauert die mittelbare Beteiligung der DDR am Einmarsch in die CSSR 1968.

3.12.1989 Auf der letzten Sitzung des SED-Zentralkomitees treten ZK und Politbüro mit Generalsekretär Krenz an der Spitze zurück. Honecker, Mielke und andere führende Mitglieder werden aus der Partei ausgeschlossen.

4.12.1989 Die Stasi-Bezirksverwaltungen in Erfurt und anderen Städten werden von aufgebracht Bürgern besetzt.

6.12.1989 Krenz tritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates zurück.

7.12.1989 Der zentrale „Runde Tisch“, an dem SED, Blockparteien, Massenorganisationen und Opposition teilnehmen, spricht sich auf seiner ersten Sitzung für Neuwahlen und die Auflösung des in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannten Ministeriums für Staatssicherheit aus.

8/9.12.1989 Beginn eines außerordentlichen SED-Parteitag. Ein Antrag auf Selbstauflösung findet keine Mehrheit; Gregor Gysi wird neuer SED-Vorsitzender.



11.12.1989 Bei zahlreichen Montagsdemonstrationen kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern einer Wiedervereinigung.

16./17.12.1989 Beim zweiten Teil des außerordentlichen SED-Parteitages benennt sich die Partei in „SED-PDS“ (Partei des demokratischen Sozialismus) um.

19.12.1989 Kohl wird anlässlich eines Treffens mit Modrow in Dresden begeistert von der Bevölkerung empfangen. Bei einer Kundgebung mit dem Kanzler bekunden Hunderttausende ihren Willen zur deutschen Einheit.

8.1.1990 Bei der ersten Montagsdemonstration im neuen Jahr in Leipzig mit rund 100.000 Teilnehmern dominiert ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen das Bild; in Sprechchören wird gerufen: „Deutschland – einig Vaterland“.

11.1.1990 Modrow erklärt, dass „eine Vereinigung von DDR und BRD nicht auf der Tagesordnung“ stehe.

15.1.1990 Tausende Demonstranten besetzen die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

23.1.1990 DDR-Grenzsoldaten beginnen mit dem Abriss der Berliner Mauer.

Es gibt Momente, in denen sich historische Entwicklungen wie unter einem Brennglas bündeln. Solch einen Moment kann man am Nachmittag des 13. November 1989 im Ost-Berliner Palast der Republik erleben. Im Saal der Volkskammer tritt Erich Mielke ans Rednerpult. Der 81-Jährige ist nicht nur Chef des mächtigen DDR-Staatssicherheitsdienstes, sondern auch Abgeordneter. Und als solcher drängt er ihn an diesem Tag, eine Ehrenrettung seines Geheimdienstes zu wagen, der auf den Straßen der Republik längst zum Hassobjekt der Demonstranten geworden ist. „Wir haben einen außerordentlich hohen Kontakt mit allen werktätigen Menschen“, lobt er lauthals seinen Dienst. Gelächter brandet im Saal auf. Mielke reagiert sichtlich verwirrt und spricht dann seinen berühmt gewordenen Satz: „Ich liebe doch alle, alle Menschen.“ Der absurde Auftritt Mielkes vor der Volkskammer im November 1989 steht exemplarisch für die Realitätsferne und Arroganz der politischen Führungselite des SED-Staats, die den Zusammenbruch ihres politischen Systems nicht wahrhaben wollte.

Doch auch wenn heute von dieser Plenardebate vor allem der Mielke-Auftritt im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hängen geblieben ist, war am 13. November 1989 in der Ost-Berliner Volkskammer doch weit aus mehr geschehen: Ein Parlament, das diese demokratische Bezeichnung in seiner 40-jährigen Geschichte bis dahin nicht verdient hatte, war plötzlich zum Leben erwacht.

Klare Bedingungen So vorhergesehen hatten das wohl nur wenige, als die Volkskammer an diesem Montag um 10.30 Uhr zu ihrer 11. Tagung zusammentritt. Der Rücktritt der DDR-Regierung unter Ministerpräsident Willi Stoph liegt nun schon fast eine Woche zurück. Geplant ist die Neuwahl des Ministerpräsidenten. Für den Posten hat die Partei den Dresdner SED-Chef Hans Modrow ausgewählt, ein Apparatschik mit Reform-Image und guten Verbindungen nach Moskau. Um die Personalie abzuschließen, gesteht die SED den zehn Volkskammerfraktionen aus Blockparteien und Massenorganisationen zu, den Parlamentspräsidenten in einer freien Wahl zu bestimmen. Nach einer Stichwahl setzt sich schließlich Günther Maleuda durch, systemtreuer Chef des Demokratischen Bauernbundes Deutschlands (DBD), einer der willfährigen Blockparteien aus der sogenannten Nationalen Front. Der erste Redner an diesem Tag ist Werner Jarowinsky, selbst seit 1963 im SED-Zentralkomitee und in den letzten fünf Jahren auch Mitglied im Politbüro. Er gibt den zerknirschten Funktionär, der stets nur das Gute wollte, aber an einer verknöcherten und beratungsresistenten Altherrenriege gescheitert ist. Nun aber werde die SED mit Egon Krenz, ihm und anderen reformwilligen Genossen an der Spitze sich selbst und das Land grundlegend erneuern, verspricht er. „Es geht um die Existenz des Sozialismus auf deutschem Boden“, gibt Jarowinsky die Richtung vor.

Doch die Fraktionschefs der Blockparteien stellen plötzlich Bedingungen für ihre künftige Zusammenarbeit mit der SED: Es müsse eine konsequente Trennung von Partei und Staat geben, fordern sie. Freie Wahlen, Verfassungsänderungen sowie neue Gesetze, die einem Rechtsstaat entsprechen und die demokratische Teilhabe der Bevölkerung ermöglichen. Und die Volkskammer solle künftig oberstes Machtorgan des Landes sein, nur ihr allein dürfe die Regierung verantwortlich sein. Es sind die gleichen Forderungen, die seit Wochen von Hunderttausenden auf den Straßen und Plätzen der DDR erhoben werden. Demokratie jetzt, lautet dort die Devi-



»Ich liebe doch alle, alle Menschen.« Der letzte Auftritt von Stasi-Chef Erich Mielke vor der Volkskammer ging in die Geschichte ein.

Palastrevolution

VOLKSKAMMER Mitte November verliert die SED im DDR-Parlament überraschend den Rückhalt der Blockparteien

se. Auch die Abgeordneten der Volkskammer, bis dahin eine Herde williger Abnickler des SED-Willens, scheinen plötzlich diese Parole für sich zu entdecken. Als spürten sie, dass dies ihre letzte Chance sein könnte, sich vor dem Volk zu rehabilitieren, führen sie die Verantwortlichen des alten Regimes an diesem Tag regelrecht vor: Stasi-Chef Mielke wird ausgelacht, als er vor dem Plenum herumstammelt. Der bisherige Volkskammerpräsident Horst Sindermann muss sich empörter Zwischenrufe erwehren, als er sich zu rechtfertigen versucht. Grotesk auch die Abschiedsrede von Willi Stoph, der 22 Jahre lang Ministerpräsident war. Der 75-Jährige behauptet, keine Mitverantwortung für die ökonomische Misere des Landes zu haben. Vielmehr hätten Erich Honecker und dessen Wirtschaftslenker Günter Mittag eigenmächtig alle Beschlüsse getroffen. Die Auftritte der alten Machthaber in der Volkskammer an diesem 13. November 1989 wählen nicht nur die Abgeordneten

auf, sondern auch die DDR-Bürger, die die historische Debatte im Fernsehen und Rundfunk verfolgen. Mit jeder Minute seien bei vielen Beobachtern „Bestürzung und Fassungslosigkeit über das Ausmaß der Lügen und des Volksbetruges“ gewachsen, hält die ZK-Abteilung „Parteigane“ danach in einem internen Bericht zur „Stimmung in der Bevölkerung“ fest. Selbst in den Parteikollektiven „herrschen maßlose Enttäuschung und Verbitterung“.

Neues Kabinett Vier Tage später, am 17. November 1989, tritt die Volkskammer erneut zusammen. Regierungschef Hans Modrow gibt eine Regierungserklärung ab und stellt sein neues Kabinett vor. Mit dabei Wolfgang Schwanitz, den Modrow mit der Umwandlung der Stasi in die „Nasi“, das „Amt für nationale Sicherheit“, beauftragt hat. Schwanitz ist nicht der einzige Stasi/Nasi-Mann am Kabinetttisch. Gleich die Hälfte der Minister – das stellt sich später heraus

– war oder ist 1989 noch immer in der MfS-Kartei als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) registriert; und auch eine ganze Reihe wichtiger Mitarbeiter im neuen Regierungsapparat sind dem Dienst verpflichtet. Von alledem ahnen die Abgeordneten nichts, als Modrow ihnen am 17. November seine Ministerräte vorstellt. Formal gesehen ist es eine Koalitionsregierung, in der die SED aber weiterhin die „führende Rolle“ beansprucht. Zwar stellt sie nur noch 16 der 27 Minister und nicht mehr wie zuvor 40 von 44; aber die wichtigen Ressorts sind durchgängig von Genossen besetzt, unter anderem das Innen- und Außenministerium, die Plankommission sowie die zur Nasi gewendete Stasi. Die restlichen elf neuen Kabinettsmitglieder gehören den Blockparteien an – und meist auch der Stasi: Gleich sieben dieser „Blockfloten“ sind oder waren IM. In seiner Regierungserklärung stellt Modrow klar, dass der Sozialismus in der DDR nicht zur Disposition stehe. Es gehe nun da-

rum, die sozialistische Gesellschaft zu erneuern und das Land aus der wirtschaftlichen Krise zu führen. In den fernem USA assistierte ihm SED-Chef Egon Krenz: In einem Interview mit dem Fernsehsender CNN stellt der Parteichef klar, dass die DDR ein sozialistischer Staat sei und bleibe, trotz der in Gang gesetzten Reformen. Auch die Bündnistreue zum Warschauer Pakt werde nicht in Frage gestellt, erklärte er. Schließlich wendet sich das DDR-Staatsoberhaupt noch gegen „Spekulationen“, wonach die Öffnung der Mauer eines Tages zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führen könne.

»Wir sind ein Volk« Die Meldung über das Krenz-Interview erscheint am Montag, dem 20. November 1989. Am Abend dieses Tages marschieren 250.000 Menschen über die Ringstraße durch Leipzig. Erstmals tauchen in größerer Zahl schwarz-rot-goldene Flaggen auf, dazu rufen die Leute „Deutschland einig Vaterland“ und skandieren „Wir sind ein Volk“ statt wie bisher „Wir sind das Volk“. Viele Transparente sind zu sehen, auf denen die staatliche Einheit und ein „Volksentscheid zur Wiedervereinigung“ gefordert werden.

Immer mehr Enthüllungen über Korruption und Selbstbereicherung der SED-Funktionäre empören in diesen Tagen die Massen. Ein Fernsehteam darf erstmals in der Waldsiedlung Wandlitz drehen, dem Refugium der SED-Spitze, und der „Spiegel“ enttarnt das geheime Firmenimperium von Alexander Schalck-Golodkowski. Die Bürger fühlen sich von der SED an der Nase herumgeführt.

Am 22. November unternimmt Egon Krenz einen letzten Versuch, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten: Er spricht sich für die Bildung eines Runden Tisches aus, an dem Vertreter alter und neuer Parteien über die Zukunft des Landes beraten sollen. Krenz greift damit einen Vorschlag von Oppositionsgruppen auf und hofft, die SED auf diese Weise an die Spitze der Bewegung zu setzen.

Aber der Zug ist nicht mehr aufzuhalten. Am 1. Dezember kommt es in der Volkskammer zu einer historischen Abstimmung: Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten sprechen sich dafür aus, den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung zu entfernen. Einen Tag später stürmen aufgebrachte Bürger einen Lagerkomplex von Schalck-Golodkowskis Außenhandelsimperium. Kommerzielle Koordinierung (KoKo) in Kavelstorf bei Rostock – und sind entsetzt: In den Hallen finden sie Waffen, mit denen die DDR heimlich Handel betrieb. Wenige Stunden später flieht der KoKo-Chef nach West-Berlin.

Die Flucht des Devisenbeschaffers verkündet am darauffolgenden Sonntag Hans Modrow zu Beginn einer außerordentlichen Tagung des SED-Zentralkomitees. Die Genossen sind empört, fordern die Abberufung der alten Parteigarde – und meinen damit vor allem Egon Krenz. Der Parteichef reagiert: Geschlossen erklären an diesem Tag Politbüro und ZK ihre Auflösung.

Verlorenes Vertrauen Drei Tage später verliert Krenz seine letzten politischen Posten: Am 6. Dezember 1989 erklärt er seinen Rücktritt vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und Chef des Nationalen Verteidigungsrates. Er habe durch seine mehrjährige Mitgliedschaft im Staatsrat und im Politbüro Vertrauen verloren, begründet er seine Entscheidung. Den DDR-Zeitungen ist das nur noch eine kurze Meldung wert. Sie steht gleich neben der Nachricht, dass in der DDR ab sofort an Sonnabenden kein Schulunterricht mehr gegeben wird. **Andreas Förster**

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

»Einige hatten richtige persönliche Zusammenbrüche«

KÄTE NIEDERKIRCHNER Die langjährige Volkskammer-Abgeordnete wurde nach der Wende zur Abwicklerin von SED und Politbüro

Ich war 23 Jahre lang Mitglied der Volkskammer. Wir waren damals keine Berufspolitiker, wir hatten alle neben dem Mandat noch unsere Arbeit. Und wir durften uns nur wählen lassen, wenn unsere Kollegen zustimmten – die mussten nämlich in der Zeit, in der wir politisch unterwegs waren, unsere Aufgaben mit erledigen. Deshalb mussten die vorher sagen, ob sie dazu bereit waren. Für mich war die politische Arbeit eine ganz spannende Aufgabe. Als ich 23 Jahre alt war, wurde ich die jüngste Abgeordnete in der Volkskammer. Dort blieb ich 25 Jahre lang, zum Schluss habe ich als Vizepräsidentin der letzten DDR-Volkskammer den Einigungsvertrag mit vorbereitet. Mir ging es tatsächlich darum, die Welt ein bisschen schöner zu machen. Als Ärztin wusste ich genau, wo es vor Ort Probleme gab. Und dann habe ich mich daran gemacht, sie zu lösen. Wir Volkskammer-Abgeordneten haben nicht nur gequatscht, wir

haben was bewegt. Zum Beispiel konnten wir in der Charité bestimmte Operationen bei Kindern nicht machen, weil uns einfach Schwestern fehlten. Und die fehlten, weil man ihnen keine Wohnungen zur Verfügung stellen konnte. Ich bin dann von einem Verantwortlichen zum anderen gelaufen und habe immer wieder gesagt, wie viele Kinder sterben mussten, weil wir sie nicht operieren konnten – und irgendwann war das an den richtigen Stellen angekommen und das Politbüro beschloss einen Neubau

der Charité, zu dem auch Personalwohnungen gehörten. Es ging also, wenn man wusste, wie.

Ohne Verbitterung Wenn ich mir die Politik heute ansehe, muss ich sagen: Die Abgeordneten haben ein Rederecht, aber es ist schwierig, unmittelbaren Einfluss zu nehmen. Das war bei uns anders. Und das war auch der Grund dafür, dass ich nach der Wende nicht in den Bundestag wollte, sondern mich als Ärztin niedergelassen habe.

An der Klinik hatte ich als ehemalige Volkskammer-Abgeordnete ja faktisch Berufsverbot; man hat mir gesagt, dass jemand mit meiner politischen Karriere keine Kinder behandeln dürfe. Trotzdem blicke ich auf die Wendezeit nicht verbittert zurück. Aber ich habe vielleicht mehr Verständnis dafür als andere, wie schwierig die Veränderungen damals für viele Menschen waren. Als Erich Mielke am 13. November 1989 in der Volkskammer diesen berühmten Satz sagte, er liebe doch alle Menschen und es dann Gelächter gab, blieb mir fast das Herz stehen vor Schreck über diese Farce. Spätestens in diesem Moment war allen klar, dass die SED es nicht mehr schaffen würde, das Land zu verändern.

Jeden Einzelnen angerufen Und so bin ich letztlich zur Abwicklerin der Partei geworden. In der Volkskammer war es meine Aufgabe, den alten Männern aus dem Politbüro zu sagen, dass sie künftig nicht mehr an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen sollten. Wir hatten ja zunächst einmal monatlich getagt, in der Phase des Umbruchs kamen wir wöchentlich und schließlich fast jeden zweiten Tag zusammen. Und wenn wir darüber reden wollten, wie es weitergehen sollte und wie man im Land wirklich einen demokratischen Veränderungsprozess zustande bringen könn-

te, dann wäre das nicht gegangen, wenn Erich Mielke, Alfred Neumann und andere mit im Raum gewesen wären. Weil ich Kinderärztin war, dachten meine Kollegen in der Volkskammer offenbar, dass ich mit solchen Fällen umgehen konnte. Und so war es dann auch. Ich habe jeden einzelnen angerufen und gesagt, dass sie nicht mehr kommen sollen. Und sie kamen dann auch nicht mehr, auch wenn ich nicht das Gefühl hatte, dass sie verstanden haben, warum. Aber ich konnte das verstehen: Da fanden Veränderungen statt, die diese Männer nicht wollten und die sie nicht nachvollziehen konnten. Das hat ihnen Angst gemacht, das hätte jedem Menschen Angst gemacht. Einige hatten da richtige persönliche Zusammenbrüche und ich habe mich bemüht, in dieser Situation Menschlichkeit und Würde zu bewahren.

Ich bin in dieser Zeit damals voller Hoffnung gewesen. Aber ich war schnell ernüchtert, als ich gesehen habe, dass wir Volkskammer-Abgeordneten im Grunde diskutieren konnten, was wir wollten – die richtigen Entscheidungen aber wurden in den Hinterzimmern von den Beamten der Regierungen getroffen. Deshalb bin ich froh, dass ich heute nicht mehr als Politikerin an der Politik teilnehme, sondern wie auch früher mit der praktischen Arbeit als Ärztin. **Aufgezeichnet von Susanne Kailitz**



> BIOGRAFIE
> Beruf und Familie Niederkirchner, 1944 im russischen Tscheljabinsk geboren, ist Kinderärztin in Berlin. Sie ist die Nichte der in der DDR bekannten kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner.
> Volkskammer Seit 1967 war sie Abgeordnete der Volkskammer für die FDJ. 1989 wurde sie Mitglied des neuen Volkskammerpräsidiums, im Januar stellvertretende Volkskammerpräsidentin. Nach den ersten freien Volkskammerwahlen wurde sie Abgeordnete der PDS. Das Angebot, für den Bundestag zu kandidieren, nahm sie nicht an.



7. Dezember 1989: Der Zentrale Runde Tisch trifft sich in Ost-Berlin zu seiner ersten Sitzung.



»Das war ein unglaublicher Sieg«

ANGELIKA BARBE Als Gründungsmitglied der SDP am Zentralen Runden Tisch

Ich habe mich in den 1980er Jahren in verschiedenen oppositionellen Gruppen in Ost-Berlin engagiert und dann zu den Gründungsmitgliedern der SDP in der DDR gehört. Als Vorstandsmitglied der SDP arbeitete ich zeitweise am Zentralen Runden Tisch mit. Zum ersten Mal trafen wir uns am 7. Dezember 1989. Wir gingen an die Arbeit mit dem gemeinsamen Ziel: die Herrschaft der SED zu brechen sowie freie und geheime Wahlen in der DDR zu organisieren.

Wir hatten auf jeder Seite des Runden Tisches erst 15, später 19 Stimmen: wir, die Vertreter von insgesamt sieben Oppositionsgruppen, und auf der anderen Seite die SED und ihre Blockparteien. Dass die Herrschenden, die uns jahrelang als „feindlich negativ“ diffamiert, verfolgt und bespitzelt hatten, nun mit uns an einem Tisch saßen und über die Zukunft der DDR verhandelten, war der erste große Erfolg. Vorher war es verboten, Parteien oder Vereine zu gründen, eigenständige politische Arbeit zu leisten, die nicht unter der Kontrolle der „führenden Partei“ SED stand. Wir wurden ständig überwacht. Dass wir es gewagt hatten, der SED die Machtfrage zu stellen, war ein unglaublicher Sieg. Dabei war uns immer klar: Ohne die riesige Beteiligung der Bevölkerung an den Demonstrationen wäre es niemals gelungen. Das hat mich sehr beeindruckt und uns am Runden Tisch ermutigt.

17 Ausschüsse Dort wollten wir erst einmal herausfinden, wie es überhaupt um die DDR stand. Wir waren kein Ersatzparlament, immerhin hatte uns niemand gewählt. Aber wir begriffen uns als Kontrollorgan, um der Regierung auf die Finger zu schauen. Dafür haben wir 17 Ausschüsse gegründet, die sich mit verschiedenen Themenbereichen befassten. Wir wussten ja nichts: In der DDR wurde nur gelogen – die Presse verkündete stets „Erfolge“. Wie es um den Zustand der Umwelt oder der Staatsfinanzen bestellt war, wurde öffentlich nicht diskutiert. Ich erlebte bei Verwandten und Bekannten, dass es massive Probleme im Gesundheitswesen gab. Eine Ärztin berich-

te mir verzweifelt, dass sie jeden Tag entscheiden müsse, ob sie einen 18-Jährigen oder eine 67-Jährige operieren könne. Für beide gab es einfach nicht genug Verbandmaterial, Medikamente, Medizintechnik, Operationsmöglichkeiten. Das wurde nach außen immer vertuscht. Vieles von dem, was wir am Runden Tisch zu Tage förderten, hat mich trotzdem entsetzt, obwohl ich ahnte, dass vieles im Argen lag.

Auflösung der Stasi Um der SED die Allmacht zu nehmen, ging es für uns um den dringenden Punkt. Wir beschlossen die Auflösung der Staatssicherheit. Die Stasi war entscheidend für das Gewaltmonopol der SED. Es macht mich heute noch wütend, dass Modrow unseren Beschluss ignorierte. Er nannte die Stasi einfach um in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) und ließ das MfS bei der Aktenvernichtung gewähren. Die Bürgerrechtler und Bürgerkomitees wollten das nicht mehr hinnehmen und stürmten bereits Anfang Dezember 1989 in Leipzig, Gera, Erfurt und Dresden die Stasi-Zentralen – gewaltlos. Ich habe selbst im Januar 1990 in Berlin-Schöneweide eine Stasi-Telefonüberwachungszentrale mit aufgelöst. Mit zitternden Knien forderten wir von den bewaffneten Stasi-Mitarbei-



> BIOGRAFIE

> **Angelika Barbe** wurde 1951 in Brandenburg/Havel geboren und studierte Biologie an der Berliner Humboldt-Universität.

> **In den 1980er Jahren** war sie Mitglied in verschiedenen Oppositionsgruppen, unter anderem im Pankower Friedenskreis.

> **1989** gründete sie die SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) mit. Von 1990 bis 1994 war sie Mitglied des Bundestages. Seit 1996 ist Barbe CDU-Mitglied. Heute arbeitet sie für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

tern, uns die Schlüssel zu übergeben, bis der Staatsanwalt eintreffen würde. Es ging mir auch darum, den Einfluss Margot Honeckers auf das Bildungswesen so schnell wie möglich zu beenden. Das „einheitliche sozialistische Bildungssystem“, das sie als Ministerin für Volksbildung verantwortete, durfte keinesfalls fortgesetzt werden. Wir wollten die furchtbaren Spezialkinderheime auflösen und Chancengleichheit für alle Kinder schaffen. Wir wollten Schluss machen mit der systematischen Bestrafung und Ausgrenzung von Kindern, die einer christlichen Religion angehörten, nicht zur Arbeiter- und Bauernklasse gezählt wurden oder „feindlich-negative“ Eltern hatten. Ich war davon überzeugt, dass der Runde Tisch sich selbst überflüssig machen sollte – eben weil wir nicht demokratisch legitimiert waren. Dass wir uns dann doch der „Regierung der nationalen Verantwortung“ angeschlossen und auch Vertreter der oppositionellen Gruppen zu Ministern ohne Geschäftsbereich wurden, hat mich geschmerzt. Aber das musste ich als Demokratin akzeptieren. Aufgezeichnet von Susanne Kallitz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Politik wird Bürgersache

RUNDE TISCHE Ab Dezember 1989 ging nichts mehr ohne sie

Die Auffassungen über die Runden Tische, ihre Funktionen, Erfolge und Grenzen gehen nach wie vor weit auseinander. Für den Politikwissenschaftler und Beobachter des Zentralen Runden Tisches der DDR, Uwe Thaysen, stellten sie einen „Faktor der europäischen Demokratisierungsgeschichte 1989/90“ dar. Ehemalige Protagonisten dagegen charakterisieren die Runden Tische mitunter als „Kaffeekränzchen“ oder als „Feigenblatt“ für jene, die im Hintergrund tatsächlich die politischen Strippen gezogen hätten. Angesichts der Ergebnisse des Runden Tisches in Polen ergriffen DDR-Oppositionelle, vor allem aus den Reihen der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, die Initiative, einen Zentralen Runden Tisch der DDR ins Leben zu rufen. Auf Einladung des Bundes der Evangelischen Kirchen trafen sich bei dessen erster Sitzung am 7. Dezember 1989 15 Repräsentanten von sieben Oppositionsgruppen (SDP, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Grüne Partei, Vereinigte Linke) mit ebenso vielen Vertretern der SED und der vier Blockparteien. Kurz darauf kamen der Unabhängige Frauenverband, die Grüne Liga, der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und die VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) hinzu. Der Zentrale Runde Tisch tagte bis zum 12. März 1990 16 Mal. Die 276 ordentlichen Mitglieder und Berater erarbeiteten und verabschiedeten in diesem kurzen Zeitraum mehr als 600 Beschlüsse von Belang, die sämtliche Politikbereiche der DDR betrafen.

Die Runden Tische sind Zeichen einer eigenständigen Demokratisierung in der DDR.

reiche thematische Tische, unter anderem der Frauenpolitische Runde Tisch oder der Runde Tisch der Jugend. Zusammensetzung, Arbeitsweisen und Modalitäten der Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, aber vor allem direkte Einflussmöglichkeiten lassen die Runden Tische äußerst unterschiedlich erscheinen. Ein einheitliches Muster der Zulassung von Parteien und Gruppierungen war ebenso wenig zu erkennen wie ein durchgängiges demokratisches Wahl- oder Delegierungsverfahren durch die Parteien und Gruppierungen. Daraus ergaben sich Probleme mit der Legitimation der Tische. Sie konnten sich lediglich auf den Rückhalt durch die Massendemonstrationen stützen. Die fehlende demokratische Legitimation erwies sich jedoch bei der Einflussnahme auf Entscheidungen der Administration als grundsätzliches Problem. Die Zeit von drei bis maximal sieben Monaten war ein knapper Zeitraum, in dem an den Tischen viele, teilweise hochbrisante Probleme diskutiert wurden, die allerdings oft nicht binnen Kurzem oder gar endgültig gelöst werden konnten. Die Runden Tische der Kreise und vor allem der Kommunen beschäftigten sich vor allem mit konkreten Problemen der Versorgung, der Umwelt, des Gesundheits- und des Bildungswesens vor Ort. Die 15 Bezirksrunden Tische begleiteten unter anderem die Vorbereitung der Volkskammer- und Kommunalwahlen. Von Dezember 1989 bis Mitte Februar 1990 waren die Runden Tische zwar nicht Inhaber der realen Macht, was die meisten Teilnehmer auch bewusst nicht wollten. Aber es ging ebenfalls nichts mehr ohne sie. Mit ihren Kritiken und daraus folgenden Empfehlungen und Beschlüssen versuchten die Teilnehmer, Einfluss auf die Beschlüsse der staatlichen Institutionen und damit auf die Entwicklung in der gesamten DDR zu nehmen. Seit der zweiten Dezemberhälfte war kein Repräsentant einer staatlichen Einrichtung mehr in der Lage, Einladungen oder Anträge der Runden Tische abzulehnen. Eine Reihe von Vertretern staatlicher Einrichtungen

war allerdings bereit, mit den Tischen zusammenzuarbeiten. Das lief jedoch nicht ohne Konflikte ab.

Weniger Einfluss als erhofft Dennoch blieben die realen Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen der staatlichen Institutionen, vor allem für Vertreter der neuen Gruppierungen, geringer als erhofft. Sie konnten die umfangreiche Tätigkeit dieser Einrichtungen nicht tatsächlich kontrollieren und schon gar nicht deren gesamtes Alltagsgeschäft. Nicht wenige Möglichkeiten der alten Machtstrukturen blieben für sie undurchschaubar. Die Ursachen hierfür bestanden in dem nicht überschaubaren Ausmaß zu lösender Probleme, im Zeitmangel und nicht zuletzt im Defizit an einer ausreichenden Anzahl kompetenter Fachleute. Nach den Volkskammer- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 beendeten die meisten Runden Tische ihre Tätigkeit; eine Reihe von vor allem thematischen Tischen bestand jedoch fort. Die Runden Tische trugen zweifellos dazu bei, eine gewaltfreie Institutionalisierung der Demokratie zu gewährleisten. Die Anteile der einzelnen Tische an diesem Prozess hingen maßgeblich von den jeweils gestellten Zielen, den Herangehensweisen, den konkreten Machtstrukturen und den handelnden Personen vor Ort ab. Aber gerade dieser vielfältige „Demokratisierungsprozess von unten“ bestätigt vor allem eines: Zahlreiche sich an den Runden Tischen engagierende DDR-Bürger waren nach Jahrzehnten Diktatur kurzfristig in der Lage, sich eigenständig zu organisieren, sachkundig wie sachlich zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, ohne dass es ihnen – wie bisher geschehen – von einer zentralen Stelle offerriert oder gar vorgeschrieben wurde. Tausende DDR-Bürger brachten sich an den Runden Tischen ein – Politik war Bürgersache geworden. Das ist nicht zuletzt Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements und einer – bisher zu wenig beachteten und gewürdigten – eigenständigen DDR-Demokratisierung. *Francesca Weill*

Die Autorin ist Historikerin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut Dresden.

Anzeige



Deutschlandforschertagung 2014:

Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen

Weimar, 30. Oktober bis 1. November 2014

Call for Papers

(für insg. 18 Tagungspräsentationen)

Vom 30. Oktober bis 1. November 2014 veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit der Akademie Rosenhof e. V. Weimar, der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, der Union Stiftung Saarbrücken, dem Trägerwerk Soziale Dienste sowie in Verbindung mit Deutschland Archiv Online in Weimar die Deutschlandforschertagung 2014 zum Thema

„Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen.“

Auf der Tagung, die sich gleichermaßen an die Fachwissenschaft (Historiker, Politik-, Wirtschafts-, und Sozialwissenschaftler, Juristen, Völkerrechtler, Theologen) sowie an Studierende und die allgemein Öffentlichkeit richtet, soll verschiedenen Leitfragen nachgegangen werden: Wie gestaltete sich das Leben mit der Mauer in Ost und West? An welchen Stellen, in welchen Bereichen war die Mauer durchlässig? Welche Kontakte waren trotz oder sogar wegen der Mauer möglich? Wo lebt sie noch heute fort? Wo sind die Folgen der 40-jährigen deutschen Teilung heute noch spürbar? Welche (europäischen) Perspektiven eröffnen sich durch diese Fragestellungen für die Gegenwart und die Zukunft? Hat die (überwundene?) Teilung noch Relevanz für die nachgewachsenen Generationen?

Ein Kernstück der Tagung ist der Austausch in drei thematischen Sektionen:

- I. Herrschaft und Widerstand gegen die Mauer
- II. Gesellschaft und Mauer, damals und heute
- III. Kultur und Sport im Schatten der Mauer

Für diese Sektionen sind insbesondere Nachwuchswissenschaftler(innen) und Doktorand(inn)en der Geschichts- und Politikwissenschaften aufgefordert, ihre Forschungsergebnisse einem breiteren (Fach)Publikum vorzustellen. In jeder Sektion können sechs Beiträge (maximal 30 Minuten) präsentiert und diskutiert werden.

Beitragsvorschläge (zusammen mit kurzen Angaben zum akademischen Werdegang) werden bis zum 15. August 2014 als ein- bis zweiseitiges Exposé erbeten an:

Prof. Dr. Dr. Heiner Timmermann
Akademie Rosenhof e. V.
Schwanenseestr. 101
99427 Weimar
Email: profittim@web.de
Tel. 0173/5683547
Fax: 03643/770824

Kontakt bpb: magdalena.langholz@bpb.de

CHRONIK DER WENDE

28.1.1990 Modrow und die am „Runden Tisch“ vertretenen Parteien und Gruppierungen vereinbaren die Bildung einer gemeinsamen „Regierung der nationalen Verantwortung“ sowie die Vorverlegung der Volkskammerwahl auf den 18. März 1990.



5.2.1990 Die Vorsitzenden der DDR-Parteien CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch (Bild) vereinbaren in Anwesenheit Kohls, in einem gemeinsamen Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl anzutreten. Kohls bundesdeutsche CDU sagt volle Unterstützung zu.

7.2.1990 Das Bundeskabinett beschließt, der DDR sofortige Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion anzubieten. Die steigenden Übersiedlerzahlen und die desolatte wirtschaftliche Lage der DDR machten das erforderlich. Die Bürgerbewegungen „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ schließen sich für die Volkskammerwahl zum „Bündnis 90“ zusammen.

10./11.2.1990 Kohl erhält in Moskau die prinzipielle Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Einheit; die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands bleibt ausgeklammert.

12.2.1990 Die DDR-Parteien LDP, FDP und Deutsche Forumpartei schließen sich zum Wahlbündnis „Bund Freier Demokraten“ (BFD) zusammen, dem die bundesdeutsche FDP Unterstützung zusagt.

13.2.1990 Die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten vereinbaren die „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“, um „die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit“ zu besprechen.

13./14.2.1990 Arbeitsbesuch Modrows in Bonn: Gebildet wird eine gemeinsame Kommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen beiden Staaten (Bild). Die DDR-Delegation ist verstimmt wegen der Ablehnung einer Soforthilfe von 10 bis 15 Milliarden D-Mark durch die Bundesrepublik.



20.2.1990 Modrow erklärt in der Volkskammer, das Treffen mit Kohl habe gezeigt, „dass die Lösung der deutschen Frage auf die Tagesordnung gerückt ist“.

14.3.1990 Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs (DA), Wolfgang Schnur, wird als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi enttarnt. Nach der Volkskammerwahl wird bekannt, dass auch der Vorsitzende der DDR-SPD, Ibrahim Böhme, Stasi-IM war.

18.3.1990 Aus der ersten freien Volkskammerwahl geht die konservative „Allianz für Deutschland“, die nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt, als Sieger hervor. Die meisten Stimmen erhält die CDU mit 40,8 Prozent, gefolgt von der SPD mit 21,9 Prozent und der PDS mit 16,4 Prozent. Die im Bündnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerbewegungen erhalten lediglich 2,9 Prozent der Stimmen.

Mitte April wählt die neue Volkskammer den Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière, zum Ministerpräsidenten und bestätigt seine große Koalition mit DSU und DA sowie SPD und Liberalen. Zur Jahresmitte wird die D-Mark mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion alleiniges Zahlungsmittel in der DDR (Bild). Mitte Juli verständigen sich Kohl und Gorbatschow bei einem Treffen im Kaukasus darauf, dass das geeinte Deutschland der Nato angehören kann. Am 23. August beschließt die Volkskammer „den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik“. Nach Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages und der Zustimmung von Bundestag und Volkskammer zum Einigungsvertrag im September kommt es am 3. Oktober zu deutschen Einheit.



Demonstranten vermauern am 15. Januar 1990 symbolisch die Zufahrt zur Stasi-Zentrale im Ost-Berliner Stadtbezirk Lichtenberg.

Sturm bei der Stasi

GEHEIMDIENST Besetzungen und Bürgerkomitees erzwangen das Ende des Ministeriums für Staatssicherheit

Nach fast 60 Jahren Kampf an allen möglichen Fronten gibt sich Stasi-Chef Erich Mielke am 17. Oktober 1989 in der SED-Politbüro-sitzung geschlagen: „Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen.“ Als er am 13. November 1989 seine berühmte Volkskammerrede hielt und erklärte, doch alle zu lieben, begann auch das MfS auseinanderzubrechen. Heftig verunsichert waren die Mitarbeiter ohnehin schon – die Vernichtung der Akten hatte begonnen. Mielkes Rede schockte seinen gesamten Apparat, „draußen“ sorgte sie für befreite Lachstürme. Sein verunglückter Auftritt kam einer Steilvorlage gleich, die vor allem SED und dann PDS zu nutzen wussten, um das MfS verantwortlich für die Misere zu machen.

Mielkes Rede schockte seinen gesamten Apparat, draußen sorgte sie für befreite Lachstürme.

Die Geheimpolizei stand schon zuvor im Fokus – bei Demonstrationen, in Aufrufen oder Erklärungen ging es ab September auch immer um die Stasi: Sie sollte in die Produktion. Dort wollte sie allerdings niemand haben. Ab Oktober zogen Demonstranten an MfS-Kreisdiensstellen und Bezirksverwaltungen vorbei und forderten lautstark das Ende der Geheimpolizei. In Naumburg stellte sich erstmals ein Kreisdiensstellenleiter am 19. November dem Gespräch mit Demonstranten. Seit Mitte

Oktober bereitete sich das MfS auf eventuelle Erstürmungen seiner Einrichtungen vor. Am 21. Oktober schrieb Rostocker Offiziere einen Text, der bei einer Belagerung vorgetragen werden sollte. Waffen sollten nur bei lebensbedrohlichen Angriffen eingesetzt werden. Am 21. November eilte Hans Modrow als neuer SED-Ministerpräsident in die MfS-Zentrale um Wolfgang Schwanzitz als neuen Minister des nunmehrigen „Amtes für Nationale Sicherheit“ einzuführen. Schwanzitz unterstrich, es gelte, die Legitimation „eines Amtes für Nationale Sicherheit in der Öffentlichkeit nachzuweisen“, wozu es erforderlich sei, „dass wir Ergebnisse in der Feindbekämpfung erreichen“. Intern rechneten seine Offiziere zusammen, dass sie vierzig bis

fünfzig Prozent ihrer IM (etwa 40.000 bis 50.000) weiter nutzen könnten. Der hauptamtliche Mitarbeiterbestand sollte reduziert werden, auch die Kreisdiensstellen sollten entfallen, aber die Pläne konzipierten mit dem „neuen“ Amt nur einen MfS-Klon. Die Wut der Menschen steigerte sich indes von Tag zu Tag, weil immer mehr Details über die Machenschaften der Funktionärskaste bekannt wurden. Die erste Besetzung eines MfS-Gebäudes fand statt, ohne dass zunächst jemand wusste, dass es sich um ein solches handelte. In Kavelstorf bei Rostock verschafften sich am 2. Dezember 1989 Einwohner Zugang

zu einer Halle, in der sie fassungslos ein Lager für den internationalen Waffenhandel entdeckten, insgesamt circa 80 Waggonladungen, darunter 24.760 Maschinenpistolen.

Besetzungen Am 3. Dezember formulierte das „Neue Forum“ eine Erklärung, die kurz darauf als Aufruf mehrerer Oppositionsgruppen herauskam. Darin hieß es, Geld werde ins Ausland gebracht, Akten vernichtet und Verantwortliche setzten sich ab. Die Bürger wurden aufgerufen, das zu unterbinden und Kontrollgruppen einzusetzen. Ab 4. Dezember begannen beherzte Bürger zu handeln. Aktenkundig zuerst in Rathenow, wo gegen 8.30 Uhr einige Männer und Frauen die MfS-Kreisdiensstelle, aber auch die SED-Kreisleitung und das Volkspolizeikreisamt blockierten, Taschen und Autos kontrollierten, um zu verhindern, dass Unterlagen beiseite geschafft würden. Um 8.42 Uhr versammelten sich die ersten Menschen auf Initiative der „Frauen für Veränderung“ vor der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt. Bald wurden die Zugänge blockiert, der Leiter ließ einige Personen ins Gebäude, mittags durchbrach ein LKW den Schlagbaum und einige Hundert Menschen besetzten das Haus. Rathenow und Erfurt standen am Beginn einer Welle von Begehungen, Besetzungen, Blockaden und Überprüfungen von MfS-Einrichtungen. Fast überall erfolgte dies in Zusammenarbeit zwischen spontan gegründeten Bürgerkomitees sowie der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Die Aktenvernichtungen gingen in den meisten Orten dennoch ungehindert weiter. Die Modrow-Regierung

beschloss überdies am 7. Dezember, sie großflächig fortzusetzen. Die Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS, die sich am 4. Januar 1990 erstmals in Leipzig zu einer Koordinierungsrunde trafen, verfügten über hohen moralischen Kredit, die Regierungsbeauftragten zur MfS-Auflösung über gar keinen. Am 11. Januar demonstrierten 20.000 Menschen vor der Volkskammer gegen das MfS. Erzürmt zeigten sich viele Menschen auch darüber, dass die MfS-Angehörigen von der Modrow-Regierung mit großem Überbrückungsgeldern bedacht wurden.

Das „Neue Forum“ rief am 8. Januar für den 15. Januar zu einer Demonstration vor der MfS-Zentrale auf. Symbolisch sollten die Tore zugemauert werden. Am späten Nachmittag des 15. Januar versammelten sich bis zu 100.000 Menschen vor der Zentrale. Irgendwann öffneten sich die Tore, die Zentrale wurde „erstürmt“ und „besetzt“ – und seither gibt es Streit darüber, wer was wann und warum getan hat oder getan haben könnte. Aber nun beginnt eine ganz neue Geschichte. Auflösung, Aktenvernichtungen, Personenüberprüfungen, heftige Debatten am Zentralen Runden Tisch und in der Volkskammer, erste IM-Enttarnungen, denen Schlag auf Schlag jahrelang neue folgen sollten – die nächsten Monate und Jahre blieb die Stasi ein zentrales Thema in Deutschland.

Die Volkskammer beschließt am 24. August 1990 das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit“. In einer Protokollnotiz zum Einigungsvertrag wird vereinbart, dass der Bundestag auf der Grundlage dieses Gesetzes ein entsprechendes Bundesgesetz verabschieden solle. Das alles ist von heftigen Auseinandersetzungen und Debatten begleitet. Politisch übergreifend existiert eine Abwehrfront gegen das Aktenöffnungs- und -erhaltungsgesetz. Ebenso aber existiert eine parteiübergreifende Bewegung, die genau dieses Gesetz und damit offene Akten haben will. Sie setzte sich durch, und am 2. Januar 1992 öffnete tatsächlich die Stasi-Untere-lagenbehörde ihre Pforten. In Sachen Aufarbeitung und Umgang mit der Vergangenheit wird diese Behörde ein beispielloser staatlicher und gesellschaftlicher Erfolg, der schnell eine enorme internationale Ausstrahlung erreicht. Dieses Gesetz und die damit verbundene Institution haben ihren Aufgaben noch lange nicht erfüllt. Sie sollten nicht voreilig geschliffen werden. *Ilko-Sascha Kowalczuk*

Der Autor ist Historiker und Projektleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

„Der SED ist das MfS zwischen den Fingern zerronnen“

ARNOLD VAATZ Für den ehemaligen Bürgerrechtler ist die Besetzung der Staatssicherheits-Zentrale in Berlin der Durchbruch gewesen

Als die ersten großen Demonstrationen stattgefunden hatten und erstmals Anzeichen dafür da waren, dass die Russen nicht eingreifen würden, war mir klar: Wir können es nicht verantworten, diese Chance auf Veränderung jetzt nicht zu nutzen. Die große Frage war, wenn die Russen stillhalten, was anfangs keinesfalls sicher war: Wann sind wir über den Berg? Wenn die Machtorgane der SED nicht mehr die Stärke haben, zurückzuschlagen!

Wut auf die Stasi Daher war seit Oktober für uns die Frage unabweisbar: Wie können wir die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit beenden? Die Wut auf die Stasi ist unaufhörlich gestiegen, auch ohne dass die Organisatoren der Demos dafür noch etwas tun mussten. Aus den Reihen der Staatssicherheit sickerte dann die Information durch, bei der Stasi würden Akten vernichtet. Das ist in der Öffentlichkeit als Teil eines Fluchtreflexes ausgemacht worden. Und wenn es heißt: Die sind auf der Flucht – dann fährt natürlich ungehörter Mut in die Knochen der Belagerten. Das war die eine Seite. Die andere Seite war: Der damalige SED-Ministerpräsident Hans Modrow hat darauf hingearbeitet, dass in den Köpfen der Menschen die Komplexe „SED“ und „Staatssi-

cherheit“ voneinander getrennt wurden und sich der Volkszorn auf die Stasi richten sollte. Es sprechen erdrückende Indizien dafür, dass die Besetzung der Bezirksverwaltungen der Stasi mit Billigung der damaligen DDR-Regierung und mit ihrer unauffälligen Lenkung im Hintergrund erfolgt ist. Dafür spricht unter anderem, dass bereits 24 Stunden nach dem Beginn der Beset-

zungaktionen fertig zusammengestellte Regierungskommissionen aus Berlin in die Bezirke gesandt wurden, um über den zukünftigen Umgang mit der Einrichtung der Stasi-Bezirksverwaltungen zu diskutieren. Wenn ich mir überlege, wie lange man braucht, um solch eine Kommission zusammenzustellen und vor allem deren Kompetenzen so sauber abzugrenzen,

kann ich mir nicht vorstellen, dass darüber innerhalb von zwölf Stunden entschieden worden ist. Die Vorgehensweise war konzentriert und wohl organisiert – mit klaren Vorstellungen, was mit welchen Einheiten passieren soll. Auch die Rückzugslinie war abgesteckt. Es war klar, dass die Personaldaten der Stasileute tabu waren und es auch kein Zugang zu den Akten gab. Die Regierungskommission hat dann mit dem Ziel verhandelt, dass die Aktivitäten der Stasi eingestellt werden, es gleichzeitig aber keinen Zugang zu den Akten gibt. Beim Auftreten der Kommission in Dresden hielt ein Vertreter des Amtes für Nationale Sicherheit aus Berlin – also ein Mann aus dem Stasi-Führungskreis – im Hintergrund die Fäden in der Hand.

Verfassungsschutz Ich bin davon überzeugt, dass es die Strategie war, einen gewissen Nukleus der Stasi zu schützen, um später die ganze Hydra wieder zu revitalisieren. Dieser Nukleus sollte die Normannenstraße in Berlin sein. Dafür hat man zum Jahreswechsel 1989/1990 alle systemtreuen Kräfte mobilisiert, um für die Gründung eines Verfassungsschutzes zu demonstrieren. Der formale Grund waren Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal, die als faschistische Aktion deklariert wurden.

Bei der Demo standen schließlich Gregor Gysi und Lothar de Maizière an der Spitze. Es ging um die Forderung nach einem Amt für Verfassungsschutz. Gemeint war damit eine Aktion zur Rettung des Nukleus des Amtes für Nationale Sicherheit, aus dem hinaus sich die Stasi wieder revitalisieren wollte.

Streiks in Sachsen Die Reaktion auf diese Demo am Treptower Ehrenmal war eine der entscheidenden geistigen Voraussetzungen für den späteren Durchbruch. Als Folge gab es die ersten Streiks in Sachsen. Die Leute haben gedacht: Jetzt schlägt der SED-Staat zurück – jetzt reicht's. Dann ist die Situation so kulminiert, dass auch die Berliner, die immer als allerletzte aus den Puschen gekommen sind, bereit waren, die Stasi-Gebäude in Berlin zu besetzen und – das rechte ich ihnen hoch an – auch nicht wieder verlassen haben. So haben sie dafür gesorgt, dass das Ministerium – zumindest formal – nicht mehr arbeitsfähig war. Das war der Durchbruch – im Januar 1990. Nachdem den SED-Machthabern die Stasi zwischen den Fingern zerronnen war, und es nicht mehr – ohne beträchtliches öffentliches Interesse auf sich zu ziehen – gelingen konnte, deren Arbeit zu revitalisieren. *Aufgezeichnet von Götz Hausinger*



BIOGRAFIE
 > **Verweigerer** Geboren 1955 im thüringischen Weida studierte Arnold Vaatz in Dresden Mathematik. In den 1980er Jahren war er wegen Reseverwehriensverweigerung in Haft.
 > **Sachsen** Im Oktober 1989 schloss er sich dem Neuen Forum an, er war bei der Besetzung der Dresdener Stasi-Zentrale maßgeblich beteiligt. 1990 wechselte er zur CDU, wurde Mitglied des Sächsischen Landtags und Staatsminister in der Staatskanzlei, später sächsischer Umweltminister.
 > **Bundestag** Seit 1998 gehört Vaatz dem Bundestag an, seit 2002 ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.



Am 6. November 1989, drei Tage vor dem überraschenden Mauerfall, reiste Alexander Schalck-Golodkowski nach Bonn, um im Auftrag von SED-Generalsekretär Egon Krenz mit der Bundesregierung über Finanzhilfen für die vor der Zahlungsunfähigkeit stehende DDR zu verhandeln. Im Gespräch mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) ersuchte der Chef des sozialistischen Firmenimperiums „Kommerzielle Koordination“ (KoKo) um einen Kredit in Höhe von 13 Milliarden D-Mark, ohne den die DDR weder ihre Schulden bedienen noch den geplanten freizügigen Reiseverkehr ihrer Bürger in den Westen würde finanzieren können. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) knüpfte indes eine finanzielle Unterstützung Ost-Berlins an Bedingungen, die er bereits am nächsten Tag über Schalck dem SED-Chef übermitteln ließ. Am 8. November machte der Kanzler vor dem Bundestag öffentlich, was er von der DDR-Führung erwartete. „Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren“, sagte Kohl. „Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird.“ Dazu zählten der Verzicht der SED auf ihr Machtmonopol sowie die Zulassung unabhängiger Parteien und freie Wahlen.

Gesang im Bundestag Das neue Reisegesetz war gerade vom Zentralkomitee der SED beraten worden, da schuf der für die Medien zuständige SED-Funktionär Günter Schabowski durch eine Informationspanne unbeabsichtigt vollendete Tatsachen. Weil er einen Sperrfristvermerk übersehen und bei einer Pressekonferenz am 9. November den Zeitpunkt des Inkrafttretens mit „sofort, unverzüglich“ angegeben hatte, setzte er eine Dynamik in Gang, die am späten Abend im Einstellen der Grenzkontrollen endete. Der Mauerfall entfachte beiderseits der Grenze einen Freudentaumel. Als die Bundestagsabgeordneten bei einer Plenarsitzung in Bonn die Nachricht vernahmten, stimmten sie nach Erklärungen der Fraktionschefs spontan die Nationalhymne an. Bei aller Freude über die neue Freizügigkeit gab es am Rhein auch mahnende Stimmen. FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick, ein gebürtiger Sachse, appellierte an die Deutschen in der DDR: „Alle, die noch schwanken, bitte ich: Bleibt daheim.“ Das sah Kohl ebenso. In einem Telefongespräch mit Krenz am 11. November versicherte er, es sei nicht sein Ziel, dass möglichst viele Menschen die DDR verließen. Tatsächlich hatten Bund und Länder, vor allem aber grenznahe Kommunen alle Hände voll zu tun, den Besucheransturm von DDR-Bürgern zu bewältigen. Eine durch Destabilisierung der DDR verursachte Massenübersiedlung, so fürchteten westdeutsche Politiker, würde die Bundesrepublik überfordern.

Veränderte Stimmung Auch nach der Grenzöffnung gingen die seit dem Herbst üblichen Montags-Demonstrationen in vielen Städten der DDR weiter. Hatten zuvor die Menschen auf der Straße an die Adresse der Machthaber „Wir sind das Volk“ skandiert, so war – besonders im Süden der DDR – nun immer häufiger „Wir sind ein Volk“ zu hören. Die veränderte Stimmung brachte die Bundesregierung in eine schwierige Lage. Einerseits musste der Kanzler auf die immer lauter werdenden Einheitsrufe reagieren. „Ihr steht nicht allein. Wir gehören zusammen“, rief er auf einer CDU-Veranstaltung in Berlin den Menschen in der DDR zu. Andererseits war ihm bewusst, dass es bei den europäischen Nachbarn, vor allem in England und Frankreich, starke Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung gab. Und auch in Moskau beobachtete man die Entwicklung mit Misstrauen. Deshalb war Kohls enger außenpolitischer Berater, Horst Teltschik, überrascht, als ein

Als Helmut Kohl in die Offensive ging

WAHLKAMPF Nach dem Mauerfall mischte die Bonner Politik im Osten kräftig mit



Am 19. Dezember 1989 wurde der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bei seinem Besuch in Dresden von den Menschen stürmisch gefeiert.

Abgesandter des Kremls bei einem Besuch am 21. November im Bonner Kanzleramt sagte, er könne sich vorstellen, dass die Sowjetunion mittelfristig einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht geben könnte. Er sei wie elektrisiert gewesen, schreibt Teltschik in seinen Erinnerungen. Denn sein Gesprächspartner Nikolai Portugalow, der die außenpolitische Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU leitete, war ihm von vielen Treffen bekannt und galt als vertrauenswürdig. Teltschik riet dem

Kanzler zur deutschlandpolitischen Offensive. Wenn schon Kreml-Chef Michail Gorbatschow und seine Berater über die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung diskutierten, dann könne man dies in Bonn nicht länger im stillen Kämmerlein tun.

Zehn-Punkte-Plan Der Kanzler stimmte Teltschik zu. Im Kanzleramt entstand ein Konzept, das einen gangbaren Weg zur deutschen Einheit aufzeigte. Der Zehn-Punkte-Plan, den Kohl am 28. November

im Bundestag vorstellte, sah unter anderem die „Entwicklung konföderativer Strukturen mit dem Ziel einer bundesstaatlichen Ordnung“ sowie die „Einbettung der innerdeutschen Beziehungen in den gesamteuropäischen Prozess“ vor. Zum Schluss hieß es, mit dem Programm wolle man auf einen Frieden in Europa hinwirken, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann“.

Am 19. Dezember flog der Kanzler zu einem Treffen mit DDR-Ministerpräsident

Hans Modrow (SED) nach Dresden. Dessen Forderung nach einem milliardenschweren „Lastenausgleich“ für die DDR lehnte Kohl ab. Vereinbart wurden jedoch Verhandlungen zur Bildung einer Vertragsgemeinschaft, wie sie Modrow vorgeschlagen hatte, sowie die Öffnung des Brandenburger Tores in Berlin zu Weihnachten. Die von Kohl angelegte Konföderation sah Modrow vorerst nicht auf der Tagesordnung. Schon auf dem Weg vom Flughafen zum Hotel war der Kanzler von Dresdnern, die in

dichten Reihen am Straßenrand standen, jubelt worden. Nach den offiziellen Gesprächen und einer Pressekonferenz ging Kohl zum Neumarkt, wo vor der damaligen Ruine der Frauenkirche ein Podium errichtet worden war. Zehntausende Menschen hatten sich zu einer Kundgebung versammelt. Sie empfingen ihn mit einem schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer, riefen „Helmut, Helmut“, „Deutschland einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk.“ Der Gast aus Bonn sprach frei, in seiner Wortwahl vorsichtig und diplomatisch. Er würdigte die großen Umwälzungen, dämpfte die Hoffnung auf schnell zu erzielende Ergebnisse, ließ aber keinen Zweifel daran, dass sein Ziel die Einheit der Nation bleibe. Sichtlich gerührt beendete er seine Rede mit dem Satz: „Gott segne unser deutsches Vaterland.“

Neue Etappe Seine Eindrücke in Dresden markierten für Kohl eine neue Etappe in der Deutschlandpolitik. Dort hatte er noch Modrows Wunsch beiepflichtet, keinen Wahlkampf im jeweils anderen Staat zu machen. Tatsächlich aber wirkten die West-Parteien nun bei der Auseinandersetzung um die Sitzverteilung in der am 18. März 1990 frei zu wählenden Volkskammer kräftig mit. Zunächst unterstützten sie die ihnen politisch nahe stehenden Ost-Parteien, Vereinigungen und Wahlbündnisse mit Geld und Material, schickten dann Helfer und Berater und überschwemmen schließlich die DDR mit Millionen Flugblättern und Plakaten. Kohl trieb die Einmischung noch weiter. Am 5. Februar präsentierte er im Gästehaus der Bundesregierung in West-Berlin die Gründung der „Allianz für Deutschland“, ein Zweckbündnis aus Ost-CDU, Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutsche Sozialunion (DSU). Auch Sozialdemokraten und Liberale wurden von ihren westdeutschen Schwesterparteien unterstützt. Die Grüne Partei lehnte sich an ihre westliche Partnerpartei an. Die Wahlplattform „Bündnis 90“, gegründet von Mitgliedern des „Neuen Forums“, von „Demokratie Jetzt“ und der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, kooperierte erst nach der Wahl mit den Grünen. Die in PDS umbenannte SED stand von vornherein allein.

Abfuhr für Modrow Um in der nationalen Debatte nicht den Anschluss zu verlieren, präsentierte Modrow am 1. Februar unter dem Titel „Für Deutschland, einig Vaterland“ einen Stufenplan, der von der Vertragsgemeinschaft über die Föderation bis zu einem Deutschen Bund unter Wahrung militärischer Neutralität führen sollte. In Bonn stieß der Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Dass die Bundesregierung die SED-Nachfolger als Regierungspartei bereits abgeschrieben hatte, erfuhr Modrow bei seinem Besuch am 13. Februar in Bonn. Seine Bitte um eine Soforthilfe von bis zu 15 Milliarden D-Mark wies Kohl brüsk zurück. Obwohl der „Zentrale Runde Tisch“ (siehe Seite 11) in Ost-Berlin die West-Politiker zur Zurückhaltung ermahnt hatte, agierten diese im DDR-Wahlkampf wie auf heimatischem Territorium. Willy Brandt, den die ostdeutschen Sozialdemokraten zum Ehrenerwählten wählten, mobilisierte bei seinen Auftritten Zehntausende. Kohl begeisterte bei seinen Kundgebungen insgesamt mehr als eine Million DDR-Bürger. Heimische Kandidaten wirkten dagegen oft wie Statisten. Bonner Politiker und ihre Positionen gaben den Ausschlag. Der „Einheitskanzler“ Kohl beschiederte der „Allianz für Deutschland“ mit 40,8 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Sieg. Die SPD landete mit knapp 22 Prozent auf Platz zwei, gefolgt von der PDS mit 16,3 Prozent. Das „Bündnis 90“ der Bürgerrechtsbewegungen bekam nur 2,9 Prozent. Was das für die künftige DDR-Regierung bedeutete, erklärte die frisch gewählte „Bündnis 90“-Abgeordnete Marianne Birthler mit dem Satz: „Jetzt ist Kohl unser Chef.“ Peter Kratz

Der Autor war 1989 „Stern“-Korrespondent in Ost-Berlin.

»Die haben doch nicht alle Tassen im Schrank«

PETRA BLÄSS 1990 wurde sie überraschend Vorsitzende der Wahlkommission bei der Volkskammer-Wahl. Für deren Organisation blieb knapp ein Monat Zeit

Als 25-Jährige der Wahlkommission bei den Volkskammer-Wahlen 1990 vorzusitzen, war schon eine verrückte Sache. Verrückt – wie die ganze Zeit damals. Laut Wahlgesetz konnte jede der an der Wahl teilnehmenden 25 Parteien oder Bewegungen zwei Personen in die Zentrale Wahlkommission entsenden. Ich war damals Mitglied beim frisch gegründeten Unabhängigen Frauenverband (UFV), der sich in einer Koalition mit der Grünen Partei entschieden hatte, an der Wahl teilzunehmen. Auch er hatte also zwei Mitglieder für die Wahlkommission zu nominieren. Eine 35-jährige Juristin wurde auf einem DDR-weiten UFV-Treffen gewählt, die zweite Frau sollte der Berliner Verband bestimmen.

Der Telefonanruf Eines Abends klingelte mein Telefon – ein Anruf aus dem UFV-Büro im Haus der Demokratie. „Petra, würdest du in die Zentrale Wahlkommission gehen?“ Meine erste Reaktion: Die sind doch verrückt! Aber das waren auch keine normalen Zeiten. Und es traf bei mir auf ein tiefes Bedürfnis, mich aktiv einzubringen und mit zu verändern. Ich habe dann gefragt, was

ich da machen muss. „Zu den Sitzungen gehen und eventuell auch ein paar Presseanfragen beantworten“, hieß es. Da habe ich zugesagt. Als dann das Telegramm vom DDR-Innenministerium mit der offiziellen Einladung zur konstituierenden Sitzung der Wahlkommission kam, zuckte ich zusammen. Am 21. Februar bestätigte die Volkskammer die Kandidaten und Kandidatinnen der Wahlkommission. Die Live-Übertragung dieser Sitzung hatte ich zuhause in meiner Studentenbude auf meinem alten Schwarz-Weiß-Fernseher verfolgt. Die Namensliste wurde eingeblendet. Als ich „Petra Bläss“ las, wurde mir schon etwas mulmig. Bei der ersten Sitzung der Wahlkommission im ehemaligen Haus der Ministerien – dem heutigen Finanzministerium – saßen 50 Mitglieder im Saal – ich war wohl die Jüngste. Erster Punkt war laut Tagesordnung die Wahl „des Vorsitzenden der Wahlkommission“ – natürlich in männlicher Sprache formuliert. Das weckte sofort meinen Widerspruch. Und da war für mich schon mal klar: Ich wähle eine Frau. Zur Wahl standen zwei Männer von CDU und FDJ so-



wie eine Frau von der Bauernpartei, die ich dann auch gewählt habe. Schließlich wurde gefragt, ob es weitere Vorschläge gibt. Woraufhin sich ein mir unbekannter Herr, Frank Unger von der SPD, meldete und sagte: „Wir von den Sozialdemokraten schlagen Frau Petra Bläss vom Unabhängigen Frauenverband vor.“ Meine erste Reaktion:

BIOGRAFIE

> **Volkskammer** Als Mitglied des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) wurde die am 12. Juni 1964 in Leipzig geborene Pädagogin und Literaturwissenschaftlerin 1990 Vorsitzende der Wahlkommission für die ersten freien Volkskammerwahlen.

> **Bundestag** Für die PDS saß Bläss von 1990 bis 2002 im Bundestag. Von 1998 bis 2002 war sie dessen Vizepräsidentin.

> **Heute** Derzeit lebt sie in Potsdam und Tيرانا und ist als freiberufliche Politikberaterin tätig.

Die haben doch nicht alle Tassen im Schrank! Ich blieb aber ruhig, weil ich gedacht habe: Die wählen dich sowieso nicht! Doch gleichzeitig schoss mir durch den Kopf: Ich sitze hier stellvertretend für all die vielen tollen Frauen wie Ina Merkel, Tatjana Böhm, Uta Röth oder Wally Schmidt, die am Runden Tisch für uns gekämpft haben.

Dann kam die geheime Wahl. Bei der Auszählung habe ich sofort gemerkt, dass sich hinter dem Namen Bläss die Striche mehrten: Ich wurde im ersten Wahlgang als Vorsitzende gewählt. Im Rückblick ist das recht einfach zu erklären: Ich war die einzige Kandidatin einer „neuen“ Organisation, die bei der Volkskammerwahl in der Überzahl waren. Und dass der Vorsitz nicht aus den Reihen der etablierten Parteien besetzt wurde, sollte ein Signal sein.

Kein Zögern Als Volkskammerpräsident Günther Maleuda schließlich fragte: „Nehmen Sie die Wahl an?“, habe ich nicht gezögert. Ich dachte in diesem Moment nur noch an unsere Energie und Entschlossenheit auf der Gründungsversammlung des UFV und unser Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. Kneifen ging also nicht. Dann kam auch gleich das ZDF mit der Frage „Wie fühlen sie sich als Nachfolgerin von Egon Krenz?“ auf mich zu. Ich wurde in der Folge zum Presseliebling, weil ich frei von der Leber weg redete. Wir haben es als Wahlkommission mit Unterstützung unseres Sekretariats und des

Statistischen Amtes der DDR in knapp einem Monat geschafft, die ersten freien Wahlen zu organisieren. Alle Beteiligten hatten ein gemeinsames Ziel, und es gab keine Machtspielen. Wichtig war, dass alles transparent war. Die Kooperation mit den Medien war die Basis, um die Leute zu erreichen und zu mobilisieren. Und ohne die Arbeit der Wahlkommissionen in den 15 Bezirken und Tausender Freiwilliger in den Wahlvorständen wäre das nicht gelungen. Als die ersten Wahlergebnisse am 18. März eintrafen, kippte die Stimmung in der Zentralen Wahlkommission. Die Machtverhältnisse waren nun geklärt. Für mich war das Wahlergebnis ein Schock. Geblieben aber ist die positive Erfahrung eines zielorientierten parteiübergreifenden Miteinanders, die für meine weitere politische Arbeit prägend war. Aufgezeichnet von Götz Hausding

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Berliner Luft für lau

Nichts im Leben ist umsonst, nur der Tod – und der kostet das Leben.“ An dieser Volksweisheit ist einiges dran: Eine Bearbeitungsgebühr hier, eine Nutzungspauschale dort, und zum Schluss kommt noch einmal die Steuer dazu. Gerade bei letzterer ist der Staat immer wieder besonders einfallreich: Ungarn und Dänemark verlangen eine „Fettsteuer“ auf ungesundes Essen, in Österreich gibt es eine „Blaulicht-Steuer“ für Polizeieinsätze bei Bagatel-Unfällen, zahlreiche US-Bundesstaaten erheben Abgaben auf illegale Drogen. Köln und andere Städte verlangen eine „Sexsteuer“ und für Tantra-Massagen ist in Deutschland seit kurzem die Vergnügungssteuer fällig. Gerade im Sommer ein großes Thema ist übrigens die sogenannte „Raumsteuer“, die Kommunen von Geschäften und Gaststätten verlangen, sollten diese den öffentlichen Raum vor ihren Türen nutzen. Also, wenn sie Tische und Stühle oder eine Hinweistafel auf den Gehweg stellen. Ein anderer Name für diese „Raumsteuer“ ist „Luftsteuer“, was um zum Flughafen der venezolanischen Hauptstadt Caracas bringt. Dieser verlangt nämlich seit einiger Zeit von seinen Fluggästen eine „Atemsteuer“ für die saubere Luft im Flughafengebäude. 135 Bolívares pro Gast, umgerechnet 15 Euro, um so das neue Reinigungssystem der Klimaanlage zu bezahlen. Noch ist die Berliner Luft nicht in den Verschmutzungssphären von Caracas angekommen, aber vielleicht sollten die Betreiber des BER die Idee im Hinterkopf behalten. Irgendwie müssen die Baukosten ja wieder rein. Allerdings müsste der Flughafen dazu erst einmal eröffnet werden. Da es danach in naher Zukunft aber nicht aussieht, bleibt die „Berliner Luft“ wohl weiterhin kostenlos. *Julian Burgert*

VOR 30 JAHREN ...

Bundestag streitet um Filter

31. Juli 1984: Sondersitzung zu Kraftwerk Buschhaus Vor 30 Jahren ging es in der Umweltpolitik nicht um Atomausstieg oder Klimawandel, sondern um Waldsterben und die Frage, welchen Stellenwert Umweltschutz in der Politik eigentlich hat. Deutlich macht das der parlamentarische Streit um die Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus, wegen dem am 31. Juli 1984 eine Sondersitzung des Bundestages stattfand. Die Vorgeschichte: Der Eigentümer des Kraftwerks im niedersächsischen Helmstedter Revier wollte Salzkohle aus der Region verfeuern, die viel mehr Schwefel als etwa rheinische Braunkohle enthält. Eine Entschwefelungsanlage war aber nicht



Grund für eine Sondersitzung des Bundestages: das Kraftwerk Buschhaus

geplant und laut der CDU-geführten niedersächsischen Landesregierung auch technisch nicht umsetzbar. Obwohl der Bundestag kurz vor der Sommerpause noch einmütig die schwarz-gelbe Regierung aufgefordert hatte, sich dafür einzusetzen, dass Buschhaus nicht ohne Entschwefelungsanlage ans Netz geht, wurde an einem Plan B gebastelt: Das Kraftwerk sollte sofort ans Netz, aber bis zum Einbau von Filtern nur mit normaler Braunkohle betrieben werden. Für Hans-Jochen Vogel (SPD) machte dieser Trick die Sondersitzung „notwendig“. Für ihn stand „die Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik des Bundestages“ auf dem Spiel. Die Regierung kapituliere „unter dem Druck der Kohle- und Stromlobby“, kritisierte Waltraud Schoppe (Grüne). Am Ende stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition dem Kompromiss zu. Buschhaus ging 1985 ans Netz, die Entschwefelungsanlage kam 1987. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: CHORKONZERT IN DER LONDONER WESTMINSTER HALL



Der gemeinsame Auftritt der Chöre des deutschen und des britischen Parlamentes begeisterte die 1.200 Konzertbesucher mit Werken von Mendelssohn-Bartholdy und Händel.

Wenn aus Politik und Kultur Kultur der Politik wird

Die Aufforderung war präzise, höflich, aber auch mit einer Stimme vorgetragen, die kein Zuwiderhandeln dulden würde. „Please rise!“, bitte aufstehen, rief der in traditionellem Ornat gekleidete Zeremonienmeister in die ehrwürdige Westminster Hall, dem ältesten Teil des britischen Parlaments im Herzen Londons. Und die 1.200 Konzertgäste kamen dieser Anordnung zu Ehren des gemessenen Schrittes einziehenden Präsidenten (Speaker) des britischen Unterhauses (House of Commons), John Bercow, der Sprecherin im britischen Oberhaus (Lord Speaker), Baroness D’Souza, und deren deutscher Gäste, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in Begleitung seiner Frau, gern nach. Als das Publikum dann weiterer Anweisungen harpte, geschah – nichts. Also ergriff die erste Sitzreihe von selbst die Initiative und nahm schließlich ohne weitere Aufforderung Platz. Damit löste sich die kurzfristige Unsicherheit unter fröhlichem Gemurmel. Diese Szene zu Beginn eines gemeinsamen Konzerts des britischen Parlaments-Chores und der Musikgemeinschaft

des Bundestages Mitte Juli war bezeichnend für den Verlauf des Abends. Würden die beiden Laienchöre das anspruchsvolle Programm, in dessen Mittelpunkt Felix Mendelssohn Bartholdys (1809-1847) „Lobgesang“ mit Texten aus der Lutherbibel in deutscher Sprache stand, bewältigen? Die Erwartungshaltung im Publikum, darunter neben vielen britischen Parlamentariern auch eine von Lammert angeführte hochrangige Delegation des Bundestages mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien, Siegmund Ehrmann (SPD), und dem Vorsitzenden der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe, Stephan Mayer (CSU), war groß. Und das Lampenfieber in beiden Teilen des „gemischten Chores“ entsprechend hoch. Schon nach dem ersten Stück „Zadok the Priest“, das der deutsch-britische Komponist Georg Friedrich Händel (1685-1759) im Auftrag des britischen Königs Georg II. 1727 komponiert hatte, war klar: Es würde ein fulminantes Gesangerlebnis werden, eines, das mit durchaus professioneller Klasse beeindruckte und das Publikum am En-

de zu begeistertem Applaus veranlassen sollte. Wie weggeblasen war die anfängliche Anspannung. Anlass des Konzerts war ein historisches Doppelereignis: der Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und die Personalunion zwischen der britischen Krone und dem Königreich Hannover vor 300 Jahren. Zwei Daten, die die deutsch-britischen Beziehungen einschneidend geprägt haben. Darauf ging Parlamentspräsident Lammert in seinem Grußwort ein. Er sagte: „Der entscheidende Unterschied beider Ereignisse ist, dass das erste auf einer friedlichen Machtverschiebung beruht, der parlamentarische Handel zugrunde lag.“ Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hingegen hätten die Parlamente eine untergeordnete Rolle gespielt – in Deutschland wie in England. Dieses Konzert hat die deutsch-britische Freundschaft auf beeindruckende Weise unterstrichen. Wenn Politik einen Bogen zur Kultur schlägt, erwächst daraus Kultur der Politik. Das ist die Botschaft aus der Westminster Hall in diesem ganz besonderen Gedenkjahr 2014. *Jörg Biallas*

LESERPOST

Zur Ausgabe 24-26 vom 10.6.2014, „Zuckerbrot und Peitsche“ auf Seite 1:

Deutschland hat in der Vergangenheit – nach den größten Katastrophen und auch während der Euro-Krise – nur deshalb so gut wirtschaftliche Stabilität beweisen können, weil es sich wie ein solider Kaufmann verhalten hat. Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als man auch einnimmt. Wer jetzt noch staatlicherseits Lohnhöhen festlegt, der setzt unsere wirtschaftliche Solidität aufs Spiel. Wir haben immer weniger Kinder, wollen die Berufstätigen früher in Rente gehen lassen. Soziale Wohltaten sind für die Empfänger gut, bringen sicher Wählerstimmen, aber sie sind nicht nachhaltig. Wir leben doch schon jetzt vom Erbe der nicht geborenen Urenkel. So fahren wir das Schiff bewusst gegen den Eisberg. *Claus Hörmann, Neustadt in Sachsen*

veau steigt und so der Binnenkonsum angekurbelt wird? Ebenso kann es nicht sein, dass Unternehmen unterstützt werden, die offensichtlich ein so schlechtes Geschäftsmodell haben, dass sie gute Arbeit nicht gut entlohnen können. Die gesamte Aufstockung des Lohnes kostet elf Milliarden Euro pro Jahr. *Katja Rauschenberg, per E-Mail*

Zur Ausgabe 27 vom 30.6.2014, Berichterstattung über Bundeshaushalt und Staatsverschuldung auf den Seiten 1-3:

Mit großem Interesse habe ich Ihre Berichte auf den Seiten 1-3 zur Staatsverschuldung Deutschlands gelesen. Die Regierungskoalition hat ja eine sehr positive Darstellung der

Situation gegeben, die mich zu einem Widerspruch anregt. Deutschland geht es gut. Die Wirtschaft boomt seit Jahren, der Staat hat mehr Steuereinnahmen, es gibt weniger Firmeninsolvenzen, neue zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, die Arbeitslosenzahlen haben sich unter der Marke von drei Millionen eingependelt und trotzdem ist die öffentliche Bruttoverschuldung (Staatsverschuldung) immer noch weiter angestiegen. Seit Festlegung der Länder, die am Euro teilnehmen, im Jahr 1997 ist die Verschuldung von damals 61,3 Prozent auf 78 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. Als Frau Merkel im Jahr 2005 Bundeskanzlerin wurde, lag der Wert noch bei 68 Prozent. Für Euphorie zu dem anvisierten Schuldenabbau ab dem Jahr

2015 besteht allerdings kein Anlass und dies aus mehreren Gründen: In den Konvergenzkriterien von Maastricht (Stabilitäts- und Wachstumspakt) steht, dass der heute noch geltende Punkt des finanzpolitischen Kriteriums – das Verhältnis der öffentlichen Bruttoverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt – den Wert von 60 Prozent nicht überschreiten darf. Beim Ranking des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Jahr 2013 liegt Deutschland von 179 gelisteten Staaten in der Wertung „Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, beginnend mit dem Land der größten Staatsverschuldung, auf Platz 33. Anders ausgedrückt: 146 Staaten haben prozentual weniger Staatsverschuldung als Deutschland. In diesem Ranking belegt Griechenland Platz 2, Italien Platz 5 und Portugal Platz 6. Wie soll zum Beispiel Griechenland jemals seine Staatsverschuldung von 174 Prozent auf ein Maß annähernd des Konvergenzkriteriums reduzieren können, wenn selbst Deutschland bisher nicht in der Lage war, die Staatsverschuldung abzubauen und das trotz einer glänzenden Konjunkturlage? *Hans-Dieter Seul, Berlin*

SEITENBLICKE



Zur Ausgabe 24-26 vom 10.6.2014, „Eine schlechte Idee“ auf Seite 2:

Ich habe heute zum ersten Mal Ihre Zeitschrift gekauft, da ich mich besonders für das Titelthema „Mindestlohn“ interessiere. Allerdings stimme ich mit der Autorin des Gastkommentars auf Seite 2 nicht überein. Ich finde nicht, dass die Gewerkschaften und Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen bisher so eine tolle Arbeit geleistet haben, dass sich die Politik komplett heraushalten kann. In den vergangenen zehn Jahren sind die Tarifverhandlungen immer mit dem Hinweis auf den eventuellen nächsten wirtschaftlichen Abschwung geführt worden oder darauf, dass man den Aufschwung nicht abwürgen wolle. Vielleicht ist es die Überlegung wert, zu fragen, wie sehr es zum Aufschwung oder zumindest zum Ausbleiben des Abschwungs beitragen kann, wenn das gesamte Lohnni-

PERSONALIA

>Erhard Niedenthal † Bundestagsabgeordneter 1993-1994, CDU

Am 4. Juli starb Erhard Niedenthal im Alter von 81 Jahren. Der Polizeibeamte aus Wiesbaden war dort Stadtverordneter und von 1994 bis 2008 ehrenamtliches Magistratsmitglied. Im Februar 1993 rückte Niedenthal für den Abgeordneten Bernhard Jagoda in den Bundestag nach. Er war Mitglied des Umweltausschusses.

>Hans Lemp † Bundestagsabgeordneter 1967-1980, SPD

Hans Lemp starb am 8. Juli im Alter von 85 Jahren. Der Verkaufsleiter aus Vechna trat 1956 der SPD bei, war dort von 1964 bis 1981 Ratsherr und gehörte von 1968 bis 1975 dem Kreistag Vechna an. Im Bundestag engagierte sich Lemp vorwiegend im Landwirtschaftsausschuss. Von 1977 bis 1979 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Roland Sauer Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Am 27. Juli feierte Roland Sauer seinen 75. Geburtstag. Der Schriftsetzer und Grafiker aus Stuttgart, CDU-Mitglied seit 1955, gehörte von 1968 bis 1980 dem dortigen Gemeinderat an. Sauer, stets Direktkandidat des Wahlkreises Stuttgart I, engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit sowie im Sportausschuss. Von 2001 bis 2004 war er Vizepräsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

>Ursula Kugler Bundestagsabgeordnete 1990, SPD

Am 31. Juli wird Ursula Kugler 75 Jahre alt. Die Sonderschullehrerin aus Namborn/Kreis St. Wendel schloss sich 1977 der SPD an. Im Juni 1990 rückte sie für die Abgeordnete Margit Conrad in den Bundestag nach und gehörte dem Rechtsausschuss an.

>Helga Schuchardt Bundestagsabgeordnete 1972-1983, FDP/pariteles

Helga Schuchardt vollendet am 2. August ihr 75. Lebensjahr. Die Ingenieurin aus Hamburg schloss sich 1965 der FDP an, war dort von 1975 bis 1980 FDP-Vorsitzende und gehörte von 1970 bis 1982 dem Bundesvorstand an. Nach dem Koalitionswechsel ihrer Partei 1982 verließ sie die FDP. Im Bundestag engagierte sie sich vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1983 bis 1987 war Schuchardt, jeweils parteilos, Kultursenatorin in Hamburg und von 1990 bis 1998 Wissenschaftsministerin in Niedersachsen.

>Walter Fiedler Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 2. August wird Walter Fiedler 70 Jahre alt. Der Mediziner aus Seehausen/Altmark trat 1974 der CDU in der DDR bei. 1990 wurde er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und gehörte bis Dezember dem Bundestag an. Fiedler, langjährig kommunalpolitisch aktiv, ist gegenwärtig Stadtrat in Seehausen.

>Barbara Wittig Bundestagsabgeordnete 1998-2005, SPD

Barbara Wittig feiert am 4. August ihren 70. Geburtstag. Die Fachschullehrerin aus Hoyerswerda, 1990 Mitbegründerin der dortigen SPD, war von 1994 bis 2002 Mitglied des sächsischen Landesvorstands und von 2002 bis 2006 stellvertretende SPD-Landesvorsitzende. Dem Landtag in Dresden gehörte sie von 1990 bis 1994 an. Im Bundestag engagierte sich Wittig im Innenausschuss.

>Hans-Peter Uhl Bundestagsabgeordneter seit 1998, CSU

Am 5. August wird Hans-Peter Uhl 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt trat 1970 in die CSU ein und war von 1978 bis 1987 ehrenamtlicher und von 1987 bis 1998 berufsmäßiger Münchner Stadtrat. Uhl, Direktkandidat des Wahlkreises München-West beziehungsweise München-West/Mitte und innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion von 2005 bis 2013, ist gegenwärtig Justiziar seiner Fraktion. Uhl gehört dem auswärtigen Ausschuss an.

>Rolf Böhme Bundestagsabgeordneter 1972-1982, SPD

Am 6. August vollendet Rolf Böhme sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Freiburg im Breisgau, SPD-Mitglied seit 1959 und zeitweise Vorsitzender des dortigen Kreisverbands, war von 1982 bis 2002 Oberbürgermeister von Freiburg. Böhme amtierte von 1978 bis 1982 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Im Bundestag arbeitete er vorwiegend im Finanzausschuss mit.

>Dieter Burgmann Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen

Dieter Burgmann wird am 7. August 75 Jahre alt. Der Ingenieur aus Nürnberg, der zu den Gründungsmitgliedern der Partei „Die Grünen“ gehört und 1981/82 Sprecher des Bundesvorstands war, arbeitete im Bundestag im Wirtschaftsausschuss mit. Burgmann, der im März 1985 das Mandat niederlegte, verließ 1999 seine Partei. *bmh*

leicht
erklärt!

Der Mauer-Fall

Große Ereignisse vor 25 Jahren



Warum war Deutschland geteilt?

Die Entwicklung

Es gab einen Krieg.
Und zwar in vielen Ländern von Europa.
Er ging von 1939 bis 1945.



Vor dem Jahr 1945 wurde Deutschland von einer Partei regiert. Das waren die National-Sozialisten. Sie wollten den Krieg. Denn: Sie wollten andere Länder erobern.



Nach dem Krieg wurden die National-Sozialisten ab-gesetzt. Und Deutschland wurde von anderen Ländern regiert. Diese Länder haben Deutschland aufgeteilt. Es waren:

- Frankreich
- England
- Amerika
- und die Sowjet-Union

Diese Länder wurden „Alli-ierte“ genannt.

Alli-ierte bedeutet:
Die Länder haben sich miteinander verbündet.

Nach einiger Zeit wollten die Alli-ierten:

Deutschland soll wieder einen eigenen Staat gründen.

Die Sowjet-Union hat sich dann aber verstritten.

Und zwar mit den anderen Ländern.



Sie haben dann einen Staat gegründet.

Und das ohne die Sowjet-Union.

Der Staat hieß:

Bundesrepublik Deutschland.

Die Kurz-Form dafür war: BRD.



Die Sowjet-Union hat einen eigenen Staat gegründet.

Und das in ihrer Zone von Deutschland.

Diese lag im Osten von Deutschland.

Der Staat im Osten hieß:

Deutsche Demokratische Republik.

Die Kurz-Form dafür war: DDR.



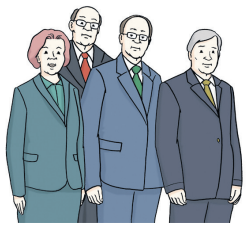
Politik in der DDR

Eine Partei ist eine Gruppe von Leuten.

Diese Leute setzen sich für andere ein.

Und zwar für Leute, die dasselbe erreichen möchten.

Man kann sich aussuchen, für welche Partei man ist.



In der DDR gab es auch mehrere Parteien.

Diese Parteien wurden aber in einer Gruppe zusammengefasst.

In dieser Gruppe hatte immer eine Partei die Mehrheit:

Die SED.

Die SED konnte deshalb alles bestimmen.

Vielen Menschen fanden das schlecht.

Sie sind deshalb geflüchtet.

Und zwar in die BRD.



Die Regierung von der DDR hat dann etwas beschlossen:

Sie haben die Leute in der DDR fest gehalten.

Wie haben sie das gemacht?

Sie haben die Grenzen von der DDR zu gemacht.

Und das mit

- Zäunen
- mit einer Mauer (mitten durch Berlin)
- und mit Minen (Minen werden in der Erde vergraben, sie explodieren, wenn man über sie läuft)



Die Grenzen wurden außerdem stark bewacht.

Und das von Soldaten.

Es wurde auch geschossen.

Und zwar auf die Leute, die flüchten wollten.

Dabei sind viele Leute gestorben.

Es waren mindestens 136.

Und das alleine in Berlin.



Warum wollten die Leute fliehen?

In der DDR wurde stark über die Leute bestimmt.

Sie durften z.B. nicht sagen, was sie wollten.

Und es gab nicht so viel zu kaufen, wie im „Westen“.

So nannte man die Bundesrepublik Deutschland.

DDR unterstand der Sowjet-Union

Die DDR gehörte zum Macht-Bereich von der Sowjet-Union.

Genau wie viele andere Länder.

Zum Beispiel:

- Ungarn
- Polen
- und Rumänien

Wie ging die DDR zu Ende?

Ungarn hatte etwas beschlossen.

Und zwar im Jahr 1989.

„Wir möchten freie Wahlen!“



Das heißt:

Dort sollten mehrere Parteien zur Wahl stehen.

Die Leute konnten dann selber auswählen:

„Wie wird das Land regiert?“

Es gab dann eine neue Regierung. Diese Regierung hat beschlossen: Die Grenzen sollen geöffnet werden. Das war im Mai 1989.

Viele Leute aus der DDR sind dann geflüchtet.

Und zwar aus der DDR nach Ungarn. Und von Ungarn aus nach Österreich.

Einige haben das geschafft.

Einige wurden dabei aber erwischt. Sie wurden dann festgenommen.

Aber:

Sie wurden immer seltener zurück geschickt.

Zurück in die DDR.



Flucht in die Botschaften von der Bundesrepublik Deutschland

Viele Leute sind in die Botschaften geflüchtet.

Es waren die Botschaften von der BRD.

Und zwar in:

- Ost-Berlin
- Budapest
- und Prag



Die Botschaften mussten dann geschlossen werden.

Denn:
Sie waren schnell überfüllt.

Die Leute wollten dort etwas erreichen:

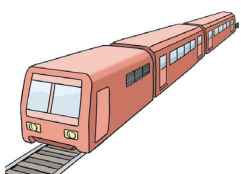
Sie wollten eine Erlaubnis.
Und zwar die Erlaubnis, in die BRD gehen zu dürfen.



Die Leute mussten lange warten.
Und das auf eine Entscheidung.
Vor allem in Prag.

Die Leute in der Botschaft konnten dann aber doch ausreisen.

Und zwar am 30. September 1989.
Das waren 900 Menschen.



Danach war noch einmal eine große Gruppe in der Botschaft.

Eine viel größere Gruppe.
Nämlich 7 Tausend Leute.
Sie durften auch ausreisen.

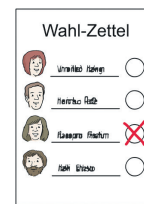
Die Leute in der DDR wehren sich

Die Leute waren sehr böse.
Und zwar auf die Regierung.
Denn sie wurden betrogen.

Das kam zum Beispiel am 7. Mai 1989 heraus:



Die Partei SED hatte betrogen.
Und das bei Wahlen.
Das konnten die Leute nun beweisen.
Sie sind dann auf die Straße gegangen.



Denn:

Sie wollten sich darüber beschweren.
Es gingen immer mehr Leute auf die Straße.

Und das schon bald.



Besonders viele Menschen kamen zu den Montags-Demonstrationen.

Diese fanden in Leipzig statt.

1200 Menschen waren dort.

Und das am 4. September.

Am 2. Oktober waren es schon 20 Tausend Leute.



Und viele Leute haben Gruppen gebildet.

Diese Gruppen haben Forderungen gestellt.

Und zwar an die Regierung.

Sie haben mehr Rechte gefordert.

Erich Honecker war der Vorsitzende vom Zentral-Komitee von der SED.
Das Zentral-Komitee hat über die DDR bestimmt.



Honecker wollte die Gruppen verbieten.

Viele Leute wurden dann verhaftet.

Aber die anderen Leute haben trotzdem weiter gemacht.

Am 9. Oktober gingen 70 Tausend Leute auf die Straße.

Und das in Leipzig.

Die Polizei hielt sich zurück.

Warum?

Es waren zu viele Menschen.

In den nächsten Tagen gingen immer mehr Leute auf die Straße.

Vom 23. bis 30. Oktober waren es über 500 Tausend.

Und das bei 145 Demonstrationen.



Am 9. November 1989 haben sie dann etwas geschafft:

Sie durften über die Grenze gehen.
Wie wurde das erreicht?

Die Regierung wollte die Regelungen lockern.



Die Leute sollten aber Genehmigungen holen. Und zwar zur Ausreise. Die Soldaten an der Grenze haben die Leute dann aber trotzdem gehen lassen.

Wie ging es weiter?

Die DDR-Regierung ist dann zurück getreten.



Dann gab es eine neue Regierung. Diese Regierung wollte mit den Bürger-Gruppen sprechen. Gemeinsam sollte überlegt werden: Was muss geändert werden? Viele DDR-Politiker wurden fest-genommen.

Der Staats-Sicherheits-Dienst

Die Leute in der DDR haben dann Behörden besetzt.

Und zwar Behörden vom Staats-Sicherheits-Dienst (Stasi).



Der Staats-Sicherheits-Dienst war der Geheim-Dienst von der DDR.

In der DDR und im Ausland. Viele Leute in der DDR wurden überwacht.

Und das von der Stasi. Und die Leute wurden unterdrückt. Das bedeutet: Wenn jemand gegen die DDR war, bekam er sehr harte Strafen.

Die Leute wollten erfahren: Was hat die Stasi alles gesammelt.

Und: Was hat die Stasi alles gemacht? Und wer war daran beteiligt? Auch Leute von der Regierung?



Die Leute haben dann etwas geschafft: Die Behörden wurden bewacht. Und zwar von der Polizei. Warum wurden sie bewacht? Viele Leute von der Stasi wollten Dinge vertuschen. Das heißt: Keiner sollte davon erfahren.



Deshalb wollten sie Akten vernichten. Die Polizei hat sie davon abgehalten.

Die Politiker haben dann besprochen: Wie viel dürfen die Leute sehen und erfahren?

Es gab ein Ergebnis. Und das nach langen Verhandlungen. Damit waren die Leute aber unzufrieden. Sie blieben weiter in den Stasi-Behörden.



Bald wurde eine Behörde gegründet. Diese Behörde hat sich dann gekümmert.

Und zwar um die Fragen von den Leuten.



Dafür wurde ein Mann beauftragt. Er sollte sich um die Unterlagen von der Stasi kümmern.

Das war Joachim Gauck. Gauck ist heute der Bundespräsident von Deutschland.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichter Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.

Titel-Bild: Deutscher Bundestag Julia Nowak-Katz

Bild Joachim Gauck: Bundestag/Achim Melde